

Nr. 30 – 2023/4

In dieser Ausgabe

EINDRUCK

das Magazin für Politik
von Bündnis C

Europawahlprogramm

Nahost-Politik

Unterstützer-
unterschriften

Landesparteitage



Zu Israel stehen

bündnis C

Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 30 – 2023/4 – Inhalt

Editorial	4
Zu Israel stehen.	6
Die politische Situation im Nahen Osten und die Verantwortung der EU-Außenpolitik.	10
Wohin bewegt sich unsere Gesellschaft?	11
Soziale Medien bringen Bündnis C Reichweite	13
Wir sammeln Unterstützerunterschriften für die Europawahl 2024.	14
Spendenaufruf.	17
Gebetsaufruf	18
Landesversammlungen	19
Aus den Landesverbänden	20
Flucht und Migration: Von Israel lernen und Ursachen bekämpfen	30
BVG-Urteil ist Wegweiser zu solider Haushaltspolitik	31
Deutschland-Pakt, Aiwanger und das Heizungsgesetz: Verlässlichkeit oder Propaganda?.	33
Cannabis: Den Nährboden für Drogenkonsum austrocknen.	34
Vorstoß der CDU-Fraktion zu den Bestrebungen der Ampel-Koalition zum Abtreibungsrecht	35
Europawahlprogramm 2024 Bündnis C – Christen für Deutschland.	36
Schlusswort.	52
Formular zum Anfordern von Infomaterial.	54
Impressum.	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Hartmut Voß, Annette König, Andrea Rehwald,
Karin Heepen, Mathias Scheuschner,
Verena Thümmel, Dr. Norbert Höhl,
Ute Büschkens-Schmidt (von li. nach re.)



Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

das jüdische Volk durchlebt die schwerste Zeit seiner Geschichte seit der Gründung des Staates Israel. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober 2023 steht das Land unter Schock, trauert um seine Toten und kämpft um die nach Gaza die entführten Geiseln. Die israelische Armee ist auf ihrer wohl schwierigsten Mission im Gazastreifen, um die Hamas auszulöschen. Gleichzeitig ist ein Mehrfrontenkrieg zu befürchten, der vom Iran geplant und gesteuert wird.

Wir sind dankbar, dass die Bundesregierung sich bisher zum Recht Israels auf Selbstverteidigung stellt. Mit den von der Hamas verbreiteten Opferzahlen im Gazastreifen bröckelt jedoch die eindeutige Positionierung. Bundeskanzler Scholz empfing den türkischen Präsident Erdogan in Berlin trotz seiner Ausfälle gegen Israel. Bundesaußenministern Baerbock enthielt sich am 28. Oktober der Stimme zu einer Resolution der UN-Vollversammlung, die den Hamas-Terror nicht verurteilt, die Freilassung der Geiseln nicht klar fordert und das Selbstverteidigungsrecht Israels unterschlägt. Und das Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit gab erneut 91 Millionen Euro an das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) frei.

Die Sicherheit Israels als Staatsräson fordert Taten statt Lippenbekenntnisse, auch und vor allem angesichts der Hasswellen gegen Juden und den Staat Israel, die den Hamas-Terror in die ganze Welt tragen. **Unsere begründete Positionierung zu Israel ist wichtig angesichts der Verdrehung der historischen Tatsachen, von internationalem Recht, von Tätern und Opfern.** Die Positionierung von Bündnis C zu den verschiedenen Aspekten des Konflikts finden Sie auf den folgenden Seiten.

Wir haben dazu ein Webinar veranstaltet mit einer Journalistin aus Jerusalem und zusammen mit der European Christian Political Movement (ECPM) eine Tagung zur politischen Situation im Nahen Osten und der Verantwortung der Außenpolitik der EU. Wir verteidigen die völkerrechtlichen Grundlagen des Staates Israel, die einzige Demokratie im Nahen Osten und stellen uns an die Seite des jüdischen Volkes, weil Gott sich zu ihm stellt. Als Christen sind wir mit unseren jüdischen Freunden Familie: Wir sind in den edlen Ölbaum eingepropft (Römer 11) und gehören zusammen. In

diesen Tagen braucht Israel von uns die Treue der Rut, die zu Naomi sagte: „Dein Volk ist mein Volk, und dein Gott ist mein Gott.“ (Ruth 1,16) **Wir rufen unsere Mitglieder und Freunde auf, für Israel zu beten, zu spenden, unseren jüdischen Freunden beizustehen in der Not und öffentlich zu Israel zu stehen!**

Hinter Israelkritik versteckter Antisemitismus ist dagegen der Kampf des Widersachers Gottes gegen sein auserwähltes Volk und gegen Gott selbst. Seit dem Hamas-Angriff schaut die Welt auf Israel mehr als je zuvor. Kein Konflikt in der Welt findet so unentwegte Beachtung. Gott scheint ein Brennglas auf Sein Volk zu richten seine Geschichte hindurch und zunehmend seit der Staatsgründung Israels 1948. Es ist der Ort, wo Er die Weltgeschichte zur Erfüllung bringen wird und alle Welt Seine Wunder sehen soll. Eine Attacke des Feindes, wie wir sie jetzt auf Israel erleben, wird die Pläne Gottes mit Seinem Volk und dieser Welt nicht verhindern, sondern muss ihnen dienen. Gott hat das erste Wort in der Weltgeschichte mit Seinen Verheißungen in der Bibel, und letzte Wort, wenn Er sie zur Erfüllung bringt.

In dieser Perspektive hat der Bundesparteitag am 25. November 2023 das Europawahlprogramm von Bündnis C – Christen für Deutschland beschlossen. Die Covid 19-Maßnahmen, der Angriff Russlands auf die Ukraine und zunehmende Flüchtlingsströme haben Europa in den letzten fünf Jahren weiter destabilisiert. Wir wollen die politischen Stärken wiederbeleben, die Europa nach dem 2. Weltkrieg Frieden gebracht haben. Wir zeigen, wie die europäische



Wirtschafts- und Außenpolitik Fluchtursachen in den Herkunftsländern reduzieren kann, um die innenpolitischen Spannungen durch Migration in Europa zu reduzieren. Wir machen Vorschläge, wie europäische Unternehmen florieren können, während sie gleichzeitig unsere Ressourcen auf verantwortliche Weise nutzen. Wir glauben, dass Ökologie die Sorge für den Menschen und die Schöpfung gleichermaßen umfasst und unser gottgegebener Auftrag ist. Wir stellen in allen politischen Fragen die Würde des Menschen in den Mittelpunkt, Menschenrechte und Grundfreiheiten, die die Grundwerte der EU ausmachen. Und wir betonen, dass nur in Rückbesinnung auf unsere christlichen Wurzeln Europa und die EU Wege aus den sich multiplizierenden Krisen finden werden. Unter der Überschrift „**Frieden in Einheit mit starken Nationen**“ finden Sie unser Europawahlprogramm in diesem Heft.

Um zur Europawahl antreten zu können, brauchen wir 4000 Unterstützerunterschriften. Bitte aktivieren Sie jetzt Ihre Freunde und Familien, Netzwerke und Gemeinden und helfen Sie uns, die Unterschriften bis Anfang des Jahres vollständig zu haben! Das Formular für die Unterschriften finden Sie nochmals in diesem Heft. Wir sind auf Ihre Unterstützung angewiesen, damit wir für Sie eine Stimme im Europaparlament sein können!

Wir übernehmen als Bündnis C Verantwortung für die Politik in Deutschland und Europa, weil wir glauben, dass Gott uns in den multiplen Krisen nicht verloren gibt, sondern retten will. Damit sind wir nicht allein. Anfang November 2023 fand in London die Weltkonferenz „Alliance for Responsible Citizenship“ (ARC) statt. 1500 teils hochrangige Politiker, Verantwortungsträger und junge Menschen, Unternehmer, Juristen, Medienschaffende und zivilgesellschaftliche Akteure kamen zusammen, die unserer Welt dienen und Verantwortung übernehmen wollen. Initiator der weltweiten Bewegung ist der kanadische Psychologe Jordan Peterson. Der Sinnkrise der westlichen Welt durch den Verlust der transzendenten Grundlagen unserer Zivilisation und einen säkularen Materialismus wollen die Akteure auf der Basis des christlichen Menschenbildes, der Katholischen Soziallehre und von Werten begegnen, die dem Wahren, Guten und Schönen dienen.

Eine Utopie? **Wir stehen an einem zivilisatorischen Wendepunkt, wo wir eine alternative Vision zum apokalyptischen Narrativ und einem globalisierten Pessimismus brauchen**, wie sie von Organisationen wie dem World Economic Forum den Menschen auferlegt werden. Drei Tage lang stellten Experten aus aller Welt in London ihre Forschungsergebnisse vor

und diskutierten Lösungen für ein Staatswesen und internationale Beziehungen, die das menschliche Wohlergehen an die erste Stelle setzen, für lebensdienliche Energiegewinnung statt einem Null-Wachstums-Zwang, für eine Familienpolitik, die Paaren hilft, Kinder zu haben, und zu einer subsidiären Gesellschaft als Gegenmodell zu tyrannischer Macht über entwurzelte Individuen.

Die Fragen und Antworten sind unserem grundlegenden Denkansatz für eine relationale Gesellschaft sehr ähnlich. Es gab Aufrufe zum Gebet, weil Christen auch wissen, dass wir uns nicht selbst erlösen können. In dieser doppelten Verantwortung stehen wir als christliche Partei. **Ohne eine geistliche Erneuerung werden Deutschland und Europa keine politische Wende bekommen.** Deshalb rufen wir zum Gebet auf und fragen nach den Plänen Gottes für unsere Welt. Und wir arbeiten in dieser Perspektive gleichzeitig an Antworten für Politik und Gesellschaft, die begründete Hoffnung, Eigenverantwortung, Kreativität und Tatkraft freisetzen.

Wir haben Sie Anfang des Jahres zu mehreren Arbeitsgruppen eingeladen, um daran mitzuwirken. Aktuell sollen Arbeitsgruppen zum Lebensschutz, Familienpolitik, Senioren und Wirtschaftspolitik gebildet werden. **Bitte lassen Sie uns wissen, wenn Sie in einer der Gruppen mitarbeiten wollen!**

Wir wollen im vor uns liegenden Europawahlkampf nicht nur menschlich säen mit dem, was Parteien eben tun, sondern auf Gott schauen, was Er in Europa tut. Advent heißt Ankunft. Wir erwarten unseren Herrn Jesus Christus, dass Er neu in uns und in unserem Land geboren wird. Wir wollen mit Ihm Sein Reich bauen in Politik und Gesellschaft und laden Sie herzlich ein, dabei zu sein!

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit in Vorfreude und Hoffnung für 2024!



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Zu Israel stehen

Israel trauert um die Opfer des Terror-Angriffs der Hamas am 7. Oktober 2023 und befindet sich in einer Bodenoffensive im Gazastreifen. Weltweit demonstrieren Menschen für Solidarität mit Israel, während gleichzeitig Anhänger der Hamas deren Gräueltaten feiern. Auf deutschen Straßen eskaliert die Gewalt von Islamisten und Juden fühlen sich so bedroht wie zuvor. Bündnis C fordert eine Wende in der deutschen und europäischen Nahost- und Islampolitik und jede Unterstützung der Terrororganisationen einzustellen. Die Sicherheit Israels als Staatsräson erfordert erst recht in Kriegszeiten eine eindeutige Positionierung Deutschlands und allumfassenden Beistand für Israel.

Fast auf den Tag genau 100 Jahre nach dem Inkrafttreten des zivilen britischen Mandats zur Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und 50 Jahre nach dem Jom-Kippur-Krieg wurden bei dem Großangriff der Hamas auf Israel nach jetzigem Stand etwa 1200 israelische Bürger auf bestialische Weise getötet, 4400 verletzt und etwa 240 in den Gazastreifen verschleppt. Gräueltaten dieses Ausmaßes wurden zuletzt am jüdischen Volk im Holocaust begangen. Das Land steht unter Schock und startete eine Bodenoffensive in Gaza, um die Hamas zu auszulöschen.

Neben der Hamas bedroht aus dem Norden die libanesische Hisbollah Israel mit Raketenbeschuss. Hinter beiden steht das Mullah-Regime in Teheran, das die Raketen liefert und deren Terror gegen Israel maßgeblich finanziert.

Internationale Unterstützung des Terrors beenden

Die internationale Nahost-Politik ist an den Massakern nicht unschuldig.

Seit den 1990er Jahren hat die UN in ihren Gremien mehr Resolutionen gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen Israels verabschiedet als gegen alle anderen Staaten zusammen. Der Menschenrechtsrat der UN ist zu dreiviertel von diktatorischen Mitgliedsstaaten besetzt, die die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen begehen. Im November 2023 wurde der iranische Diplomat Ali Bahreini als Vorsitz des Sozialforums des UN-Menschenrechtsrats beru-

fen. Diese Akteure manipulieren den UN-Menschenrechtsrat, den Internationalen Gerichtshof und den Internationalen Strafgerichtshof, um Israel zu dämonisieren und delegitimieren. Die meisten der israelfeindlichen Resolutionen werden von arabischen Staaten initiiert, andere stimmen zu wegen ihrer Abhängigkeit von arabischem Öl oder aus Angst vor Terroranschlägen. Zwei Drittel der europäischen Staaten folgen der antiisraelischen Agenda der UN.

Mit dem Oslo-Friedensprozess haben sich die EU und die USA auf eine Zwei-Staaten-Lösung versteift, die konsequent gescheitert ist. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) verpflichtete sich 1993 mit den Oslo-Abkommen, aus ihrer Charta alle Passagen zu streichen, die die Vernichtung Israels zum Ziel haben. Während die Knesset das Abkommen innerhalb einer Woche ratifizierte, ist eine Ratifizierung durch die PLO bis heute nicht erfolgt. Seit den 1970er Jahren hat die PLO dennoch Milliarden an ausländischer Hilfe erhalten, um einen unabhängigen, lebensfähigen und friedlichen palästinensischen Staat zu errichten. Ein palästinensischer Staat, der in Frieden Seite an Seite mit Israel lebt, blieb jedoch eine Illusion des Westens, die die Realitäten des Nahost-Konflikts ignoriert: Die Hamas und die PLO wollen keine friedliche Koexistenz mit Israel, sondern den jüdischen Staat auslöschen. Das ist auch in der Gründungs-Charta der Hamas klar dargelegt. Indem der Westen davor die Augen verschließt, hat er die Vernichtungsabsichten gegen Israel mitfinanziert.

Die zweite Säule westlicher Nahost-Politik ist das ebenso gescheiterte Atomabkommen (JCPOA) mit dem Iran. Der 2015 von den USA, China, Russland, Frankreich, Großbritannien und Deutschland geschlossene Atomdeal hat den Iran nicht daran gehindert, sein Atomprogramm fortzusetzen. Wegen mehrfacher Verstöße gegen die im Abkommen vereinbarten Obergrenzen der Urananreicherung und -produktion sind die USA 2018 aus dem Abkommen ausgestiegen und haben die Sanktionen gegen den Iran wieder eingesetzt, um den Weiterbau einer Atombombe nicht mitzufinanzieren. Die EU hingegen suchte Wege, die Sanktionen zu umgehen, um ihre Wirtschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten, und die Biden-Administration nahm die Verhandlungen mit dem Iran wieder auf. Die Wirtschaft im Iran ist in den Händen der Re-

volutionsgarden, die ihre Milizen im Irak, in Syrien, im Libanon, im Gazastreifen und im Jemen bezahlen und befehligen. Der Iran hat sein Atomprogramm stetig ausgebaut wie auch die Produktion und Stationierung neuer Raketen, die Hamas und Hisbollah auf Israel abfeuern. Ein neues Atomabkommen würde die Sanktionen aussetzen und den Geldfluss in den Iran noch weiter öffnen.

Gescheiterte deutsche Islam-Politik

In Deutschland gilt die Sicherheit Israels als Staatsraison. Dennoch duldet die deutsche Politik seit Jahren islamischen Antisemitismus und Israelfeindlichkeit, unterstützt durch die politische Linke. Nach israelischen Einschätzungen befinden sich mehr als 450 radikale Hamas-Anhänger in Deutschland und laut Bundesgeheimdienst etwa 1250 Anhänger und Mitglieder der Hisbollah. Beide Organisationen stehen auf der Terrorliste der EU, Deutschland hat die Hamas 2004 zur Terrororganisation erklärt. Beide wurden dennoch weiter in Deutschland toleriert und es gibt kein Finanzierungsverbot. Die Hamas konnte ungehindert Spenden sammeln, Anhänger rekrutieren und ihre Propaganda verbreiten.

Das Ergebnis sehen wir seit Jahren auf deutschen Straßen: beim jährlichen „Al Quds Tag“, zu dem das iranische Regime aufruft und an dem in Berlin judenfeindliche Parolen skandiert werden, auf den Straßen und in den Schulen Neuköllns, wo Israel-Hass an der Tagesordnung ist, nach dem Terrorangriff der Hamas bei den Feiern des Samidoun-Vereins, einer Vorfeldorganisation der linksextremen „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP). Die halbherzigen Distanzierungen führender Islamverbände wie ATIB (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine) und des IZH (Islamisches Zentrum Hamburg) von dem mörderischen Angriff der Hamas bezeugen einmal mehr deren israelfeindlichen Antisemitismus. Sie sind jedoch nicht verboten, sondern Mitglied des Zentralrats der Muslime, der die israelische Politik für den Überfall der Hamas-Terroristen auf Israel verantwortlich macht und beide Seiten zur Mäßigung aufrief. Der Zentralrat ist Ansprechpartner der deutschen Politik. Das Familienministerium, das Außenministerium und zahlreiche Stiftungen fördern großzügig Islamvereine, in deren Moscheen Gewalt gegen Juden gepredigt wird.

Anfang November 2023 hat die Bundesregierung ein Betätigungsverbot für die Hamas und ein Vereinsverbot für Samidoun ausgesprochen. Susanne Schröter, Direktorin des Forschungszentrums Globaler Islam an

der Universität Frankfurt, fordert außerdem die Wiedereinsetzung des „Expertenkreises Politischer Islamismus“ beim Bundesinnenministerium, den Innenministerin Faeser 2022 aufgelöst hat. In einem offenen Brief beklagt sie unter anderem eine schamlose Täter-Opfer-Umkehr an den Universitäten und in deutschen Medien. „Jegliche Kritik an muslimischem Antisemitismus, an antisemitischen Traditionen in muslimischen Communities oder bei islamischen Verbänden wird seit Jahren als ‚antimuslimischer Rassismus‘ denunziert. Präventionsprojekte wie das ‚Neukölln Projekt gegen demonstrative Religionsbekundungen‘ wurden von Grünen und Linken als islamfeindlich bezeichnet und erhalten keinerlei finanzielle Förderung.“¹ Zu den Mitunterzeichnern gehören der Migrationsforscher Ruud Koopmans, CDU-Innenpolitiker Christoph de Vries, der Psychologe Ahmad Mansour und der Berlin-Neuköllner Integrationsbeauftragte Güner Balci.

De Vries betont, dass die politische Linke bei arabischem und türkischem Antisemitismus wie auch politischem Islamismus seit Jahren systematisch wegschaut und Experten und Politiker als Muslimfeinde oder Rassisten brandmarkt, die sich in der Islamismus- und Antisemitismusbekämpfung engagieren. Stattdessen wurde Vereinen der Geldhahn zugedreht, die sich unter anderem gegen Islamismus an Schulen in Berlin und Brandenburg engagierten. Es gebe keinen Maßnahmenplan und keinen politischen Willen der Ampel-Koalition, Islamismus und muslimischem Antisemitismus konsequent entgegenzutreten.

Brigadegeneral Amir Avivi, Gründer und Vorstandsmitglied der Organisation IDSF (Israel's Defense and Security Forum) forderte die Bundesrepublik auf, präventiv gegen die Hamas und andere extremistische Organisationen in Deutschland vorzugehen und die Aktivisten umgehend zu verhaften. Ansonsten wird Europa dasselbe erleben wie Israel.² Die Eskalation der Gewalt von Hamas-Anhängern gegen die Berliner Polizei bestätigt seine Warnung. Unterstützt werden sie von linken und rechten Antisemiten, die mit ihnen auf Demonstrationen Parolen gegen Juden und Israel skandieren. Islamisten rufen weltweit zu jüdischen Pogromen auf, Juden Hass durchzieht die Sozialen Medien.

1 <https://www.die-tagespost.de/politik/deutschland-braucht-die-islamismuswende-art-243427>

2 <https://www.fokus-jerusalem.tv/2023/10/15/armeegeneral-draengt-auf-verhaftung-von-450-hamasaktivisten-in-deutschland/>

Zeitenwende in der Nahost-Politik

Wenn erneut von einer Zeitenwende gesprochen wird, dann muss sich diese in einer Wende der deutschen Nahost-Politik zeigen.

Die erste Forderung richtet sich an die Hamas, die israelischen Geiseln unverzüglich freizulassen, und an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Gaza, die Geiseln zu versorgen. Wir appellieren an die deutsche Regierung, maximalen Druck auf die Terrororganisation und ihren Einfluss auf den UN-Menschenrechtsrat und das Rote Kreuz auszuüben.

Neben der schnellen und umfassenden Unterstützung der Regierung Israels und der Opfer des Terrors darf keiner der internationalen Drahtzieher der Hamas, Hisbollah, des Islamischen Dschihad und des Iran weiter alimentiert oder hofiert werden. Alle Zahlungen nach Gaza sind bis zur Eliminierung der Hamas einzustellen, ebenso Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde, die Attentätern Märtyrer-Renten zahlt, und an NGOs, die humanitäre Hilfsgelder an die PFLP umleiten. Wenn die Bundesregierung behauptet, es gäbe keine direkten Zahlungen an die Palästinensische Autonomiebehörde oder die Hamas, sondern nur projektbezogene humanitäre Hilfe an geprüfte Organisationen vor Ort, so ist das nicht nur naiv. Hier verschließt man bewusst die Augen vor den politischen Verhältnissen in Gaza, wo keine Organisation an der Hamas vorbei agiert. Deshalb sind UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten) sämtliche Mittel zu streichen, das seit seiner Gründung zu einer Verstetigung des Flüchtlingsstatus der Palästinenser beigetragen hat, statt zu deren Integration und einem eigenständigen Leben. Das Werk ist von der Hamas unterwandert, die deren Einrichtungen teilweise als Terror-Basen missbraucht. Lehrer und Schulbücher in UNRWA-Schulen schüren den Hass auf Israel.

Neben den bereits genannten Maßnahmen dürfen im In- und Ausland nur Organisationen Fördergelder erhalten, die sich klar zum Existenzrecht Israels bekennen, zu Demokratie und gegen Antisemitismus. Der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft bzw. die Ausweisung von offen judenfeindlichen Personen mit Aufenthaltsstatus ist eine billige Konsequenz.

Vor allem sollte sich die deutsche Politik mit Belehrungen gegenüber Israel zurückhalten. Wer gibt uns das Recht zur Einmischung in dessen innere Angelegenheiten? An kein Land der Welt werden so weltfremde Forderungen einseitiger Zugeständnisse gestellt wie an Israel im Nahost-Konflikt, wo entgegen den politi-

schen Realitäten Israel als Aggressor und die palästinensische Bevölkerung als Opfer dargestellt werden.

Die Zwei-Staaten-Lösung ist ad acta zu legen. Zugeständnisse von „Land gegen Frieden“, die Israel 2005 unter internationalem Druck mit seinem Rückzug aus dem Gazastreifen gemacht hat, haben seine Sicherheit immer mehr gefährdet und sich spätestens mit dem jetzigen mörderischen Überfall der Hamas als völlig haltlos erwiesen. Israel wird die Gründung eines palästinensischen Staates auch nicht als Bedingung für die „Normalisierung“ der Beziehungen zu Saudi-Arabien akzeptieren, die die USA zu vermitteln versuchen.

Ebenso muss Deutschland das gescheiterte Atomabkommen mit dem Iran verlassen und die Sanktionen gegen das Regime in Teheran vollumfänglich wieder einsetzen. Der so genannte Snap-Back-Mechanismus gibt jedem Mitglied des JCPoA die Möglichkeit, im Fall von Vertragsbruch unilateral aussteigen zu können. Wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, denen die Sanktionen entgegenstehen, darf nicht weiter die Sicherheit Israels geopfert werden. Die iranischen Revolutionsgarden gehören auf die Terror-Liste der EU.

Die Sicherheit Israels ist Teil deutscher Staatsräson als Konsequenz aus dem Holocaust. Das bedeutet, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Sicherheit und Existenz Israels zu verteidigen. Diese Verpflichtung erfordert nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern allumfassenden Beistand gerade in Kriegszeiten. Die deutsche Politik darf nicht länger auf zwei Seiten hinken und mit Appeasement die Feinde Israels stark machen. Eine wertebasierte Außenpolitik, wie Ministerin Baerbock sie fordert, muss sich gerade jetzt bewähren, wenn die Welt sich gegen Israel wendet.

Die Hamas darf den Informationskrieg nicht gewinnen

Militärisch kann die Hamas Israel nicht besiegen. Deshalb versucht sie, Israel moralisch zu diskreditieren und zu delegitimieren und flutet seit Beginn der Bodenoffensive die Medien mit Bildern getöteter Zivilisten und nicht überprüfbaren Opferzahlen. Es handelt sich um einen moralisch asymmetrischen Konflikt: Während die Hamas israelische Zivilisten tötet und entführt und ihre eigene Bevölkerung als Schutzschilde dem Tod preisgibt, versucht Israel, keine Zivilisten zu töten, und warnt die palästinensische Bevölkerung, sich in Sicherheit zu bringen. Zur Informationsdarstellung der Hamas gehört, dass Israel so viele Palästinenser wie möglich tötet. Damit soll Israel international isoliert und

Länder wie die USA und die EU unter Druck gesetzt werden, nicht mehr Israel, sondern das Opfer-Narrativ der Palästinenser zu unterstützen.

Diese Rechnung darf nicht länger aufgehen. Für den Tod palästinensischer Zivilisten in diesem Konflikt ist die Hamas und nicht Israel verantwortlich. Israel ist ein demokratischer Rechtsstaat, die Hamas ein Terror-Regime. Ihr Hass auf Israel ist größer als die Fürsorge für ihre Bevölkerung. Die Abriegelung des Gaza-Streifens nach dem Angriff auf Israel ist legitim. Für die Versorgung ihrer Bürger mit Lebensmitteln, Wasser, Strom und Treibstoff ist grundständig die Hamas als Regierung und nicht Israel zuständig. Mit den Milliarden an Hilfgeldern von der EU und der UN muss sie die Infrastruktur und Versorgung sicherstellen, statt Raketenbasen zu bauen.

Israels Verteidigungskrieg braucht weiter den Rückhalt Deutschlands, wenn die Bilder gemeuchelter Israelis aus den Medien verschwunden sind und die Hamas den Informationskrieg mit Bildern von Opfern in Gaza befeuert. Statt Aufrufen an Israel zur Deeskalation und Belehrungen über Menschenrechte, die die Hamas regelmäßig mit Füßen tritt, braucht es die klare Zuweisung der Verantwortung: Nicht Israel ist für die Lage im Gazastreifen verantwortlich, sondern die Hamas, die ihre Bevölkerung in Geiselhaft hält. Die palästinensische Bevölkerung ist zu großen Teilen auch nicht unschuldig an ihrem Leiden, solange sie ihre Kinder zum Hass auf Israel erzieht. Sie hat die Hamas an die Macht gebracht. Humanitäre Hilfe muss dennoch bereitgestellt werden, solange sie nicht von der Hamas konfisziert wird.

Ist der Weltfrieden in Gefahr?

Während Israel den Annäherungsprozess mit seinen arabischen Nachbarn und den Abraham-Abkommen voranbrachte, formierte sich vom Iran aus eine Achse zur Hamas und Hisbollah, über Syrien und den Jemen, in die Türkei, nach Afghanistan und Russland, um diese Annäherung zu verhindern. Mit dem Stopp der Gespräche zwischen Saudi-Arabien und Israel ist dies aktuell gelungen. Die arabischen Nachbarn Israels scheinen indes entgegen den Bestrebungen der Hamas wenig geneigt, sich in einen Krieg gegen Israel hineinziehen zu lassen. Dennoch ist die Situation fragil.

Während Ägypten und Jordanien die Grenzen schließen und die Aufnahme palästinensischer Flüchtlinge ablehnen, kann eine Bodenoffensive in Gaza auch einen neuen Flüchtlingsstrom nach Europa in Gang setzen, die westliche Welt weiter destabilisieren und gegen Israel aufbringen. Der Krieg ist bereits auf den

Straßen in Europa und den USA. Angesichts der bisherigen gescheiterten Islam-Politik müssen Vorkehrungen getroffen werden, dass in Deutschland nur Asyl erhält, wer seine israelfeindliche Haltung abgelegt hat.

Als Christen kennen wir die biblischen Voraussagen für Israel und die Nationen. Nach Sacharja 14,2 werden sich eines Tages alle Nationen zum Krieg gegen Jerusalem versammeln. Das ist jedoch weder für Deutschland noch für Israel ein unausweichliches Schicksal, sondern Warnung. Nach den Massakern der Hamas in Israel wird ein Flächenbrand befürchtet. Es ist die Verantwortung jeder Nation, Ross und Reiter wahrheitsgemäß zu benennen und sich an die Seite Israels zu stellen – insbesondere für Deutschland, das schon einmal versucht hat, das jüdische Volk auszulöschen. Es wird in diesem Konflikt keine Neutralität geben, weil es um die Pläne Gottes mit seinem ausgewählten Volk geht.

In dieser Auseinandersetzung ist es Zeit, offensiv Stellung zu beziehen gegen alle Versuche, Israel zu vernichten, und die Deutsche Botschaft nach Jerusalem zu verlegen - als Zeichen der Anerkennung des Staates Israel mit Jerusalem als Hauptstadt, wie es z. B. Estland und Neuseeland als unmittelbare Reaktion auf den Terrorangriff der Hamas angekündigt haben.

Gleichzeitig glauben wir an die Versöhnung der Nachfahren der Brüder Isaak und Ismael, der Stammväter des Volkes Israel und der Araber. Nach Jesaja 19,23-25 ist das der Plan des Friedefürsten, der messianische Juden und arabische Christen vereint. Wir stehen mit ihnen zusammen für ihre Völker vor Gott ein, weil nicht der jahrtausendealte Bruderkrieg, sondern Jesus Christus als ihr gemeinsamer Messias das letzte Wort der Geschichte hat.

„Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist“ – ein Zitat von David Ben Gurion, dem ersten Ministerpräsidenten Israels. Dieses Wort drückt unseren Glauben und den des jüdischen Volkes aus an das Eingreifen Gottes in die Geschichte Israels – bis heute und gerade jetzt.



Karin Heepen

Bundvorsitzende
Bündnis C

Die politische Situation im Nahen Osten und die Verantwortung der EU-Außenpolitik



Am 25.11.2023 veranstaltete Bündnis C – Christen für Deutschland zusammen mit der European Christian Political Movement (ECPM) eine Tagung zum Krieg in Israel und den Auswirkungen auf Europa. Die Hauptsprecherin, Islamwissenschaftlerin und Journalistin, stellte die verschiedenen Aspekte des arabisch-israelischen Konflikts dar und die Mitverantwortung der deutschen und europäischen Politik bei der Aufrüstung der Hamas. Johannes de Jong von der Sallux ECPM Foundation weitete den Blick auf die größeren Zusammenhänge im Nahen Osten und mahnte eine konsistente EU-Politik gegenüber den verschiedenen Volksgruppen und Minderheiten an.

Die Tagung wurde von der Bundesvorsitzenden von Bündnis C – Christen für Deutschland Karin Heepen eröffnet. Sie rückte das Anliegen der Veranstaltung in den aktuellen Kontext des Terrorangriffs der Hamas auf israelische Zivilisten am 7. Oktober 2023. Zu Israel zu stehen ist für Bündnis C mehr als Staatsräson. „Unsere historische Verantwortung für Israel ergibt sich aus einer über 1700 Jahre währenden Geschichte des Antisemitismus, der Diskriminierung und Verfolgung von Juden in den christlichen Nationen Europas, die in der Beinahe-Auslöschung des jüdischen Volkes im Holocaust endete.“ Daraus leitet sich unsere politische Verantwortung ab, als Deutsche und Europäer das Existenzrecht des Staates Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und einzige Demokratie im Nahen Osten zu verteidigen. Die mit dem Hamas-Angriff offen ausgebrochenen Wellen von Hass auf Juden und Israel weltweit sind von der Bibel her als Kampf gegen das auserwählte Volk Gottes und damit gegen Gott selbst zu verstehen.

Die Hauptsprecherin der Tagung studierte in Berlin, Hamburg und Damaskus Islamwissenschaft. Sie lebt seit 10 Jahren in Jerusalem und arbeitet als Journalistin für israelnetz.com. Der Hamas-Angriff, so die Journalistin, war lange vorbereitet und traf Israel in der innenpolitischen Zerrissenheit der letzten Monate und mit einer geschwächten Regierung in der kritischsten Situation seiner Geschichte als Nation. Gleichzeitig eskalierte darin der arabisch-israelische Konflikt, in dem die arabischen Nachbarn den jüdischen Staat von Anfang an bekämpfen. Im innerarabischen

schiitisch-sunnitischen Konflikt sollte vom Iran und seinen Handlangern zudem die weitere Annäherung sunnitischer Staaten an Israel verhindert werden. Die Referentin betonte, dass Israel nicht nur für sich selbst kämpft, sondern auch für die freie westliche Welt gegen die Machtexpansion des Islam. „Der Islam formuliert seine Ziele im Nahen Osten und in Europa seit Jahren sehr klar, aber der Westen hat sie nie ernstgenommen: Der Islam will keine Integration, sondern Übernahme. Der Großteil der Muslime ist friedlich oder gleichgültig. Aber wenn sie schweigen, setzen sich die Radikalen durch.“ Sie brachte Beispiele von Muslimen, die in Deutschland geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen und in Bezug auf die geschichtlichen Abläufe im Nahen Osten dennoch komplett desinformiert sind. Der auf den Straßen, an Hochschulen und Universitäten grassierende Antisemitismus und Antizionismus zeigt ein alarmierendes Bild der zukünftigen deutschen Verantwortungsträger und Eliten. Wie will Deutschland damit weiter seine Verfassungsgrundlagen umsetzen?

Die Journalistin betonte die doppelte Mitverantwortung der europäischen Staaten an der Aufrüstung der Hamas. Mehr als eine Milliarde Euro fließen jährlich aus Europa an palästinensische Organisationen. Nach den USA ist Deutschland mit 200 Millionen Euro jährlich der größte Geldgeber an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und sponsert damit millionenschwere Hamas-Funktionäre (Beispiel ist Ismail Hanije als vierfacher Milliardär). „Warum ist die deutsche Politik so naiv und auf welche Berater hört sie?“ Gleichzeitig wurden nie Finanzmittel für jüdische Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. Dabei gibt es allein aktuell etwa 125 000 Binnenflüchtlinge in Israel, die vor dem anhaltenden Raketenterror aus Gaza und dem Libanon geflohen sind.

Gefragt nach einer Zwei-Staaten-Lösung, fragte die Referentin, welcher Sinn in einer Zwei-Staaten-Lösung liege, in der ein Staat eine jüdisch-arabische Bevölkerung hätte und der zweite Staat keine Juden aufnehme. Der Großteil der Araber in Israel und den palästinensischen Gebieten bevorzuge die israelische Staatsbürgerschaft. Andere wollen eine Ein-Staaten-Lösung „from the river to the sea“, also die Auslöschung des jüdischen Staates. Wenn vonseiten der arabischen



Staaten eine Zwei-Staaten-Lösung gewollt wäre, hätte man diese schon lange erreichen können. Wieso dienen sich europäische Regierungen so stark der Palästinensischen Autonomiebehörde bzw. der Fatah an, die sich nie zum Existenzrecht Israels bekannt haben? „Abgesehen von wenigen Juden im Iran, leben sonst nirgends mehr Juden in muslimischen Ländern. Wo sonst können sich die Juden sammeln, wenn nicht in Israel?“

Die Frage der Eigenstaatlichkeit griff Johannes de Jong, Direktor der Sallux ECPM Foundation, am Beispiel zahlreicher anderer Bevölkerungsgruppen im Nahen Osten auf. Nach dem Sieg über das Osmanische Reich haben die Alliierten 1917 im Nahen Osten willkürliche Grenzen gezogen und Verträge geschlossen mit wenig Rücksicht auf die Interessen der betroffenen

Völker. Sallux schlägt seit einigen Jahren Brücken zwischen ethnischen Minderheiten und politischen Entscheidungsträgern in der EU und den USA. De Jong stellte die aggressive Expansion des Iran dar mithilfe seiner Handlanger bei der Hamas, Hisbollah, in Syrien und im Jemen. Ebenso unterstützt die Türkei extremistische Gruppen im Nahen Osten bis nach Libyen, Aserbaidschan und in die EU und hält kurdische Gebiete in Nordost-Syrien besetzt. Die EU dient sich dennoch weiter der Türkei und dem Iran an. Wenn die EU mit ihrer Außenpolitik Terrorismus, Migration und verhinderte Integration nicht weiter verstärken will, muss sie statt mit den repressiven Regimen mit den Unterdrückten zusammenarbeiten. Die Autonome Verwaltung von Nordostsyrien und ihre Syrischen Demokratischen Streitkräfte sind ein Hauptziel der türkischen Aggression, weil sie eine strategische Rolle im Kampf gegen den IS, gegen die Expansionsabsichten der Türkei und des Iran spielen. Sie sollten deshalb besondere Unterstützung seitens der EU erhalten. De Jong mahnte eine konsistente Außenpolitik der EU in Bezug auf ethnische Minderheiten, ihre Selbstbestimmung, Rechte und territorialen Ansprüche an sowie das Ende der Verhandlungen über ein neues Atomabkommen mit dem Iran.

(Pressemitteilung 27.11.2023)

Wohin bewegt sich unsere Gesellschaft?

Und was sagt Bündnis C dazu?

In diesen Tagen wurde ich auf einen Zeitungsartikel im Wittlager Kreisblatt vom 28.7.2023 aufmerksam, dessen Inhalt mich sehr bewegt hat. Es ging um die Frage: Haben die Deutschen noch Vertrauen in die Politik der Bundesregierung? Gesagt wurde, dass 93 % der Befragten sich das eigene Zuhause als Wohlfühloase ausbauen und kein oder wenig Interesse an den schrecklichen Meldungen über Krieg und Klimakrise haben. Für über 80 % der Befragten ist der Freundeskreis und die Familie von Bedeutung. Gleichgesinnte werden gesucht, die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden gemieden. Ein Gefühl der Selbstverwirklichung entsteht bei sportlicher Tätigkeit etwa in Fitnessstudios oder bei Yoga-Lehrgängen. Körperliche Fitness oder neutrale Ausgeglichenheit geben das Gefühl, das Leben im Griff zu haben.

Man höre und staune: nur 23 % sind zuversichtlich im Hinblick auf Politik und Gesellschaft. Dagegen herrscht im Privaten ein großer Optimismus vor. Interessant waren für mich die Schlussfolgerungen aus den Befragungen: Den Deutschen gelingt die Maximierung ihrer Zuversicht durch die Minimierung ihres Gesichtskreises. Der Ukraine Krieg, die Migrationskrise und der Klimawandel würden von einem Großteil der Bevölkerung ausgeblendet. Dieser „Verdrängungsvorhang“ lasse lediglich noch durchscheinen, was für das eigene Leben unmittelbar relevant ist, etwa die Inflation und die Energiepreise. Auch die Klimakrise rückt erst dann in den Blick, wenn etwa wie vor kurzem auf Rhodos, der eigene Urlaub durch Brände bedroht ist. Gerade die Älteren setzen darauf, dass sie ihren gewohnten Lebensstil beibehalten können und z. B. von den geforderten

Heizungsumbauten oder Renovierungsmaßnahmen am Haus zur CO2-Reduzierung verschont bleiben.

Ich habe mich gefragt, wie das Verhältnis von Alt und Jung oder bei bestimmten Einkommensschichten wohl ausgesehen habe. Das ging leider aus den Ausführungen nicht hervor und Spekulationen bringen nicht weiter. Mich erinnern die Ausführungen aber an die geringe Teilnehmerzahl bei dem groß geplanten Politik-Kongress im Herbst 2022 im Glaubenszentrum Krelingen, die das Leitungsteam zum Umplanen zwang und der mit etwa 30 Teilnehmern stattfand. Ich frage mich: Wo sind die politisch denkenden Christen zu finden? Es wird sie, so hoffe ich, noch geben. Gelingt es uns, sie für christliche Politik zu motivieren?

Ich erkenne den Zusammenhang von Gemeinwohl und Autonomie und komme zu dem Ergebnis, dass die deutsche Bevölkerung nach den verheerenden Folgen des 2. Weltkrieges und dem gelungenen Wiederaufbau ihres Landes das Gemeinwohl zugunsten starker Emanzipations- und Autonomiebestrebungen verdrängt haben. In Schulen, Bildungseinrichtungen, im therapeutischen Bereich und im Gesundheitswesen, in allen Institutionen wurde diese Tendenz mehr und mehr sichtbar. Auch im kirchlichen Bereich haben religionssoziologische Untersuchungen bestätigt, dass sich die Glaubenspraxis der Menschen in Deutschland stark individualisiert hat. Sollte der Rückzug ins Private eine Folge davon sein? Oder sollten wir uns eher fragen: Was ist Ursache und was ist Wirkung dieser Entwicklung und was greift noch ineinander?

Hinter der oben erwähnten Minimierung des Gesichtskreises steht offenbar ein Gefühl der Ohnmacht und Überforderung angesichts der multiplen Krisen ringsherum. Ich meine, unsere erste Aufgabe als Christen und der Kirchen muss sein, Realismus zu vermitteln: Krisen verschwinden nicht, indem man sie ausblendet oder verdrängt. Die Hoffnung, dass mein privater Raum davon verschont bleibt, ist auf Sand gebaut. Wir haben aus dem letzten Jahrhundert gelernt: Der Schrecken wird umso größer, wenn man davor die Augen verschließt.

Zu diesem Realismus brauchen wir aber eine begründete Hoffnung, und die lautet: Fürchtet Euch nicht! Ja, diese Krisen überfordern uns. Aber wir haben einen Gott, der diese Welt in seiner Hand hält. Er ruft uns aus unserem Schneckenhaus heraus, mit Ihm zusammen dieser Welt zum Guten zu dienen!

Ich denke, es handelt sich um einen Prozess, der veränderbar ist. Wir sind an diesem Veränderungsprozess

beteiligt, gerade unsere christliche Partei Bündnis C sollte die Herausforderung annehmen. Wir leben im 21. Jahrhundert in der Spannung von christlichen Werten einerseits und den verschiedensten ideologischen Strömungen der politischen Parteien andererseits. Jede dieser Parteien hat eine eigene politische Vision, sprechen wir an dieser Stelle über unsere Vision:

Das relationale Denken geht zum einen davon aus, dass Christen Strukturen unterstützen sollen, die die öffentliche Ordnung, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie garantieren und zum anderen das Gemeinwohl gleichermaßen berücksichtigen, damit nicht der freie Markt und der bloße Konsum ins Zentrum der Wirtschaft und des sozialen Lebens rückt. Die Menschenrechte müssen gestützt werden durch Nächstenliebe, Barmherzigkeit und Gerechtigkeit. Das Engagement der Kirche und der Gläubigen darf nicht nur auf die Sorge für die Armen, Schwachen und Benachteiligten gerichtet sein.

Die politische Vision des Relationalen Denkens beinhaltet im Wesentlichen:

- Alle Menschen sollen ein Zuhause haben.
- Lokale Gemeinden sollen auf engmaschige, aber inklusive Haushalte aufgebaut sein.
- Nationen sollen nach innen kohärent und nach außen mit ihren Nachbarn vernetzt sein.

Innerhalb dieser einfachen Vision soll jede Institution wie Familie, Unternehmen oder die Regierung so funktionieren, dass die Beziehungen die Qualität von Verwandtschaft oder Brüderlichkeit haben. Brüderliche Liebe wird freiwillig gegeben, nicht gezwungenermaßen oder als Tauschhandel. Souveränität kommt in dieser Vision nur Gott zu, menschliche Autoritäten sind ihm untergeordnet.¹

Wir können unseren Dienst verstehen als Multiplikatoren dieser Vision. Christen sind ganz individuell zur gesellschaftlichen Verantwortung von Gott befähigt worden und können, so glaube ich, die notwendigen Impulse im politischen Raum weitergeben. In diesem Sinne sollten wir mutig und selbstbewusst versuchen, neue Mitglieder zu gewinnen, ungewöhnliche, auch manchmal unbequeme Gedanken zu vertreten, ohne den Blick für die eigene Unvollkommenheit aus den Augen zu verlieren.

Annegret Spilker

Beisitzerin Landesvorstand Niedersachsen

¹ Eindruck Heft 24-2022/2 Seite 8

Soziale Medien bringen Bündnis C Reichweite

In Deutschland nutzen mittlerweile über 38 Millionen Menschen soziale Medien, davon sind zwei Drittel tägliche Nutzer. Diese Zahlen verdeutlichen die zunehmende Rolle, die moderne Kommunikationsmittel in unserem Leben spielen. Die Nutzung sozialer Medien hat nicht nur soziale Interaktionen transformiert, sondern auch eine wichtige Funktion als Informationsquelle und Meinungsbildungsplattform eingenommen.

Die Plattformauswahl

Es gibt mittlerweile viele verschiedene soziale Netzwerke, sodass man schnell den Überblick verlieren kann. Wir haben uns in den letzten Jahren verstärkt auf die Plattformen Facebook, Instagram, Telegram und Twitter (jetzt X) fokussiert, um mit unseren Beiträgen ein breites Publikum zu erreichen. Diese Plattformen bieten nicht nur eine große Reichweite, sondern auch vielfältige Möglichkeiten der Interaktion.

Diskussionsseiten für Meinungs austausch

Neben den klassischen Interaktionsformen haben wir auch Diskussionsseiten auf Facebook und Telegram, um einen direkten Meinungs austausch zu aktuellen Beiträgen und politischen Themen zu ermöglichen. Hier können Nutzer aktiv ihre Meinungen teilen und sich mit anderen austauschen.

Interaktion als Schlüssel zur Reichweite

Die Formel für eine erfolgreiche Präsenz in sozialen Medien lautet: Reichweite funktioniert nur mit Interaktion. Das bedeutet, dass es nicht ausreicht, Inhalte einfach zu veröffentlichen. Vielmehr ist es entscheidend, dass die Nutzer aktiv mit den Inhalten interagieren. Dies kann vor allem durch das Teilen von Artikeln, das Liken von Beiträgen und das Schreiben von Kommentaren erreicht werden.

Strategien für erhöhte Interaktion

Um die Interaktion und unsere Sichtbarkeit weiter zu steigern, wollen wir konkret dazu aufrufen, unsere Artikel zu teilen, zu liken und zu kommentieren. Durch diese Aktionen erhöht sich die Sichtbarkeit der Inhalte, da sie wahrscheinlicher anderen Nutzern der Plattformen angezeigt werden. Kommentare sind besonders wichtig, um eine lebendige Diskussion anzuregen. Nutzer können ihre Gedanken zu einem Beitrag teilen und diskutieren, was sie besonders angesprochen hat.

Videos werden immer beliebter

Die Bedeutung von Videos in sozialen Medien wächst kontinuierlich. Als die bekannteste Plattform für Videos im Internet gilt YouTube. Wir wollen im kommenden Jahr unseren Fokus verstärkt auf unseren YouTube-Kanal richten und regelmäßig Videos zu unseren Inhalten nicht nur auf regionaler, sondern auch auf Bundesebene veröffentlichen.

Wie kannst du dich konkret einbringen?

1. Folge uns auf Facebook, Instagram, Telegram, Twitter oder YouTube: Bleibe auf dem Laufenden, „like“ relevante Inhalte und zeige so deine Unterstützung für Bündnis C.
2. Teile und verbreite unsere Inhalte: Teile Artikel, Videos und Grafiken auf Deinen Seiten, um unsere Reichweite zu erhöhen.
3. Kommentiere und diskutiere: Schreib Kommentare zu unseren Beiträgen und beteilige Dich an Diskussionen.
4. Folge Diskussionsseiten: Schließe dich unseren Diskussionsseiten auf Facebook und Telegram an, um aktiv an den Gesprächen teilzunehmen und Ideen auszutauschen.

Daniel Gräber und das Team Öffentlichkeitsarbeit

Folgen Sie uns in den Sozialen Medien!



<https://buendnis-c.de/>



<https://twitter.com/buendnisC>



<https://t.me/buendnisC>



<https://www.instagram.com/buendnisC>



<https://www.facebook.com/buendnisC>



<https://www.youtube.com/buendnisC>

Wir sammeln Unterstützerunterschriften für die Europawahl 2024

Bündnis C – Christen für Deutschland braucht Ihre Unterstützung!

Die nächste Europawahl findet am 9. Juni 2024 statt. Bündnis C – Christen für Deutschland möchte bei dieser Wahl kandidieren, um die Interessen der Christen in Deutschland zu vertreten. Um bei dieser Europawahl auf dem Stimmzettel zu stehen und in ganz Deutschland wählbar zu sein, brauchen wir mindestens 4 000 Unterstützerunterschriften.

Wer kann unterstützen

Sie können uns unterstützen, egal in welchem Bundesland sie wohnen. Entscheidend ist lediglich, dass sie zur Europawahl wahlberechtigt sind, d. h. im Frühjahr 2024 mindestens 16 Jahre alt sind.

Wie Sie unterschreiben können

Für die Unterstützerunterschriften gibt es ein Formular, dieses können sie auf unserer Webseite unter <https://buendnis-c.de/aktuelles/europawahl2024/> herunterladen. Bitte drucken Sie es beidseitig aus mit der zugehörigen Datenschutzerklärung auf der Rückseite.

Gerne schicken wir Ihnen auch ein oder mehrere gedruckte Formulare zu. Kontaktieren Sie dazu die Bundesgeschäftsstelle per Mail an info@buendnis-c.de oder Telefon unter 0721-495596.

Sie müssen lediglich Ihre Daten angeben und eigenhändig das Formular unterschreiben. Scans werden von den Behörden nicht akzeptiert. Sie helfen uns sehr, wenn Sie das ausgefüllte Formular bei ihrem zuständigen Rathaus/Meldeamt abgeben, das Ihr Wahlrecht darauf bestätigen muss. Die Ämter können das bestätigte Formular direkt an uns zurücksenden. Lassen Sie sich in dem Fall die Abgabe der Unterschriften beim Amt bestätigen. Sie können uns das Formular auch ohne Bestätigung der Behörde zuschicken, dann kümmern wir uns um die Bestätigung des Amtes.

Was Sie unterschreiben

Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie, dass Sie die Teilnahme von Bündnis C – Christen für Deutschland an der Europawahl 2024 unterstützen. Sie verpflichten sich nicht, die Partei zu wählen. Sie dürfen bei jeder Wahl nur eine Partei für deren Wahlzulassung mit ihrer Unterschrift unterstützen.

Ihre Daten

Ihre Daten werden von uns nicht gespeichert. Sie werden nur zur Überprüfung Ihrer Wahlberechtigung verwendet und nach der Wahl vernichtet.

Was Sie gewinnen

Mit Ihrer Unterschrift helfen Sie uns, die Interessen der Christen in Deutschland und Europa zu vertreten. Sie helfen uns, eine Stimme für die Menschen zu sein, die sich von den großen Parteien nicht vertreten fühlen. Sie helfen mit, dass wir als christliche Partei auf dem Wahlzettel stehen und den Menschen in ganz Deutschland ein alternatives Wahlangebot machen können.

Unterschreiben Sie jetzt und geben Sie die Formulare an Freunde und Interessierte weiter. Helfen Sie uns, bei der Europawahl 2024 anzutreten. Vielen Dank!

Daniel Gräber

Leiter der Bundes-
geschäftsstelle



Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift

Eine Unterschrift ist nur gültig, wenn sie der Unterzeichner persönlich und handschriftlich geleistet hat. Unterschriften dürfen erst gesammelt werden, wenn der Wahlvorschlag aufgestellt ist. Vorher geleistete Unterschriften sind ungültig. Jeder Wahlberechtigte darf mit seiner Unterschrift nur einen Wahlvorschlag unterstützen. Wer mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet, macht sich nach § 108d in Verbindung mit § 107a des Strafgesetzbuches strafbar.



Ausgegeben

Wiesbaden, 22.09.2023

Ort, Datum

Der Bundeswahlleiter

Unterstützungsunterschrift

Ich unterstütze hiermit durch meine Unterschrift den Wahlvorschlag der

Bündnis C - Christen für Deutschland - Bündnis C

(Name der Partei und ihre Kurzbezeichnung/Name und Kennwort der sonstigen politischen Vereinigung)

für die Wahl der Abgeordneten zum 10. Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik

Deutschland für alle Länder.

(Vollständig in Maschinen- oder Druckschrift ausfüllen)

(Familienname)

(Vornamen)

(Geburtsdatum)

Anschrift (Hauptwohnung)¹⁾

(Straße, Hausnummer)

(Postleitzahl, Wohnort)

Ich bin damit einverstanden, dass für mich eine Bescheinigung des Wahlrechts eingeholt wird.²⁾³⁾

(Datum)

(Persönliche und handschriftliche Unterschrift)

(Nicht vom Unterzeichner auszufüllen)

Bescheinigung des Wahlrechts⁴⁾

- Der/Die vorstehende Unterzeichner/in ist Deutsche/r im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes.⁵⁾
- Der/Die vorstehende Unterzeichner/in ist Unionsbürger/in, der/die in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehat oder sich sonst gewöhnlich aufhält.⁵⁾

Er/Sie erfüllt die sonstigen Wahlrechtsvoraussetzungen des § 6 des Europawahlgesetzes, ist nicht nach § 6a des Europawahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und im Land

..... wahlberechtigt.

Ort, Datum

(Dienstsiegel)

Die Gemeindebehörde

- 1) Bei außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebenden Wahlberechtigten ist außerdem die letzte gemeldete Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland zu bezeichnen oder anzugeben, dass sie noch nie für eine Wohnung in diesem Gebiet gemeldet waren.
- 2) Wenn der Unterzeichner die Bescheinigung seines Wahlrechts selbst einholen will, streichen.
- 3) Bei außerhalb der Bundesrepublik Deutschland lebenden wahlberechtigten Deutschen ist der Nachweis für die Wahlberechtigung durch die Angaben entsprechend Anlage 2 und Abgabe einer Versicherung an Eides statt zu erbringen. Von Unionsbürgern ist der Nachweis für die Wahlberechtigung durch Abgabe einer Versicherung an Eides statt gemäß Anlage 14A zu erbringen.
- 4) Das Wahlrecht darf durch die Gemeindebehörde jeweils nur einmal bescheinigt werden; dabei darf sie nicht festhalten, für welchen Wahlvorschlag die erteilte Bescheinigung bestimmt ist. Die Wahlberechtigung des Unterzeichners muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein.
- 5) Zutreffendes ankreuzen.

Datenschutzhinweise auf der Rückseite

Informationen zum Datenschutz

Für die mit Ihrer Unterstützungsunterschrift angegebenen personenbezogenen Daten gilt:

1. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient dazu, die Mindestzahl von Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge nach § 9 Absatz 5 Europawahlgesetz nachzuweisen.
Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit den §§ 9, 11, 13 und 14 Europawahlgesetz und den §§ 32, 33, 34 Europawahlordnung.
2. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen.
Ihre Unterstützungsunterschrift für den Wahlvorschlag der Partei oder der sonstigen politischen Vereinigung ist jedoch nur mit diesen Angaben gültig.
3. Verantwortlich für die Verarbeitung der mit Ihrer Unterstützungsunterschrift angegebenen personenbezogenen Daten ist die Unterstützungsunterschriften sammelnde Partei oder sonstige politische Vereinigung (Bündnis C - Christen für Deutschland, Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe, info@buendnis-c.de)¹⁾
Nach Einreichung der Unterstützungsunterschriften beim Bundeswahlleiter ist der Bundeswahlleiter (Postanschrift: Bundeswahlleiter, Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden; E-Mail: post@bundeswahlleiter.de) für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich.
Verantwortlich für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bei der Erstellung der Wahlrechtsbescheinigung ist die Gemeindebehörde, bei der Sie mit ihrem Hauptwohnsitz gemeldet sind.
4. Empfänger der personenbezogenen Daten ist der Bundeswahlausschuss (Postanschrift: c/o Bundeswahlleiter, siehe oben Nummer 3).
Im Falle von Wahlprüfungen können auch der Deutsche Bundestag, die sonstigen nach dem Wahlprüfungsgesetz am Verfahren Beteiligten sowie das Bundesverfassungsgericht, in anderen Fällen auch andere Gerichte Empfänger der personenbezogenen Daten sein.
5. Die Frist für die Speicherung der personenbezogenen Daten richtet sich nach § 83 Absatz 2 Europawahlordnung: Formblätter mit Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge sind nach Ablauf von sechs Monaten seit der Wahl zu vernichten, wenn nicht der Bundeswahlleiter mit Rücksicht auf ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren etwas anderes anordnet oder sie für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstraftat von Bedeutung sein können.
6. Nach Artikel 15 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen.
7. Nach Artikel 16 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Dadurch wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.
8. Nach Artikel 17 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind und die Speicherfrist abgelaufen ist, Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder der Verantwortliche zur Löschung verpflichtet ist. Dadurch wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.
9. Nach Artikel 18 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden. Sie können die Einschränkung der Verarbeitung auch dann verlangen, wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind. Durch einen Antrag auf Einschränkung der Verarbeitung wird Ihre Unterstützungsunterschrift nicht zurückgenommen.
10. Beschwerden können Sie an die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Postanschrift: Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Husarenstraße 30, 53117 Bonn; E-Mail: poststelle@bdfi.bund.de) oder an den zuständigen Landesdatenschutzbeauftragten und gegebenenfalls an den Datenschutzbeauftragten des jeweils für die Datenverarbeitung Verantwortlichen (siehe oben Nummer 3) richten.
11. Sie können diese Informationen auch auf der Homepage des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de ansehen.

1) Name und Kontaktdaten sind von der Partei oder der sonstigen politischen Vereinigung einzutragen.

Spendenaufruf

*Ich traue aber darauf, dass du so gnädig bist;
mein Herz freut sich, dass du so gerne hilfst.
Ich will dem HERRN singen, dass er so wohl an mir tut.
(Psalm 13,6)*

Dankbar zu sein und sich zu freuen, gerade wo man das Gefühl hat, dass es immer dunkler um einen herum wird, ist oft eine große Herausforderung. Und doch haben wir eine Hoffnung und den Glauben in uns, dass Gott uns beisteht. Wir blicken auf ein spannendes Jahr als Partei zurück und sind dankbar, wie Gott sich zu uns stellt und uns führt und leitet. Wir haben das Gefühl, dass kleine Pflanzen anfangen zu wachsen und stärker werden. Unsere Landesverbände werden stabiler, und neue sind dabei zu entstehen.

Im Moment sind wir dabei, in ganz Deutschland für die Europawahl Unterstützungsunterschriften zu sammeln, damit wir nächstes Jahr auf dem Wahlzettel stehen und antreten dürfen. Wir spüren, dass die Menschen in Deutschland auf der Suche sind und viele Fragen und Sorgen bewegen. Es ist uns wichtig, unser Europawahlprogramm auf dem Wort Gottes aufzubauen und einen Unterschied zu machen zu anderen Parteien.

Dafür müssen wir bekannter werden. Unser Wunsch ist es, dass wir mehr in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Dafür benötigen wir Manpower und Spenden, die wir gezielt einsetzen können. Es ist ein neuer Wahlspot geplant und neues Werbematerial, um in der Öffentlichkeit Bündnis C sichtbarer zu machen.

Wir sind dankbar für jeden, der uns im Hintergrund mit Gebet oder Spenden unterstützt, wie auch für jeden, der aktiv an der Front steht. Jeder in unserer Partei ist wichtig. Wir wünschen uns, dass jedes Mitglied in Bündnis C seinen Platz findet und in der Bestimmung lebt, wozu Gott ihn berufen hat. Bitte helfen Sie uns, dass Bündnis C wachsen kann. Ihre Spende macht es möglich, dass wir effektiver arbeiten können. Wir bedanken uns im Voraus für jeden, der gibt!



SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts **BIC**

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
Bündnis C – Christen für Deutschland

IBAN
DE60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
KARSD66XXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN **08**

Datum Unterschrift(en)

423 457 DG VERLAG

Schreibmaschine: normale Schreibweise | Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Gebetsaufruf

Es wird zu viel schlecht geredet. Zu viel geschimpft, gejammert, gemeckert, sich beschwert, beklagt, Dinge zerredet, Leute beleidigt, Probleme betont, Sachverhalte verkürzt, Streit gesucht, Recht behalten, die eigene Meinung über andere erhoben, Undankbarkeit gezeigt und so weiter.

Deshalb heißt es an dieser Stelle:
Ich bin dafür!

Heute: Das Gebet für die Obrigkeit

Bevor Sie, lieber Leser, jetzt Schnappatmung bekommen, weil wir hier in einem Heft, in dem es um politische Themen geht, über Gebet schreiben, sage ich Ihnen: Ja, es geht um Politik.

Im Buch des Propheten Jeremia, Kapitel 29 können wir den Brief lesen, den der Prophet an die nach Babel verschleppten Israeliten geschrieben hat. Er ruft ihnen zu, dass sie sich niederlassen sollen, Häuser bauen, Gärten anlegen, Früchte ernten, heiraten, Kinder bekommen. Sesshaft werden dort, wo man wohnt.

Dann kommt das Zentrum in Vers 7: „*Suchet der Stadt Bestes!*“ Das ist die versprochene politische Komponente. Im Stadtwappen der sächsischen Kleinstadt Limbach-Oberfrohna steht das sogar als Leitspruch. Der Stadt Bestes suchen heißt, sich zu engagieren, sehen, wo die Not ist, mit anpacken, sich zeigen, für den Stadtrat zu kandidieren, in einem Förderverein mitzuarbeiten, was auch immer. Jeder in seiner Stadt, nach seinen Möglichkeiten und Kräften. Wegducken gilt nicht.

Weiter im Text: „...*und betet für sie zum Herrn*“. Viele denken, dass das Gebet gemeint ist mit dem Suchen nach dem Besten für die Stadt. Das steht dort aber nicht. Es heißt „*und*“! Es braucht beides, Engagement und Fürbitte. Wer nur betet, der verpasst einen wesentlichen Teil. Und wer nur arbeitet auch.

Wofür? „... *denn wenn es ihr wohl geht, so geht es euch auch wohl*“. Das ist das Ziel: Dass es der Stadt gut geht. Und dadurch uns. Uns selbst, den Nachbarn, Freunden, Kollegen. Allen.

Genau genommen müssen wir den Blick noch ausweiten. Denn früher waren Städte immer Zentren von Regionen, die mit gemeint waren, regiert von Königen. Die Dörfer ringsum gehörten dazu, ohne dass dies ex-

tra erwähnt wurde. Für uns heißt das deshalb: Der Beste suchen für die Stadt, den Landkreis, den Regierungsbezirk, das Bundesland, die Bundesrepublik. Und ja, auch Europa, nicht nur im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament im kommenden Juni.

Das Neue Testament wird übrigens noch strenger. Im ersten Brief des Paulus an Timotheus im zweiten Kapitel heißt es ab Vers 2: „*So ermahne ich euch nun, dass man vor allen Dingen zuerst tue Bitte, Gebet, Fürbitte und Danksagung für alle Menschen, für die Könige und alle Obrigkeit, auf dass wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit*“.

Jetzt ist es schon eine Ermahnung, keine Empfehlung mehr. Für alle (!) Obrigkeit. Ob ich sie gewählt habe oder nicht. Ob mir ihre Politik gefällt oder nicht.

Auch hier wieder die Frage nach dem Wofür: „*damit wir ein ruhiges und stilles Leben führen...*“ ist für uns gut. Das eigentliche Ziel wird in Vers 4 genannt: „... *welcher will, dass alle Menschen gerettet werden ...*“. Dort schließt sich der Kreis. Sich für die Stadt einzusetzen durch Gebet und tätiges Engagement ist die Voraussetzung für gesundes geistliches Leben mit erfolgreicher Mission. Christen und Gemeinden, die sich ausschließlich auf das Gebet beschränken, bleiben bei sich selbst.

Wussten Sie, dass es in unserer Partei eine Gruppe von Mitgliedern gibt, die unsere politische Arbeit ganz konkret im Gebet begleiten und stützen? Die sich Zeit nehmen, für die Anliegen der Partei, die Mitarbeiter und die Mitglieder in den Vorständen zu beten. Für Weisheit und für Schutz, für klare Gedanken, kluge Entscheidungen, erweiternde Begegnungen und die richtigen Worte.

Wenn Sie das interessiert, Sie sich berufen fühlen für diesen wichtigen Teil der Arbeit in der Partei, dann sind Sie herzlich eingeladen, dabei zu sein. Entweder zusätzlich zum Engagement oder weil die Zeit und Kraft nicht für mehr reichen als zum Gebet.

Wenden Sie sich an die Bundesgeschäftsstelle, die hilft Ihnen weiter. Und wenn Sie mich fragen: Ich wäre dafür.

Hartmut Voß
Stellvertretender Bundesvorsitzender

Landesversammlungen

Hamburg

Landesversammlung in Hamburg

Am 19. 10. 2023 fand in Hamburg-Finkenwerder eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, um einen Delegierten oder eine Delegierte für die Hamburger Mitglieder zu wählen. Hamburg hat zurzeit noch keinen Landesverband, aber gemäß unserer Satzung ist es trotzdem möglich, einen Delegierten zu wählen, der auf Bundesparteitagen stimmberechtigt ist. Es wurde gemäß Satzung festgestellt, dass drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend waren und eine formgerechte Wahl stattfinden konnte. Frau Sonja Koschinsky wurde einstimmig gewählt. Sie nahm die Wahl als Delegierte an.

Der weitere Abend war für Fragen vorgesehen. Frau Ute Büschkens-Schmidt beantwortete den relativ neuen Mitgliedern und den Gästen Ihre Fragen, die im Wesentlichen die christlichen Grundsätze von Bündnis C – Christen für Deutschland behandelten. Das war den Gästen besonders wichtig. Wo sind die Unterschiede zu anderen Parteien? Wie kann ich die als Christ vertreten?

Ein weiterer Punkt war: Warum soll/muss man sich als Christ politisch betätigen? Anhand der biblischen Stellen wurde die Verantwortung dargelegt, die Christen für das Gemeinwohl haben. In diesem Zusammenhang entspann sich eine lebhafte Diskussion über aktuelle Themen.

Geplant ist eine nächste Versammlung möglichst auf der anderen Seite der Elbe, um dem dort lebenden, größeren Teil der Mitglieder eine bessere Möglichkeit zur Teilnahme zu geben.

Ute Büschkens-
Schmidt

Stellvertretende
Bundesvorsitzende



Thüringen

Landesversammlung in Bad Blankenburg

Am 24. 11. 2023 versammelten sich vier Thüringer Bündnis C-Mitglieder im Allianzhaus in Bad Blankenburg, um sich über die Perspektive eines Landesverbandes auszutauschen. Das Treffen begann mit der Vorstellung der Teilnehmer, ihrem persönlichen Hintergrund und was sie zu Bündnis C gebracht hat.

Es schloss sich ein Austausch über die politische Situation in den verschiedenen Regionen Thüringens an. Dazu wurden Möglichkeiten sondiert, wie eine Teilnahme an der Landtagswahl 2024 anvisiert werden kann. Auch die Kommunalwahl im Juni 2024 wurde ins Auge gefasst, welche Möglichkeiten es für eine Kandidatur gibt und wie viele Unterstützer es braucht. Die Teilnehmer waren sich einig, dass sie einen Landesverband in Thüringen gründen wollen.

Als Delegierten der Landesversammlung zu den Bundesparteitagen von Bündnis C wählten die anwesenden Mitglieder Michael Herth und als Ersatzdelegierte Ralf Stiller und Marit Liebermann.

Es soll ein weiteres Treffen im Januar 2024 geben. Bis dahin soll die Gründung eines Landesverbandes in Angriff genommen werden. Die Mitglieder wollen in Kontakt bleiben und prüfen, welche Aufgaben sie übernehmen können. Ob gegebenenfalls Kandidaten für die Landtagswahl 2024 aufgestellt werden, wird ebenfalls im Laufe der nächsten Wochen entschieden.

Verena
Thümmel

Beisitzerin
Bundesvorstand



Aus den Landesverbänden

Hessen

Landesparteitag in Reichelsheim

Am 04.11.2023 trafen sich bei herbstlichem Wetter die Mitglieder, Gäste und Freunde des Landesverbandes Hessen von Bündnis C – Christen für Deutschland im Turmzimmer der Burg Reichelsheim in Reichelsheim. Der Ausblick auf Stadt und Umgebung konnte aufgrund des straffen Programms jedoch nur nebenbei bewundert werden. Die Burg Reichelsheim wird von Mitgliedern der Kommunität „Offensive junger Christen“ bewohnt und geleitet. Da die Kernaktivität der Offensive eher auf Erlebnispädagogik ausgerichtet ist, ist der Landesverband Hessen umso dankbarer, in diesen historischen Wänden den Landesparteitag ausrichten zu dürfen.

Die Zusammenkunft startete mit der Begrüßung durch die Vorsitzende Andrea Rehwald und gemeinsamem Gebet. Nach den üblichen Formalia und Berichten aus Vorstandsarbeit, Politik und Gremien war der Nachmittag für einen Vortrag zum Thema Transgender reserviert.

Zuerst wurde auf das zurückliegende Jahr geblickt. Andrea Rehwald berichtete von den Unterschriftensammlungen für die Landtagswahl und dem merklichen Bekanntheitsschub, den Bündnis C dadurch erneut erhalten hat. Die Menschen suchen nach Alternativen, das ist klar spürbar. Es wurde ein Ausblick auf die Europawahl gegeben mit der Möglichkeit, vor Ort Unterstützungsunterschriften auszufüllen oder zum Sammeln mitzunehmen. Informationsmaterial lag reichlich aus und wurde von den Anwesenden gerne angenommen. Andrea Rehwald nutzte die Gelegenheit, noch einmal an Christian Kast zu erinnern, den Beisitzer des Landesverbandes Hessen und Kreisvorsitzenden in Darmstadt-Dieburg, der am 24.08.2023 überraschend verstorben ist.

Alain Kaffo Talaffo berichtete anschaulich über seine Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung Fulda und Dr. Norbert Höhl aus dem Gemeinderat Petersberg und dem Kreistag in Fulda.

Nach der Mittagspause war Zeit für einen umfangreichen Vortrag zum Thema Transgender. Die Referentin, eine studierte Medizinerin mit internationaler Vernetzung, erklärte zunächst die Fachbegriffe und wie

sie genutzt werden, damit alle Anwesenden dem Vortrag sicher folgen konnten. Zunächst wurde das Thema aus medizinischer Sicht dargestellt. Die Herangehensweise an die Thematik, die von Land zu Land unterschiedlich ist, sowie Behandlungsabläufe wurden anschaulich erklärt. Raum für Fragen und weiterführende Erklärungen war eingeplant. Es war für alle Beteiligten erstaunlich und erschreckend, welche gesundheitlichen Folgen eine Hormonbehandlung nach sich zieht. Von veränderter Hirnentwicklung über verminderte Knochendichte bis zu vermindertem Größenwachstum gibt es eine Vielzahl von Nebenwirkungen. Auch die Tatsache, dass eine solche Behandlung, die den Befürwortern zufolge möglichst vor der Pubertät beginnen sollte, irreversibel ist, war vielen Zuhörern neu. Menschen berichten nach dem Absetzen einer Hormontherapie von Jahre andauernden Spätfolgen.

Der zweite Teil des Vortrages behandelte die psychologische Seite des Themas. Auch hier gelang es der Referentin, die Fachinhalte so anschaulich darzustellen, dass die Anwesenden gut folgen konnten. Das zeigten auch die vielen Wortmeldungen am Schluss des Vortrages. Besonders die psychologische Sicht wurde ausführlich und kontrovers besprochen. Ein sehr berührender Bericht einer betroffenen Mutter machte den Parteitagsteilnehmern die Dramatik des Themas bewusst durch ihre Offenheit und Beispiele aus dem Alltag.

Geleitet wurde die Versammlung von Sascha Feuring, der mit dazu beitrug, dass das umfangreiche Programm diszipliniert und doch entspannt abgearbeitet werden konnte. Der Parteitag schloss um 17.30 Uhr. Die Teilnehmer waren sich einig, dass auch eine längere Anreise sich gelohnt hat.

Andrea
Rehwald

Landesvorsitzende
Hessen



Die Ergebnisse unserer Direktkandidaten bei der Landtagswahl Hessen

Fulda I:	Alain Kaffo 0,3 %
Fulda II:	Dr. Norbert Höhl 0,2 %
Gießen I:	David Adler 0,3 %
Gießen II:	Ludwig Grünert 0,2 %
Hochtaunus I:	Edgar Winand 0,1 %
Limburg-Weilburg II:	Andrea Rehwald 0,1 %

Kreisverband Fulda aktiv an der Seite Israels mit Demos und Infoständen

7. Oktober 2023, der Tag vor der Landtagswahl in Hessen: Alle Parteien haben sich zu ihren Abschlusskundgebungen auf dem Universitätsplatz in Fulda versammelt und natürlich sind auch wir als Kreisverband von Bündnis C – Christen für Deutschland mit unserem Infowagen präsent. Da informiert mich meine Tochter Talita aus Jerusalem, dass die Hamas Israel überfallen und unsägliche Gräueltaten verübt haben soll. Das bedeutet für uns: sofort die Israelfahne auspacken und Flagge zeigen! Bis heute sind wir in Fulda die einzigen, die sich mit Fahnen, Plakaten, Transparenten und Flyern öffentlich an die Seite Israels gestellt haben.

In den kommenden Wochen sind wir mehrfach für Israel mit einem Infostand auf dem Universitätsplatz. Wir werden von Polizeiwagen bewacht aus Sorge, es könnte zu Übergriffen kommen. Zwei Festnahmen gab es am Samstag, den 28.10.2023. Einer der beiden festgenommenen Jugendlichen hatte eine Israelfahne, die auf einem Tisch ausgebreitet war, heruntergerissen und mit seinen Füßen auf dem Fußboden traktiert. Die herbeigerufene Polizei war sofort zu Stelle und nahm den jungen Mann und einen seiner Begleiter fest. Doch selbst in der Gegenwart der Polizisten hörten die beiden jugendlichen Muslime, die nach eigenen Angaben aus Gaza stammen, nicht auf, israelfeindliche und antisemitische Parolen zu schreien und obszöne Gesten zu zeigen.



Die Gedenkveranstaltung „Christen in Fulda stehen an der Seite Israels“ war bis dahin ruhig verlaufen, auch wenn von propalästinensischen Passanten des Öfteren abfällige, israelfeindliche Parolen gerufen wurden. Dem gegenüber bekundeten wir in Liedern und Gebeten unsere Solidarität und Freundschaft nicht nur mit Israel, sondern auch mit unseren jüdischen Mitbürgern in Fulda. In einer Schweigeminute gedachten wir zudem der unschuldigen Opfer sowohl auf israelischer als auch palästinensischer Seite und beteten für den Frieden im Heiligen Land, besonders um die Freilassung der Geiseln, um Kraft und Zuversicht für deren Familien und um Trost für alle Hinterbliebenen, die Opfer in diesem Krieg zu beklagen haben.

18. November 2023: Bisheriger Höhepunkt unserer Solidaritätskundgebungen für Israel ist der Gebetszug mit über 150 Teilnehmern durch die Innenstadt Fuldas, der bewusst nicht als Parteiveranstaltung, sondern als gemeinsame Aktion aller Christen in Fulda initiiert wurde. Von den jüdischen Mitbürgern wurde besonders hervorgehoben, dass es ein Wunder sei, dass nach Jahrhunderten, wo dies nicht möglich war, heute und hier Juden und Christen miteinander beten. Besonders bewegt waren sie über das öffentliche Zeugnis des Friedens und der Liebe zu ihnen, gerade jetzt, wo Juden zunehmend offene Ablehnung und Ausgrenzung in der Gesellschaft erfahren.

Am Tag darauf begleiteten wir auch eine propalästinensische Versammlung mit Israelfahnen, um unsere Solidarität und Freundschaft mit Israel zu zeigen, auf das Existenzrecht des Staates Israel und die Notwendigkeit seiner Selbstverteidigung hinzuweisen.

Dr. Norbert Höhl
Kreisvorsitzender Fulda



Sachsen

Landesparteitag zur Wahl der Kandidaten für die Landtagswahl Sachsen 2024 am 4. November 2023 in Nossen



Am 04. 11. 2023 trafen sich die Mitglieder des Landesverbandes Sachsen zu einem außerordentlichen Landesparteitag in der Seminarfabrik Nossen. Die Landesliste für die Landtagswahl 2024 wurde aufgestellt. In Sachsen wird am 01. 09. 2024 der 8. Sächsische Landtag gewählt. Wenn das Sammeln der 1000 Unterstützerunterschriften in einer größeren Zeitspanne durchgeführt werden kann, dann ist es stressfreier und mit Gottes Hilfe auch erreichbar, so die Hoffnung eines nicht so mitgliederstarken Landesverbandes.

Unser Pfarrer i. R. Andreas Türpe hielt wieder zu Beginn eine Andacht, diesmal mit dem Anbetungstext „Jesus Christus – das wunderbarste Fundament“ vom vogtländischen Leiterkreis. Vor dem offiziellen Beginn hatten wir eine Gebetsgemeinschaft und haben für Israel gebetet.

Wir hatten einige Gäste, die den Wahlleiter Hartmut Voß tatkräftig als Wahlhelfer unterstützten. Die Kandidaten für die Landesliste stellten sich einzeln vor. Ich hatte den Eindruck, dass Jeder eine gute Ergänzung für alle anderen ist.

In geheimer Wahl wurden für die folgenden 8 Listenplätze aufgestellt:

1. Thomas Lamowski
2. Janko Vieweg
3. Simon Haustein
4. Eva Vieweg
5. Andreas Türpe
6. René Raunest
7. Christian Seifert
8. Samuel Weiß

Zum Schluss des Parteitages wurde gemeinsam gebetet und der Segen ausgesprochen.

Bis September 2023 wurde in den monatlichen Online-Vorstandssitzungen das Kurzwahlprogramm für die Landtagswahl 2024 beraten. Wir haben zu den Themen Bildung und Medien, Familie und Soziales, Wirtschaft, Umwelt und Klima sowie Innere Sicherheit wichtige Standpunkte von Bündnis C Sachsen festgelegt. Zu diesem Parteitag war der Flyer nun gedruckt. Jeder konnte genügend mit nach Hause nehmen und kann ihn bei der Sammlung der Unterstützerunterschriften weitergeben.

Auf der Homepage des sächsischen Landesverbandes wird zeitnah das Formblatt für die Unterstützerunterschriften veröffentlicht. Wir danken allen, die uns beim Sammeln helfen werden!



Baden-Württemberg

Landesparteitag Baden-Württemberg am 21.10.2023 in Karlsruhe

Am 21. 10. 2023 konnten wir in den Räumen der Mosaik-Gemeinde in Karlsruhe unseren elften Landesparteitag in Baden-Württemberg durchführen. Zu diesem Mitgliederparteitag kamen 21 Teilnehmer. Es gab eine abwechslungsreiche Tagesordnung mit vielen Informationen. Aufgrund der aktuellen Situation bedachten wir zur israelischen Nationalhymne „HaTikvah“ die Lage in Israel und beendeten dieses Gedenken mit einem Gebet für das Land.

Nach einer Andacht wurde der Parteitag offiziell eröffnet. Dazu hörten wir den Rechenschaftsbericht und den Kassenbericht jeweils von unserem Landesvorsitzenden Jürgen Graalfs und unserem Schatzmeister Norbert Gießler. Der Merksatz des Vortrages von Jürgen Graalfs lautete: „Es geht uns bei Bündnis C darum, christlich fundierte Werte in ein politisches Programm zu gießen und uns unseren Mitbürgern als echte Alternative zur aktuellen Politik zu präsentieren!“

Als Höhepunkt unseres Parteitages hatten wir einen Vertreter des weltweit operierenden Unternehmens Swisscows zum Thema IT-Sicherheit eingeladen. Der Vortrag war derart mitreißend, dass eine Teilnehmerin sagte, sie könne diesem Sprecher eine ganze Woche lang zuhören. Wir erfuhren, dass wir nun schon beim „gläsernen Menschen“ angelangt sind. In der heutigen Zeit kann bei Bedarf jeder fast vollständig überwacht werden. Die Mitarbeiter von Swisscows müssen deshalb bei Besprechungen sämtliche Hardware wie Laptops, Smartphones, Smartwatches usw. draußen vor dem Besprechungszimmer abgeben.

Der zweite Schwerpunkt des Parteitages lag auf den Wahlen zum neuen Vorstand. Dabei wurden die folgenden Personen gewählt:

Vorsitzender: Jürgen Graalfs

Stellvertretende Vorsitzende: Andreas Haller,
Dr. Rainer Simon

Schatzmeister: Norbert Gießler

Beisitzer: Julius Erminas, Stephan Süss-Bartilucci,
Michael Perrass, Jonas Mackwitz

Wir konnten außerdem acht neue Delegierte und 5 Ersatzdelegierte wählen.



Vorstandsbild von links nach rechts: Julius Erminas, Jürgen Graalfs, Dr. Rainer Simon, Andreas Haller, Norbert Gießler, Stephan Süss-Bartilucci

Unter Gebet und mit dem Segen Gottes wurde der neu gewählte Vorstand in die nun kommenden zwei Jahre der Verantwortung für Bündnis C in Baden-Württemberg eingesetzt.

Im Schlussteil eines langen und gefüllten Tages instruierten wir uns zum Thema Unterstützungsunterschriften (UU) für die Zulassung zur Europawahl. Es werden 4000 UU benötigt. Alle Teilnehmer sind nun motiviert, viele UU zu sammeln und Andere zum Sammeln zu ermutigen.

Nach drei Jahren hieß es, am Ende des Parteitages von unserer Assistentin Miriam Gräber Abschied zu nehmen. Das bedauern wir sehr, freuen uns jedoch, dass wir in Frau Margit Zieger schnell eine passende Nachfolgerin gefunden haben.



Dr. Rainer
Simon

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Niedersachsen

Landesparteitag Bündnis C Niedersachsen in Hannover am 21. Oktober 2023

Im Lister Turm in Hannover fand am 21. Oktober 2023 der Landesparteitag von Bündnis C Niedersachsen statt. Der langgezogene Raum füllte sich mit 26 Bündnis C-Mitgliedern und vier Gästen. Nach dem Stehkaffee und der Eintragung in die Teilnehmerliste eröffnete der Landesvorsitzende Thomas Wiethe um 10 Uhr den Landesparteitag mit Bibelwort und Gebet. In Lukas 21,5-10 wird in dieser Phase der Vollendung der Welt darauf hingewiesen, dass wir uns nicht verführen lassen sollen und Zeugen Jesu sind. Im Gebetsdienst und politischen Dienst wollen wir Bündnis C weiter bekannt und wählbar machen.

Die Formalien wurden abgestimmt und Klaus-Dieter Schlottmann als Versammlungsleiter gewählt. Im weiteren Verlauf wurde der Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes für 2022/23 vorgetragen und Entlastung für den Landesvorstand und den Schatzmeister Emil Weigand erteilt.

Zu unserer großen Freude konnten wir unsere Bundesvorsitzende Karin Heepen für den Tag als Rednerin gewinnen. Ihr erstes Thema war: Warum Bündnis C? Was ist unser Alleinstellungsmerkmal in der Parteienlandschaft?

Sie erläuterte dazu eingangs Demokratie als christliches Prinzip. Ein wichtiger Satz dazu: Demokratie ist keine Herrschaft der Mehrheit über Minderheiten wie im Hellenismus, sondern Dienerschaft am Menschen! Christliche Werte bilden die Grundlage freiheitlicher Demokratien und beruhen auf dem Liebesgebot Jesu: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Als demokratisches Prinzip auf Politik und Nationen angewandt, ergeben sich daraus Grundsätze wie:

- Gleichheit
- Brüderliche Liebe
- Persönliche Freiheit
- Achtung für die Rechte des Individuums
- Toleranz für unterschiedliche Glaubensüberzeugungen
- Vergebung, Versöhnung und Solidarität
- Subsidiarität: Familie, lokal, national, europäisch
- Menschenrechte: Nahrung, Unterkunft, Kleidung, Ausbildung, Beziehungen.

Unsere wichtigste Botschaft angesichts der allgegenwärtigen Katastrophenszenarien muss lauten: Fürchtet Euch nicht! Die Politik wird wahrscheinlich nicht alles richten. Aber Gott hält diese Welt in Seiner Hand und hat einen Plan. Als christliche Partei arbeiten wir deshalb mit Ihm zusammen an einer Gesellschaftsvision der Zukunft. Daran schloss sich eine Diskussion vor allem über die Rolle der Familie in der Gesellschaft an und wie wir diese stärken können.

In einem weiteren Vortrag stellte Karin Heepen einige Eckpunkte des Wahlprogramms für die Europawahlen 2024 vor unter dem Leitwort „Frieden in Einheit mit starken Nationen“:

- Friedensverhandlungen mit Russland: Brücken bauen statt Feindbilder
- Ökologie des Menschen und der Schöpfung achten statt Gender- und Klimaideologie
- Relationismus als innovative Politik- und Wirtschaftsphilosophie
- Integrierte Wirtschafts-, Außen- und Migrationspolitik
- Konföderales Europa: Starke Einheit mit starken Nationen
- Die christlichen Wurzeln Europas erinnern.



Dann ging's in die Mittagspause. Die Essensgemeinschaft wirkte sehr lebendig auf mich. Es gab viele Gespräche am Tisch.

Nach dem Mittagessen stand die Teilnahme von Bündnis C an den Europawahlen im Mittelpunkt. Wir haben zwei Kandidaten aus Niedersachsen mit dabei: Stephan Jacobs aus Westerstede auf Listenplatz 7 und Hermann Bohnenkamp aus Bad Essen auf Listenplatz 10.

Nordrhein-Westfalen

Landesparteitag am 30.09.2023 in Dortmund

Am 30. September 2023 fand in der internationalen Gemeinde „Living Hope International Ministry and Church“ der diesjährige Landesparteitag von Bündnis C Nordrhein-Westfalen in Dortmund statt. Wir fanden sehr freundliche Aufnahme in der Gemeinde. Der persönliche Einsatz des Pastors mit seiner Frau und dem Sohn war beeindruckend. Notwendige spontane Unterstützung in Technik und Gestaltung des Konferenzraumes ließen keinen Wunsch offen.

Wir begannen den Landesparteitag um 11:30 Uhr. Mit Verena Thümmel vom Bundesvorstand, 11 Parteimitgliedern und drei Interessenten waren 15 Personen anwesend. Der Tagesordnung folgend begann ich als Landesvorsitzender mit Gebet. Eine Lobpreiszeit schloss sich an. Sie wurde maßgeblich durch Ludger Sumpelmann aus Mülheim/Ruhr musikalisch gestaltet. Ich hatte mich bewusst entschieden, diese Zeit nicht als einen Programmpunkt zu planen. Das Bewusstsein, wir leben ununterbrochen durch, vor und in unserem Gott und HERRN Jesus Christus, wurde gestärkt.

Nach der Wahl von Verena Thümmel als Protokollführerin und Mirko Dankert als Versammlungsleiter folgte der Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes:

1. Die zu bewältigenden Herausforderungen waren und sind immer noch recht hoch. Mehrfach wurden Briefe an die Mitglieder geschrieben, um engeren Kontakt zu bekommen. 10 % der Mitglieder meldeten sich entweder telefonisch, per Brief oder Mail. Die Resonanz war für mich unbefriedigend.
2. Der Vorstand traf sich regelmäßig über Zoom oder Telegram.
3. Die Teilnahme am Kommunikationsseminar und dem Bund-Länder Treffen waren zwei Höhepunkte.
4. Mehrere Monate lang trafen sich drei bis sieben Mitglieder zum Gebet per Zoom. Zurzeit findet dieses Gebet nicht statt, soll aber wieder neu starten.
5. Einer Einladung der Pauluskirche in Krefeld folgend, hielt Frank Brandenburg einen Vortrag zum Thema „Bibel und Finanzen“.

Nach dem Finanzbericht für das vergangene und laufende Jahr und dem Bericht der Rechnungsprüfer erfolgte die Entlastung des Landesvorstandes für das Jahr 2022.



Für die Europawahl am 9. Juni 2023 brauchen wir deutschlandweit 4000 Unterstützungsunterschriften, die wir bis Ende Dezember schon beisammen haben wollen. Deshalb ist für uns Bündnis C-Mitstreiter jetzt das fleißige Sammeln der UU wichtig für unsere Wahlzulassung, um christliche Werte in die Politik und Gesellschaft zu bringen.

Zum Abschluss sprach Karin Heepen noch darüber, „was den Menschen unter den Nägeln brennt“. Das ist aktuell die Migrationsdebatte, wozu Bündnis C eine integrierte Wirtschafts- und Außenpolitik entwickelt, wie auf dem Bundesparteitag in Eisenach vorgestellt. Es folgten dazu Fragen und Beiträge der Teilnehmer.

Mit einer Gebetsgemeinschaft wurde der Landesparteitag beendet. Es war ein erfüllter Tag mit vielen Infos, Anregungen und Gesprächen. Wir danken Karin Heepen für ihre Vorträge und Antworten auf die Fragen. Das war sehr hilfreich im Hinblick auf die kommenden Europawahlen.

Der HERR hat uns sehr gesegnet an diesem Tag, wir gehen gestärkt mit Bündnis C voran.

Hermann
Bohnenkamp

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Niedersachsen



Mit den Wahlen des stellvertretenden Schatzmeisters, der Kassenprüfer und der Delegierten begann der Nachmittag. Anschließend referierte ich zum Thema „**Integration aus Gottes Sicht**“. Grundgedanke ist dafür Jesaja 56.7: **Mein Haus soll ein Bethaus genannt werden für alle Völker!**

Gott erwählt, beruft und führt zusammen. GOTT vereinigt Menschen unterschiedlicher Sprache, Kultur und Geschichte durch den Glauben an JESUS CHRISTUS zu einer gemeinsamen himmlischen Zukunft.

Integration aus der Sicht der Welt hat keinen Grundgedanken wie in Jesaja 56, sondern ein Nebeneinander weltweiter Religionen. Von denen betonte unser Bundespräsident beim Internationalen Friedenstreffen der Gemeinschaft Saint Ëgidio in Berlin, dass die Religionen einen unverzichtbaren Dienst mit ihrer Kraft der Versöhnung für die Menschheit leisten.

Es wäre schön, wenn es so wäre. Allein der vom Heiligen Geist gewirkte persönliche Glaube an Jesus Christus als dem Gekreuzigten und Auferstandenen befähigt den Menschen zur Versöhnung.

In Deutschland gab es in diesem Jahr bis August etwa 300 000 Asylanträge und 12 945 Abschiebungen. Nicht erfasst sind etwa 1 Million ukrainische Kriegsflüchtlinge nach dem Aufenthaltsgesetz, 30 000 Afghanen über ein Aufnahmeprogramm des Außenministeriums und etwa 45 000 illegale Einreisen. Am 20.9. sagt Bundespräsident Steinmeier: „Deutschland und Italien sind an der Belastungsgrenze.“

Flüchtlinge leben und schlafen in Zelten, Turnhallen, Containern ... Die Kommunen in NRW schlagen Alarm wegen Preissteigerungen und Kostenexplosion für die Versorgung von Flüchtlingen. Sie werden nicht anders können, als die Grundsteuern massiv zu erhöhen und freiwillige Leistungen zu streichen. Sie sehen sich nicht in der Lage neue Aufgaben zu erfüllen. Mindestens 4 von 10 Kommunen werden 2024 den Gang in die Haushaltssicherung antreten.

Claudia Kruse, Integrationsbeauftragte in NRW: „Ich sehe Leute weinend zusammenbrechen, wie sie untergebracht werden. [...] Wir können den Menschen, die zu uns kommen, hier in Deutschland keine Perspektive bieten. Wir machen nach außen hin völlig falsche Versprechungen. Dem muss entgegengewirkt werden.“

In Daniel 4,31+33 wird ein Standbild beschrieben, das Nebukadnezar sah. Wir leben in der Zeit des letzten, des 4. Reiches. Es ist das eiserne Reich, dessen Füße teils aus Töpferton und teils aus Eisen bestehen. Nach Daniel 2,43 ist Eisen mit Tonerde vermengt. Das be-

deutet, sie vermischen sich mit Menschensamen, aber sie werden doch nicht aneinander haften, wie sich ja Eisen mit Ton nicht vermischt. Das ist für mich eine Beschreibung dessen, was in Deutschland zurzeit geschieht.

Weiter heißt es, dass der Gott des Himmels in den Tagen jener Könige ein Königreich aufrichtet, das in Ewigkeit nicht untergeht. Vom Berg reißt sich ein Stein ohne Zutun von Menschenhänden los, der Eisen, Erz, Ton, Silber und Gold zermalmt. Gott lässt uns wissen, was geschehen soll. Wie gehen wir damit um?

In Deutschland läuft eine große Vermischung. Menschen mit anderer Sprache und Kultur, anderer Religion, Bildung und Geschichte. Das Haus, in dem wir wohnen, zeigt das deutlich. Man begegnet sich zurückhaltend freundlich, von wirklichem Kennenlernen sind wir weit entfernt, besonders durch die sprachlichen Barrieren. Übertragen auf ein ganzes Land in einer zunehmend gefährdeten wirtschaftlichen und moralischen Entwicklung stellen sich die Probleme sehr viel herausfordernder dar.

Der HERR hat mir schon vor Jahren klar gemacht, wir gehen weltlich und geistlich in eine heiße Zeit. Die Zeit der Erschütterung wird sich intensivieren. In der Welt wird es bedeuten, dass die Dinge beseitigt werden, die erschaffen wurden, damit bestehen bleibe, was unerschütterlich ist. Darum, da wir ein unerschütterliches Reich empfangen, lasst uns die Gnade festhalten, durch die wir Gott auf wohlgefällige Weise dienen können mit Ehrfurcht und Scheu (Hebräer 12,27f).

Living Hope ist der Name der Gemeinde, in der wir uns versammelt haben. Unsere Bereitschaft muss sein, lebendige Hoffnung weiterzutragen, im Kleinen und im Großen. Das ist Dienst an Menschen nach dem Willen Gottes. Dazu hat Gott Vater auch Bündnis C in Jesus Christus berufen, denn er sagt: „Ich habe euch erwählt, dass ihr hingehet, Frucht bringt und eure Frucht bleibe.“ (Johannes 15,16)

Ich glaube, dass Der HERR uns in eine Zeit führt, in der ER das Wunder der Erweckung geschehen lässt und sein ewiges Reich aufrichtet. SEIN WORT bleibt und kommt zur Erfüllung: **Mein Haus soll ein Bethaus genannt werden für alle Völker.**

Zum Abschluss folgte eine lebhaftere Aussprache zur Teilnahme an der Europawahl. Das Ergebnis dieser strategischen Beratung stellt sich wie folgt dar:

- Wir gehen mit Ständen in die Öffentlichkeit.
- Wir bereiten uns auf Plakatwerbung vor.
- Wir suchen das persönliche Gespräch in Gemeinden.

- Wir suchen Inhalte für den Internetauftritt z. B. kurze Videos.
- Wir planen eine WhatsApp Gruppe für Bündnis C NRW.
- Wir brauchen Gesprächsschulung auch mit dem Fokus auf Nichtchristen.

Gegen 16 Uhr beendeten wir den Landesparteitag.

Klaus-Jürgen
Pütz

Landesvorsitzender
Nordrhein-Westfalen



Bayern

Bündnis C am Tag der Deutschen Einheit in Mödlareuth

Etwa zwei Wochen vor dem 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, hatten wir als Bezirksverband Oberfranken uns um die Genehmigung für einen Infostand in Mödlareuth, auch „Little Berlin“ genannt, bemüht. Schnell war klar, dass wir als Partei im Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes Hof keine Chance haben. Doch Gott hat alles wunderbar geführt. Die Anfragen, die wir an die Thüringische Seite richteten, wurden freundlich und mit Interesse beantwortet, und bald hatten wir unsere Infostandgenehmigung.

Am 3. Oktober kamen wir gegen 10 Uhr an und konnten dank unserer Genehmigung alle Polizeisperren passieren bis zu unserem zentral gelegenen Stellplatz. Für uns stellte sich das Fest zum Tag der Deutschen Einheit sehr angenehm und friedlich dar. Auch das gute Wetter war ein Geschenk Gottes.

In den Medien wurde im Nachhinein von Tausenden Besuchern berichtet. Wir haben sie nicht gezählt, aber wir hatten noch nie so viele Besucher an einem unserer Infostände in diesem Jahr. Christliche Politik scheint eine Art „Marktlücke“ zu sein und findet nach wie vor Interessenten. So waren auch viele Christen an unserem Stand, haben mit uns gesprochen und sich Info-

material mitgenommen. Wir denken, somit auch einige Thüringer erreicht zu haben.

Immer wieder wurde von den Besuchern die – um eine zusammenfassende Abkürzung zu verwenden – DDRisierung Deutschlands beklagt. Der Gesprächsstoff reichte dabei von A wie Agrarwirtschaft bis Z wie Zuständigkeiten der EU. Immer mehr Menschen bängen um ihre Existenz, von Wohlstand ganz zu schweigen. In ihrer Meinungsfreiheit fühlen sich viele eingeschränkt, weshalb sie sich an unserem Infostand endlich mal aussprechen konnten. Insgesamt war die Stimmung gut, was oft auch daran lag, dass wir an unserem Stand weniger Redner als Zuhörer waren. Das bestärkt uns darin, auch in Zukunft noch mehr die Stimmen und Bedürfnisse der Wähler abzufragen.

Am Ende waren wir überwältigt von so viel Publikum und Zuspruch und sind uns einig, dass wir 2024 gerne wieder am Nationalfeiertag in Mödlareuth dabei sein wollen.

Wie in den verschiedenen Medien mit verschiedener Tonlage berichtet wurde, gab es gefährliche Situationen für die AfD-Vorsitzenden, so dass Frau Dr. Weidel in Mödlareuth sehr kurzfristig absagen musste. Jeder – auch nur geplante – Angriff auf einen Parlamentarier ist ein Angriff auf unsere Demokratie, und Gewalt ganz gewiss nicht die Art, wie Politiker verschiedener Couleur miteinander umgehen sollten.

Jörg Werner

Stellvertretender Bezirksvorsitzender Oberfranken



Bezirksparteitag Oberfranken

Am 7. 10. 2023 um 15 Uhr begann wie angekündigt unser Bezirksparteitag in Döbra. Leider waren einige Mitglieder krank oder anderweitig verhindert, so dass wir ein kleiner Kreis waren.

Die 70 Tage vom Gründungsparteitag bis zum Bezirksparteitag in Döbra fasste Jörg Werner zusammen und stellte nochmal alle Aktivitäten dar. Die Gründung des Bezirksverbandes Oberfranken zeigte, dass der Einsatz sich auszahlt und Beharrlichkeit zum Ziel führt. Der Bezirksverband Oberfranken hatte bereits in Lichtenfels und Hof Infostände und war, wie berichtet, am 3. 10. 23 mit einem Infostand in Mödlareuth vertreten. Die Wohnzimmertreffen in Hof und Lichtenfels wurden wieder mit mehr Leben gefüllt, und in Coburg findet regelmäßig eine Bibelschule von Bündnis C-Mitgliedern statt. Parallel dazu werden Flyer und Infomaterialien weitergegeben. Außerhalb parteiinterner Aktivitäten besuchen und beteiligen wir uns auch an anderen Veranstaltungen, um präsent zu sein, ins Gespräch zu kommen und uns Anregungen zu holen.

Am Parteitag wurde auch über weitere Formate gesprochen, so dass z. B. in der kalten Jahreszeit die Infostände durch Informationsabende oder „Stammtische“ ersetzt werden. Es wurden Möglichkeiten besprochen, mit denen die Kommunikation verbessert werden kann, und auf welchen Wegen die Mitglieder am besten erreicht werden. Hierzu gehörte unter anderem die Überlegung, kleinere Postkarten zu entwerfen und diese Jubilaren zukommen zu lassen. Die Bürger wollen eine „menschliche Partei“. Der Betreuung von Mitgliedern mit persönlichen Anschreiben, Telefonaten, etc. soll wieder verstärkt werden.

Es erfolgte eine Themenbesprechung: Was wollen wir?

Die Welt möchte kein frommes Gerede hören. Die Welt möchte sehen, dass unser Gott tut, wozu sonst niemand im Stande ist. Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob (Römer 15,7). Alles, was wir nicht aus Liebe tun, nützt nichts (1. Korinther 13,3). Selbst wenn ich all meinen Besitz an die Armen verschenken und für meinen Glauben das Leben opfern würde, hätte aber keine Liebe, dann wäre alles umsonst. So heißt die politischen Entscheidungen sind – so heißt ist vor allem das Evangelium.

Ein Vorbild sein für diesen speziellen Moment, in dem wir leben. Ruhe, Frieden und Liebe zeichnen einen im Wort Gottes gegründeten Christen aus. Das brauchen die Menschen um uns herum. Mut, Gott zu gehorchen. Mut, die Wahrheit zu sagen. Mut, seinen Weg zu ge-

hen. Nicht nur nehmen, sondern auch geben. Nicht nur Dinge bemängeln, sondern auch Ratschläge geben. Streit und Diskurs sauber halten. Wenn du geschlagen bist (verloren hast), sei freudig und liebe den Gewinner (dein Gegenüber).

Menschen emotional erreichen. Mitgliedern Mitmachmöglichkeiten bieten. Lebenssituationen, Interesse und Qualifikation der Mitglieder beachten. Wir müssen als Partei den Zeithaushalt und das Leistungsniveau der Mitglieder berücksichtigen und uns ggf. anpassen, nicht umgekehrt.

Vorbereitung von Veranstaltungen durch Mitglieder vor Ort. Ehrenamtliche erhalten Honorierung als Aufwandsentschädigung. Wir sollen Gott mehr gehorchen als den Menschen. Gesetzlichkeit ablegen. Wir dürfen uns nicht wie die anderen Parteien anhören, d. h. politisches Beamtendeutsch, das keiner versteht, vermeiden.



Jörg Werner

Stellvertretender
Bezirksvorsitzender
Oberfranken

Wöchentliche Bürgersprechstunde im Gebets- und Gschenklädla

Vor knapp einem Jahr mietete ich mir einen kleinen Laden in Lichtenberg/Oberfranken, um meine selbstgemachten, biblischen Kunstdrucke zu verkaufen und dies gleichzeitig zum Evangelisieren nutzen zu können. Aber es kamen mit Kummer beladene Menschen, und mir wurde klar, dass ich aus dem Verkaufs- einen Gebetsladen machen sollte. Somit entstand das Gebets- und Gschenklädla in der Nailaer Straße 10, 95192 Lichtenberg/Obfr. mit Kummer- und Gebetsbriefkasten.

Aber: Alle guten Dinge sind drei – und Gott legte mir das Brennen für eine Bürgersprechstunde mit Bündnis C ins Herz. Die Sitzecke meiner heimgegangenen Mama, auf der ich schon als Kind saß, rundet die gemütliche Atmosphäre ab. Dazu gibt es Kaffee und selbstgemachten Kuchen. Dies lässt uns Politiker in

Mecklenburg-Vorpommern

Bündnis C beim Forum missionarischer Möglichkeiten in Waren (Müritz)

Am 21. Oktober 2023 fand ein gut besuchtes Mitglieder- und Interessententreffen in Teterow statt. Es diente vor allem dem persönlichen Austausch, und es wurden Vorbereitungen für die Sammlung der Unterstützungsunterschriften für die Europawahl besprochen.

Am 4. November 2023 hatten wir die Gelegenheit, mit einem Info-Stand am Forum missionarischer Möglichkeiten in Waren (Müritz) teilzunehmen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, weil an christlichen Veranstaltungen selten politische Parteien erwünscht sind, auch wenn sie eindeutig christlich sind. Aufgrund der guten Beziehungen unseres Landesvorsitzenden Christian Hauser zum Veranstalter konnten wir als Bündnis C teilnehmen.

Wir hatten Info-Material gegen Abtreibung dabei, was immer wieder zu Gesprächen mit Besuchern führte. Das nutzten wir dann, um auf die Europawahl im nächsten Jahr hinzuweisen. Erstaunlicherweise stellten wir eine Offenheit fest, die in den vergangenen Jahren nicht vorhanden war. Sonst mussten wir häufig hören: „Was könnt ihr als kleine Partei schon ausrichten?“ Diesmal wurden die Menschen wach, wenn wir darauf hinwiesen, dass wir Mitgliedspartei der European Christian Political Movement sind und die ECPM bereits mit fünf Mitgliedern im Europäischen Parlament vertreten ist. Und dass wir nun auch mit Bündnis C den christlichen Einfluss in der Europapolitik verstärken möchten.

An den kleinen ECPM Flyer hatten wir unseren eigenen Flyer „Dazu stehen wir“ angeheftet, damit der Zusammenhang deutlich wurde. Nicht nur die Veranstaltung an sich war ein Erfolg. Wir erhielten auch etwa 40 Unterstützerunterschriften, wozu mehrere anwesende Bündnis C-Mitglieder fleißig beigetragen haben. Wir freuen uns, dass wir an diesem Tag für unsere Partei Interesse wecken konnten.



das Herz der Bürger blicken. Man erfährt mehr über die regionalen Probleme, Ängste und Wünsche der Mitmenschen. Da wir dem Volk dienen sollen, ist diese Bürgersprechstunde eine einzigartige Möglichkeit, Bürgern politisch – mit Jesus fundiert – zu helfen. Da der Eingang wind- und wettergeschützt ist, konnte ich vor Ort ein antikes Schränkchen aufstellen, auf welchem rund um die Uhr Traktate, christliche Bücher und politisches Material ausliegen.

Ich möchte das Gebets- und Gschenklädla gerne ausbauen, um täglich für Menschen zu beten (nach dem Motto „Coffee to God“) und auch täglich für politische Fragen und Lösungsvorschläge mit Jesus vor Ort zu sein. Vielleicht finden sich mehr Glaubensgeschwister und könnten das Vorhaben in Oberfranken mit ihrer Präsenz unterstützen?

Annette König

Bezirksvorsitzende
Oberfranken



Ute Büschkens-
Schmidt

Stellvertretende
Landesvorsitzende
Mecklenburg-
Vorpommern



Flucht und Migration: Von Israel lernen und Ursachen bekämpfen

Im ersten Halbjahr 2023 wurden in Deutschland 162 271 Asylanträge gestellt, rund 67 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Antragsteller kommen vor allem aus Syrien, Afghanistan, der Türkei und dem Irak, die meisten mit Schleppern übers Mittelmeer. Die Balkanroute wurde von der EU weitgehend dichtgemacht, um illegale Migration, Kriminalität und Menschenhandel zu unterbinden. Dafür wurden im ersten Halbjahr etwa 45 000 illegale Einreisen über Belarus und die polnische Grenze registriert. Hinzu kamen Visa für etwa 30 000 Afghanen seit 2021 über ein Aufnahmeprogramm des Außenministeriums und seit Februar 2022 etwa 1 Million ukrainische Kriegsflüchtlinge nach Aufenthaltsgesetz. Damit übersteigen die Flüchtlingszahlen die von 2015/16 bei Weitem. Etwa 50 % der Asylbewerber erhalten einen Flüchtlingsstatus. Aber wer es nach Deutschland geschafft hat, muss auch ohne Schutzstatus kaum Abschiebung befürchten. Zusammen mit den höchsten Sozialleistungen ist Deutschland damit nach wie vor Zielland Nr. 1.

Die Kapazitäten der Kommunen sind weitgehend erschöpft. Von den 2015/2016 eingereisten, hauptsächlich jungen Männern ist etwa ein Drittel in Arbeit oder Ausbildung. Gelungene Integration wird meist daran festgemacht. Unbeschäftigte junge Männer sind nicht nur für jede Gesellschaft eine Gefahr, sondern erst recht für ihr eigenes Leben, dessen Potenzial brach liegt. Indem die deutsche Politik mit falschen Anreizen Flüchtlinge zu Sozialhilfeempfängern macht, untergräbt sie zugleich deren Würde und Akzeptanz.

Die Landräte in Baden-Württemberg wollen Flüchtlinge deshalb zur Arbeit verpflichten, auch in gemeinnützigen Bereichen, und Anforderungen an Unterbringung, Versorgung und Betreuung reduzieren.¹ Das klingt für deutsche Sozialstaat-Vorgaben unerhört, trifft aber die Erwartungen, die ein Gastland an jeden arbeitsfähigen Zuwanderer stellen muss. Für Hilfsarbeiten reichen minimale Sprachkenntnisse, die im Arbeitsalltag mit deutschen Kollegen schneller besser werden als in teuren Sprachkursen, wo Zugewanderte unter sich bleiben. Integration und Akzeptanz von Flüchtlingen gelingt nicht mit Rundumversorgung und Bürgergeld, sondern

mit Verantwortung für den eigenen Lebensunterhalt und das Gemeinwohl.

Wie das geht, kann Deutschland von Israel lernen, das von Beginn seiner Existenz an Einwanderungsland war und ist. Während Israel seine Zuwanderer zu aktiven Bürgern macht und seine Hilfen entsprechend strukturiert, verschleißt Deutschland Unmengen Geld und Personal für deren Betreuung und versagt im großen Stil bei der wirtschaftlichen Integration. Damit wäre Israel nie die erfolgreiche Nation geworden, die es heute ist. „Der Staat Israel ist keine Wohlfahrtseinrichtung, er ist ein Bauunternehmen“, erklärte der israelische Premierminister Moshe Sharett 1954. Was schwer traumatisierte Holocaust-Überlebende seit dem 2. Weltkrieg geschafft haben, gilt bis heute und dürfte Deutschland als Beispiel dienen. Wohnraum und Sozialleistungen werden Zuwanderern für ein Jahr gestellt. Bis dahin müssen sie Hebräisch lernen, Arbeit und Wohnung finden. Wer das weiß und bleiben will, wird entsprechend aktiv.

Die Integration in den Arbeitsmarkt muss angesichts des mittlerweile dysfunktionalen Asylsystems in Deutschland auch unabhängig vom Schutzstatus erfolgen. Da Abschiebungen kaum erfolgen oder scheitern und jede Arbeitskraft gebraucht wird, darf es nicht mehr darum gehen, wer arbeiten darf, sondern dass jeder, der nach Deutschland einreist, nach festgelegten Kriterien verpflichtet ist zu arbeiten. Ausgenommen sind selbstverständlich Mütter mit kleinen Kindern, Alte und Kranke, nicht jedoch junge Männer, die den Großteil der Einreisenden stellen.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist nur ein Aspekt einer geregelten Flüchtlingspolitik, wenn auch der notwendigste. Die Aufnahmekapazität der Gesellschaft, bemisst sich zudem daran, inwieweit die einheimische Bevölkerung Beziehungen zu den Zuwanderern eingeht: in der Arbeitswelt, Nachbarschaft, in Kirchen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen. Diese Bereitschaft kann die Politik nicht erzwingen, sondern muss sie beachten bei der Steuerung von Zuwanderung. Staatliche Leistungen wie Wohnraum und Sprachkurse sind Erstversorgung, aber keine Aufnahme in die Bevölkerung. Wo die nicht geschieht, bilden Zuwanderer Parallelgesellschaften, womöglich gegen die Gastgeber. Messerattacken, sexuelle Übergriffe und Schlägereien gefährden zunehmend unsere Städte, Parks,

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/baden-wuerttemberg-fluechtlinge-sollen-zur-arbeit-verpflichtet-werden-a-d31af6bd-4a38-40e1-9b6a-93b3db619574>



Schwimmbäder und Züge. Die deutsche Politik hat in Migrantenmilieus eine Anspruchshaltung und Feindseligkeit gegenüber den Einheimischen erzeugt, die zum Boomerang wird und den sozialen Frieden zerstört.

Über Werte und Normen, die Zuwanderer zu achten und zu befolgen haben, muss sich jedoch zuerst die Mehrheitsgesellschaft vergewissern, diese erneuern und kultivieren. Dabei geht es um mehr als einen Homo oeconomicus und dass Flüchtlinge arbeiten müssen, auch wenn die materiellen Bedürfnisse grundsätzliche Notwendigkeit sind. Wo die christliche Prägung unserer Kultur und Gesellschaft mit ihren ethischen Normen über Bord geworfen wurde, klafft ein Vakuum an Orientierung, was gut und richtig ist, wo Chaos und das Böse sich ausbreiten können. Als christliche Partei rufen wir Einheimische und Zuwanderer zu Christus, wo Wegweisung und Heilung für unser Land ist.

Nicht nur Deutschland ist indes mit Zugewanderten aus dem Nahen Osten und Afrika überfordert, sondern immer mehr europäische Länder. Die EU hat eine Asylreform in Arbeit, die Asylverfahren an die Außengrenzen verlegen will, damit abgelehnte Bewerber nicht erst in die EU gelangen. Das ist Teil des EU-Migrationspakts bereits seit 2020, der aber an der Kooperation der meisten Herkunftsländer scheitert. Wir befürworten Asylzentren in den Herkunftsländern, damit die Bedürftigsten eine Chance auf Asyl bekommen und nicht nur die Stärksten, die es mit Hilfe oft krimineller Schlepper übers Mittelmeer schaffen.

Um irreguläre Immigration zu stoppen, braucht es über den Schutz der Außengrenzen der EU hinaus eine langfristige Strategie, die Fluchtursachen reduziert. Die europäische Wirtschafts- und Außenpolitik hat massive Auswirkungen auf Migration und Fluchtursachen in den Herkunftsländern im Nahen Osten und Afrika. Neben menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen mahnt Bündnis C eine Außenpolitik an, die nicht zugunsten nationaler Interessen korrupte und repressive Regime beschwichtigt. Stattdessen muss Europa mit Akteuren und Unternehmen in diesen Ländern zusammenarbeiten, die sich für die Grundfreiheiten einsetzen, für die auch die EU aus ihrer christlichen Prägung steht. Nur so können Fluchtursachen, illegale Migration und die dadurch verursachten Spannungen und Kosten in Europa langfristig reduziert werden.

(Pressemitteilung 15.08.2023)

BVG-Urteil ist Wegweiser zu solider Haushaltspolitik

Das Bundesverfassungsgericht hat am 15.11.2023 den Nachtragshaushalt für 2021 für verfassungswidrig erklärt und damit ein zentrales Instrument der Klimapolitik der Bundesregierung gekippt. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat das BVG damit einen Haushalt des Bundes für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Bündnis C mahnt eine solide Haushaltspolitik an, die ausgibt, was eingenommen wird. Das Klima wird nicht mit Schulden zulasten kommender Generationen gerettet, sondern die nächsten Generationen mit einer nachhaltigen Familienpolitik.

Die von der Bundesregierung beschlossene Änderung des Nachtragshaushaltes hatte 60 Milliarden Euro, die für die Auswirkungen der Covid-Krise aufgenommen wurden, in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) umgeschichtet. Dagegen haben fast 200 Bundestagsabgeordnete der CDU vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt und bekamen recht. Das Verfassungsgericht urteilte, dass das Vorgehen gegen die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse verstoßen habe. Aufgrund des Urteils muss die Bundesregierung Sonderkredite in Höhe von 60 Milliarden Euro sofort löschen. Bundesfinanzminister Lindner verfügte – mit

einigen Ausnahmen – einen sofortigen Ausgabenstopp für den Klimafonds.

Damit stehen ab 2024 viele Klima- und Energieprojekte vor dem Aus, die aus dem „Sondervermögen“ des KTF statt über den regulären Haushalt finanziert werden sollten, wie die Senkung der Stromkosten, energetische Gebäudesanierung, Förderung von E-Mobilität, Ausbau von Fernwärme, des Schienennetzes, ... Vor allem dürfte das Urteil Schattenhaushalten, neuen Kreditermächtigungen, Zweckentfremdung und zahlreichen Sonderposten in den Haushalten des Bundes und der Länder einen Riegel vorschieben – und das ist gut so.

Ab 2024 gilt die während der Corona-Zeit ausgesetzte Schuldenbremse wieder. Während Bundesfinanzminister Lindner den Ministerien deshalb klare Haushaltsvorgaben macht, wollen SPD und Grüne die Schuldenbremse weiter aussetzen oder reformieren. Nach dem jetzigen Urteil des BVG wird die Schuldenbremse von zahlreichen Akteuren umso lauter in Frage gestellt, als aus der Zeit gefallen oder gar als Standortrisiko für Deutschland bezeichnet. Lindner setzte dem Anfang November in einem Gastbeitrag für den Spiegel entgegen: „Die Schuldenbremse hat eine höhere Weisheit“.¹ Solide Staatsfinanzen sichern Glaubwürdigkeit. Eine höhere Verschuldung engt zunehmend den Handlungsspielraum des Staates ein durch höhere Zinsausgaben und vorgegebene Grenzen der Verschuldung. Die Zinslasten des Bundes betragen in diesem Jahr fast 40 Milliarden Euro gegenüber 4 Milliarden im Jahr 2021. Die Schuldenbremse ist keine Investitions- oder Wachstumsbremse, sondern zwingt, Prioritäten zu setzen und öffentliche Mittel effizient einzusetzen. Klimaschutz und Wirtschaft brauchen marktwirtschaftlichen Ideenwettbewerb statt staatlicher Subventionen. Und nicht zuletzt ist die Schuldenbremse ein Gebot gegenüber nachfolgenden Generationen.

Es war wohl auch höhere Weisheit, dass dieser Beitrag des Finanzministers vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts erschien und sich genau jetzt glaubwürdig bewähren muss. Es ist dem BVG zu danken, dass es mit dem Urteil die Haushaltspolitik der Bundesregierung auf den Boden einer zeitlosen Weisheit zurückholt: Solide Haushaltsführung gibt nur aus, was eingenommen wird. Wahlversprechen mit Schulden zu finanzieren, ist kollektiver Betrug am Wähler, der dafür draufzahlt. Der direkte Weg zu weniger Staatsausgaben sind weniger Gesetze und Vorschriften, weniger

Staatsbedienstete, die diese verwalten und kontrollieren, weniger Regulierung und Vorgaben für die Wirtschaft und soziale Eigenverantwortung statt Betreuerstaat. Das Urteil des BVG ist ein Stoppschild für unverantwortliches Wunschdenken und -handeln.

Und der Klima- und Transformationsfond, dem nun 60 Milliarden fehlen? Ist es ebenfalls höhere Weisheit, dass ausgerechnet der Klimapolitik der Bundesregierung ein Stopp gesetzt wird, die die Wirtschaft und den Lebensraum der Menschen mit zunehmend totalitären Vorgaben kaputt macht? Der Bundesregierung wurde mit dem Urteil ein zentrales Instrument ihrer Politik aus der Hand genommen. Deutschland hat die Chance, jetzt aus der gefährlichen Kombination von irrealen Anspruchsdenken und einer ideologischen Sackgasse umzukehren. Das Klima wird nicht mit Schulden zulasten kommender Generationen gerettet.

Hingegen braucht die nächste Generation einen Realitätscheck, dass die strukturellen Krisen Deutschlands nicht mit Geld zu lösen sind. So wie die übrigen Corona-Mittel werden jedes Jahr umfangreiche Finanzmittel aus staatlichen Fördertöpfen nicht abgerufen, weil sie an unzählige Vorgaben gebunden sind und den Kommunen und Unternehmen schlicht die Kapazitäten fehlen, das Geld einzusetzen. Mit immer neuem Geld kann man weder Nachwuchs für die Industrie kaufen, der nicht geboren wurde, noch fehlende Erzieherinnen. Die wirkliche Katastrophe für die westliche Welt ist nicht das Klima, sondern die Demografie. Die hat die jüngere Generation nicht verschuldet. Aber Geld drucken bei abnehmender Wirtschaftskraft verschlimmert ihre Zukunft und läuft Gefahr, in einer Finanzkrise zu enden.

Es ist unsere Verantwortung, kommenden Generationen eine Lebensperspektive jenseits des scheiternden Materialismus zu vermitteln: Eine Familienpolitik, die Mut macht, Kinder zu haben und sich in sie zu investieren, führt langfristig aus der Lähmung des Landes. Das ist das Gegenprogramm zu einer lebensfeindlichen Klima-Apokalypse. Kurzfristig ist Bescheidenheit gefragt und die Demut, nach Weisheit von ganz oben zu fragen: Der Herr der Geschichte hat Deutschland reich gesegnet und gibt uns auch jetzt nicht verloren. Deutschland braucht keine 60 Milliarden Sonderschulden, sondern die Umkehr zu Seinen nachhaltigen Lebensprinzipien.

Karin Heepen

Bundesvorsitzende Bündnis C

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/christian-lindner-die-schuldenbremse-hat-eine-hoehere-weisheit-gastbeitrag-a-cc56978a-8702-4094-9b27-df0da7fd8550>

Deutschland-Pakt, Aiwanger und das Heizungsgesetz: Verlässlichkeit oder Propaganda?

Bundeskanzler Scholz hat im Bundestag einen Pakt für Deutschland vorgeschlagen mit seit Langem geforderten Maßnahmen. Das Heizungsgesetz kommt dennoch in den Bundestag. Und die Kampagne gegen Aiwanger wird zum Applaus für die Freien Wähler. Bündnis C fordert Verlässlichkeit und Politik für die Bürger statt PR-Kampagnen für die Regierung.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat im Bundestag den Ländern, Kommunen und der „demokratischen Opposition“ einen Deutschland-Pakt vorgeschlagen. Um Klimaschutz, Transformation und die Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine zu bewältigen, brauche es eine nationale Kraftanstrengung. Kernpunkte sollen die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Digitalisierung der Verwaltung, Entlastungen für Unternehmen und das Abwerben von Fachkräften aus dem Ausland sein. Deutschland soll damit schneller, moderner und sicherer werden.¹

Neben der Eindämmung der illegalen Migration fordern die Bundesländer seit über einem Jahr bereits von der Bundesregierung Bürokratieabbau, Planungsbeschleunigung, Wachstumsförderung und mehr Tempo bei der Digitalisierung. Stattdessen brachte Bundeswirtschaftsminister Habeck das Heizungsgesetz gegen die Bürger in Stellung und Familienministerin Paus das Wachstumschancengesetz zu Fall. Bundesarbeitsminister Heil will das Bürgergeld ab 2024 um 12 % erhöhen, wovon Arbeitnehmer nur träumen können. Justizminister Buschmann zeichnet verantwortlich für das Selbstbestimmungsgesetz, das Menschen gezielt in ihrer geschlechtlichen Identität verwirrt. Und Gesundheitsminister Lauterbach will Cannabis legalisieren.

Bei dem vorgeschlagenen Pakt ist nicht zu erkennen, wo die Bundesregierung die Richtung ihrer Politik ändern will, die die Wirtschaft, Grundversorgung und den gesellschaftlichen Grundkonsens gefährdet. Unternehmen bleiben an ESG-Kriterien und Lieferkettengesetz gebunden mit exzessiven Berichtspflichten. Beschleunigung des Verfahrensrechts und Wirtschaftshilfen zielen vor allem auf Klimamaßnahmen.

Um diesen Kurs fortzusetzen, versucht der Bundeskanzler in den Deutschland-Pakt die Länder, Kommunen und die genehme Opposition einzubinden, Kritiker des Kurses ausgenommen. Dazu zählt der bayrische Wirtschaftsminister Aiwanger. Ein Flugblatt mit Instrumentalisierung des Holocaust in der Schultasche ist keine Kleinigkeit, aber strafrechtlich lange verjährt. Sein ehemaliger Lehrer, der es als Lokalpolitiker der SPD-Regierungspartei der Presse zuspielte, verstieß hingegen gegen beamtenrechtliche Dienstpflichten. Die durchsichtige Medienkampagne vor der Landtagswahl in Bayern brachte den Freien Wählern ein Umfrageplus von 4 %. Und die AfD gewinnt kontinuierlich Stimmen von Protestwählern.

Ein Pakt für Deutschland kann nicht gegen einen wachsenden Teil der deutschen Bevölkerung gelingen, sondern nur mit deren Beteiligung. Wer ist in der Bundesregierung willens, diese Brücken zu bauen? Damit wäre selbstverständlich ein Grundkonsens verbunden, den Kurs der Regierung zu korrigieren und ihn an den Realitäten statt ideologischen Prämissen auszurichten: Statt Schmalspur-Klimapolitik die Grundversorgung und Infrastruktur sichern, die Wirtschaft von strangulierenden Vorgaben befreien und Fachkräfte mit langfristiger Familienpolitik generieren.

Nicht zuletzt geht es um die Finanzierung des Pakts wie auch der ausgelobten Milliarden-Zuschüsse des Staates für Wärmepumpen, die schlussendlich die Bürger oder zukünftige Generationen als Schulden bezahlen. Bündnis C fordert eine Konsolidierung der Haushaltspolitik, die keine Versprechen finanziert, die ins Leere laufen, sondern die mittelständische Wirtschaft stärkt, die die Staatseinnahmen bringt und die Versorgung sichert. Jeder andere Pakt ist auf Sand gebaut und macht Deutschland krisenanfälliger statt sicherer. Davor ist es unsere Pflicht, Deutschland zu bewahren.

(Pressemitteilung 09.09.2023)

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutschland-pakt-2221564>

Cannabis: Den Nährboden für Drogenkonsum austrocknen

Die Bundesregierung hat ein Gesetz zur Legalisierung von Cannabis beschlossen. Bündnis C appelliert an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dem Gesetz ihre Zustimmung zu verweigern. Der Schwarzmarkt wird nur mit dem Nährboden für Drogen ausgetrocknet.

Mit der Legalisierung soll laut Bundesgesundheitsminister Lauterbach der Schwarzmarkt austrocknet und die Justiz entlastet werden. Polizei, Justiz und Medizin warnen, dass mit der legalen Abgabe die Preise sinken, der Konsum steigt, der Schwarzmarkt für die Weitergabe an Jugendliche blüht und Gesundheitsschäden zunehmen, wenn der Konsum normal wird.

Das Gesetz ist für Jugendliche und Erwachsene eine Gefahr. Bis 25 Jahre befindet sich das Gehirn in der Aufbauphase. Der Reifungsprozess wird durch den Wirkstoff THC beeinträchtigt und kann zu Entwicklungsstörungen führen. Direkte Wirkungen können Übelkeit, Kopfschmerzen und erhöhter Puls sein bis hin zu Angstzuständen, Psychosen, Gedächtnisproblemen, motorischen Störungen und insgesamt einer verminderten Leistungsfähigkeit.

Cannabis ist zudem neben Alkohol die häufigste Einstiegsdroge, auch wenn der Bundesdrogenbeauftragte Blienert (SPD) das bestreitet.¹ Cannabis aktiviert wie jede Droge das Belohnungssystem im Gehirn und macht es anfälliger für immer höhere Dosen und härtere Substanzen. Damit wird auch der propagierte Unterschied zwischen (kontrolliertem) Gebrauch und Missbrauch hinfällig, den ohnehin kein Gesetz regeln kann.

Minister Lauterbach verkauft die Legalisierung als Gesundheitsschutz. Für wen bitte? Cannabis ist nicht gesund, sondern schädlich, auch wenn kurzzeitige schöne Gefühle darüber hinwegtäuschen. Das Argument, dass Alkohol ja auch legal sei, ist keine Rechtfertigung, zu einem Übel ein weiteres hinzuzufügen. Die Folgekosten für Ausfälle und die Behandlung von Alkoholschäden betragen etwa das 50-fache der Steuereinnahmen aus Alkohol. Es ist die Aufgabe des



Gesetzgebers, Schaden zu minimieren, statt neuen anzurichten. Und es ist staatlich betriebene Schizophrenie, in einem bereits überlasteten Gesundheitssystem den Krankenkassen die Kosten für Prävention und Behandlung der Konsumenten aufzuladen infolge einer Politik, die offenbar jede Orientierung verloren hat, was zum Leben oder zum Tod führt.

Dass Lauterbach mit der Legalisierung zugleich „Pionierarbeit für eine neue Drogenpolitik in ganz Europa“ machen will, offenbart sträflich, was die Ampelregierung unter ihren Wahlversprechen vom Fortschritt versteht. Damit missbraucht die Bundesregierung Deutschlands Führungsrolle in Europa.

Der Konsum von Drogen ist ein zerstörerischer Ersatz für Leere, Schmerz und die Sehnsucht nach wirklichem Leben. Eine Gesundheitspolitik, die ihren Namen verdient, warnt vor Suchtmitteln, statt sie zu legalisieren. Sie schafft Voraussetzungen für gesunde Familien und Beziehungen als Orte, wo leibliches und seelisches Wohlergehen gedeiht, und nicht dafür, dass aus Dealer-Ringen legale Clubs werden.

Letztlich ist das Gesetz eine Kapitulation vor Drogenhandel und -konsum, die sich in der Sinnleere und Verzweiflung unserer Gesellschaft immer mehr ausbreiten. Von Drogenabhängigkeit gibt es keine einfache Lösung, aber Erlösung. Gesundheitspolitik ohne den Schöpfergott, der uns gesund erschaffen hat, geht bankrott. Jesus Christus befreit auch die von Drogen Besessenen und trocknet damit wirklich den Schwarzmarkt aus. Konsumenten und Dealer erhalten nicht nur den nächsten Kick, sondern das Leben, für das sie geschaffen wurden.

Bündnis C ruft die Abgeordneten des Bundestages auf, dem Gesetz die Zustimmung zu verweigern, Prävention und der Gesundheit von Familien Vorfahrt zu geben, wo der Nährboden für Drogen mit gelegt oder ausgetrocknet wird.

(Pressemitteilung 18.08.2023)

¹ <https://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/politik/drogenbeauftragter-cannabis-ist-keine-einstiegsdroge/>

Vorstoß der CDU-Fraktion zu den Bestrebungen der Ampel-Koalition zum Abtreibungsrecht

Offener Brief an die Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU

Sehr geehrte Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,

wir danken Ihren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Andrea Lindholz und Dorothee Bär sowie dem rechtspolitischen Sprecher Günter Krings und der familienpolitischen Sprecherin Silvia Breher für ihre Initiative zum Erhalt von § 218 im Strafgesetzbuch. Als Bündnis C – Christen für Deutschland unterstützen wir Ihren Vorstoß, die Behandlung dieser lebenswichtigen ethischen Frage nicht allein der Bundesregierung und der von ihr eingesetzten Kommission zu überlassen, von deren Zusammensetzung ergebnisoffene Vorschläge kaum zu erwarten sind.

Wir danken Ihnen für die Erinnerung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass dem ungeborenen Leben bereits Menschenwürde und Grundrechte zukommen, auch gegenüber der Mutter, und dass das Grundgesetz den Staat verpflichtet, menschliches Leben auch vor der Geburt zu schützen. Wir bekräftigen Ihre Forderung, dass das Lebensrecht eines ungeborenen Kindes nicht der freien, rechtlich nicht gebundenen Entscheidung eines Dritten, und somit auch nicht der Mutter, überantwortet werden darf, sondern ihm rechtlicher Schutz gebührt, der von der Rechtsordnung strafrechtlich wirksam abgesichert werden muss.

Wir bitten Sie insbesondere, den Schutzauftrag des Staates und den rechtlichen Schutzanspruch des ungeborenen Kindes im allgemeinen Bewusstsein wiederzubeleben und zu erhalten. Bitte machen Sie Ihre

Forderung öffentlich, dass das grundsätzliche Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und die darin enthaltene grundsätzliche Rechtspflicht der Frau zum Austragen des Kindes gesetzlich im Strafrecht verankert bleiben muss. Bringen Sie damit auch die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ins gesellschaftliche Bewusstsein zurück, dass der Staat mit seinen Schutzmaßnahmen das Unrecht eines nicht indizierten Schwangerschaftsabbruchs bestätigt. Bitte machen Sie deutlich, dass Schwangerschaftsabbrüche keine Gesundheitsversorgung sind und Ärzte keinesfalls dazu verpflichtet werden dürfen.

Sie stellen sich damit zum Schutz des höchstrangigen Rechtsgutes, dem Schutz des menschlichen Lebens. Sie bezeugen damit den biologischen Fakt, dass der Embryo auch im Frühstadium seiner Entwicklung ein Mensch ist. Und Sie geben der Auffassung der schweigenden Mehrheit in der Bevölkerung eine Stimme, dass man wehrlose Menschen weder vor noch nach der Geburt töten darf.

Bitte setzen Sie sich als Opposition im Bundestag wie angekündigt für ein Schutzkonzept ein, das präventive und repressive Maßnahmen miteinander verbindet zum bestmöglichen Schutz des Lebensrechts der ungeborenen Kinder und des Selbstbestimmungsrechts der Mütter. Achtung vor der Schöpfung und Annahme jedes Lebens müssen als Grundpfeiler des christlichen Menschenbildes und des Grundgesetzes auch beim Abtreibungsrecht der Maßstab bleiben.

Unser Vorschlag zur Unterstützung werdender Mütter ist ein Kindergeld ab Empfängnis. Damit setzt der Staat zugleich ein Zeichen, dass es sich bei dem werdenden Leben nicht um Schwangerschaftsgewebe handelt, sondern von Anfang an um ein Kind.

Gottes Segen für Ihre Arbeit wünscht

*Bündnis C – Christen für Deutschland
Der Bundesvorstand*

<https://www.corrigenda.online/leben/paragraph-218-streichen-die-ampel-wuerde-hier-einen-grossen-fehler-begehen>



Frieden in Einheit mit starken Nationen

Beschlussfassung des Bundesparteitages am 25.11.2023 in Bad Blankenburg

Einleitung	37	6. Industrie, Landwirtschaft, Umwelt und Innovation	44
1. Ein Europa des Friedens und der Nationen	37	6.1. Fairer Wettbewerb in Industrie und Verkehr	44
1.1. Eine biblisch fundierte Kurskorrektur	37	6.2. Regionalisierung in Landwirtschaft und Fischerei	44
1.2. Relationismus als innovative Politik- und Wirtschaftsphilosophie	38	6.3. Ökologie und Energieversorgung sichern	44
1.3. Ein beziehungsorientierter Plan: Konföderales Europa	38	6.4. In Forschung und Entwicklung für Schlüsseltechnologien investieren	45
1.4. Ein konstruktiver und zugleich kritischer Zugang zur EU	38	7. Menschenhandel und Zwangsarbeit	46
2. Die EU reformieren	39	7.1. Zwangsarbeit und moderne Sklaverei weltweit unterbinden	46
2.1. Die Rolle der EU eingrenzen	39	7.2. Wirksame Maßnahmen gegen Menschenhandel und Prostitution	46
2.2. Mehr Kontrolle und Beteiligung durch die nationalen Parlamente	39	7.3. Internationale Zusammenarbeit gegen Kinderpornografie	47
2.3. Flexibilität statt Vereinheitlichung	39	7.4. Europäische Kooperation zum Schutz von Flüchtlingskindern	47
2.4. EU-Beitritt ohne Abstriche an den Kopenhagener Kriterien	39	8. Freiheit und Menschenrechte	47
3. Menschenwürde und Recht auf Leben	40	8.1. Freiheitliche Grundrechte verteidigen	47
3.1. Bioethische Normen umsetzen	40	8.2. Religions- und Gewissensfreiheit in Europa gewährleisten	48
3.2. Lebensschutz von der Empfängnis an	40	8.3. Religionsfreiheit weltweit unterstützen	48
3.3. Leihmutterchaft verbieten	40	9. Außenpolitik und Migration	48
3.4. Solidarische Sorge für ältere und behinderte Menschen	41	9.1. Außenpolitik für eine Kultur der Freiheit	49
4. Familie und Gesellschaft	41	9.2. Integrierte Wirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe	49
4.1. Familie als grundlegende Beziehungseinheit der Gesellschaft fördern	41	9.3. Migration und Integration in das europäische Wertesystem	49
4.2. Familienpolitik ist nationale Kompetenz	41	9.4. Zu Israel stehen	49
4.3. EU-Gesetzgebung darf die Familienpolitik nicht dominieren	42	10. Sicherheit und Verteidigung	50
4.4. Keine Einmischung der EU in die Bildungspolitik	42	10.1. Verteidigungsbereitschaft erhöhen und Friedensinitiativen	50
4.5. Kinderrechte beginnen bei den Ungeborenen	42	10.2. Gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen	50
5. Wirtschaft und Finanzen	42	10.3. Integrierte Cyber-Sicherheit	51
5.1. Situation der europäischen Wirtschaft	42	10.4. Terrorismus an der ideologischen Wurzel bekämpfen	51
5.2. Eine beziehungsorientierte Wirtschaft	43		
5.3. Regionale Unternehmen fördern statt Großkonzerne	43		
5.4. Kein Wohlstand mittels Schulden	43		
5.5. Europäische Kooperation zur Vermeidung von Arbeitsmigration	43		

Einleitung

In den vergangenen fünf Jahren hat die Europäische Union eine dynamische und transformative Phase erlebt, geprägt von bedeutenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen. Die Mitgliedsstaaten hatten Krisen zu bewältigen, Reformen durchzuführen und mussten sich zwischen dem Erhalt ihrer Souveränität und größerer Einheit der EU neu orientieren.

Die COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 führte zu einem beispiellosen wirtschaftlichen Schock und stellte bisherige Grundprinzipien der EU wie offene Grenzen, Freizügigkeit, die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten für Gesundheitsvorsorge und den europäischen Binnenmarkt zur Disposition. Für den Wiederaufbaufonds nimmt die Europäische Kommission erstmals in der EU-Geschichte gemeinsame Schulden auf in Höhe von 750 Milliarden Euro.

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine zerbrach die 75 Jahre währende Friedensordnung Europas. Internationale Verträge und Diplomatie versagten. Der Krieg einte die Mitgliedsstaaten gegen die russische Aggression. Die wirtschaftliche Stärke Europas leidet jedoch an den Sanktionen, der damit ausgelösten Energiekrise und Inflation. Mehrere Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine suchten Schutz in europäischen Ländern. Die kaum noch vorhandene Verteidigungsfähigkeit vieler Mitgliedsstaaten trat offen zutage, und der einseitige Fokus auf Militärhilfe für die Ukraine blendet Friedensinitiativen aus.

Seit 2015 haben zudem die Flüchtlingsströme nach Europa immer mehr zugenommen. Es ist in der EU bisher nicht gelungen, eine funktionierende, gemeinsame Migrationspolitik zu etablieren. Mehrere Mitgliedsstaaten haben auf nationaler Ebene Schritte unternommen, um die innenpolitischen Spannungen durch Parallelgesellschaften und überlastete Sozialsysteme zu befrieden. Mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 wurde die Bedrohung innen- und außenpolitisch weiter verschärft. Eine weltweite Welle von Hass und Gewalt gegen Juden und den Staat Israel stellt die EU vor die Konsequenzen einer gescheiterten Nahost- und Migrationspolitik.

Diese Entwicklungen verschärfen die bereits bestehenden Probleme in den europäischen Gesellschaften. Enorme Unterschiede in Beschäftigung, Wohlstand und Bruttoinlandsprodukt zwischen den nördlichen/westlichen Mitgliedstaaten und den süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten wurden noch größer. Ein Schuldenberg lastet auf den europäischen Volkswirtschaften und den Mitgliedsstaaten. Die europäische Wirtschaft ist weithin abhängig und verstrickt mit autokratischen Regimen außerhalb Europas. Wirtschaftswachstum wird durch Klima- und Umweltkriterien in Frage gestellt. Innenpolitische Spannungen und Terror bedrohen den gesellschaftlichen Frieden. Und ideologische Strömungen von neomarxistisch bis nationalistisch stellen die Mitgliedsstaaten und die EU vor immer neue Zerreißenproben.

Wir stellen in unserem Europawahlprogramm für die Jahre 2024 bis 2029 unsere Grundüberzeugungen vor für eine funktionierende menschliche Gesellschaft und unsere Vision, wie darauf aufbauend Europa aus den Krisen finden und zu einem lebenswerten, friedlichen, gemeinsamen Haus für unsere Völkerfamilie werden kann. Wir machen Vorschläge, wie europäische Unternehmen florieren können, während sie gleichzeitig unsere Ressourcen auf verantwortliche Weise nutzen. Wir glauben, dass Ökologie die Sorge für den Menschen und die Schöpfung gleichermaßen umfasst und unser gottgegebener Auftrag ist. Wir wollen die politischen Stärken wiederbeleben, die Europa nach dem 2. Weltkrieg Frieden gebracht haben. Wir zeigen, wie die europäische Wirt-

schafts- und Außenpolitik Fluchtursachen in den Herkunftsländern reduzieren kann, um die innenpolitischen Spannungen durch Migration in Europa zu reduzieren. Wir stellen in allen politischen Fragen die Würde des Menschen in den Mittelpunkt, Menschenrechte und Grundfreiheiten, die die Grundwerte der EU ausmachen.

Wir schätzen die Europäische Union als eine politische und soziale Realität, die Europa Frieden, Stabilität, Wohlstand und Zusammenarbeit gebracht hat. Wir plädieren für eine Reform der EU mit weniger Regulierung durch die EU-Institutionen und Achtung der Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten strikt nach dem Subsidiaritätsprinzip.

Wir erinnern ausdrücklich an die christlichen Grundwerte und Prinzipien, auf denen die EU gegründet wurde und die Europa zu dem Kontinent gemacht haben, der er nach dem 2. Weltkrieg und dem Fall des Eisernen Vorhangs geworden ist. Nur in Rückbesinnung auf unsere christlichen Wurzeln werden Europa und die EU Wege aus den sich multiplizierenden Krisen finden.

Im Mai 2018 wurde von der Generalversammlung der European Christian Political Movement (ECPM) eine von Bündnis C – Christen für Deutschland eingebrachte Resolution an den Europäischen Rat beschlossen, den Gottesbezug und die Referenz auf das jüdisch-christliche Erbe Europas im Vertrag von Lissabon erneut zu bedenken und zu verankern. Wir stehen an einem Wendepunkt der europäischen Geschichte und es ist Zeit, die Grundlagen für die weitere Politik neu zu verhandeln. Als Mitgliedspartei der ECPM arbeiten wir mit unseren christlichen Schwesterparteien zusammen an einer christlich-innovativen Politik für ein lebendiges Europa, in dem jede Stimme gehört wird.

1. Ein Europa des Friedens und der Nationen

1.1. Eine biblisch fundierte Kurskorrektur

Europa braucht eine neue Strategie, um die aktuellen Krisen zu überwinden, mit denen es durch die Kriegsgefahr, Wirtschafts- und Energiekrise, Überschuldung, Überalterung der Bevölkerung und gefährdete Sozialsysteme, durch Migration und Terrorismus konfrontiert ist.

Ideologisch einseitige Antworten auf diese Krisen spalten Europa zwischen einer linksideologischen Lobby und nationalistischer Abgrenzung, ost- und westeuropäischen Mitgliedsstaaten, Geber- und Nehmerländern in Nord- und Südeuropa und zunehmend zwischen Arm und Reich. In vielen europäischen Ländern wie auch vonseiten der EU werden Regierungen, christlich-demokratische Parteien, Institutionen und Politiker unter Druck gesetzt, ihr Menschen- und Weltbild im Sinne der Gender- und Klimaideologie grundlegend zu verändern. Als Reaktion darauf entstehen immer mehr national-separatistische Parteien, die sich auf die Verteidigung der christlichen Werte Europas berufen, jedoch im Sinne von Besitzstandswahrung und nationalistischer Abgrenzung agieren.

Der Wohlstand Europas ist vor allem dem Erbe vergangener Generationen zu verdanken. Die europäischen Gesellschaften haben sich während der letzten Jahrzehnte immer mehr von den geistigen und ethischen Grundlagen entfernt, die einst die Voraussetzung waren für das Gedeihen einer freien und wohlhabenden Gesellschaft. Zunehmender Materialismus und Individualismus haben vor allem eine gefährlich dezimierte junge Generation hervorgebracht, die diesen Wohlstand nicht aufrechterhalten kann. Die krisenhaften Entwicklungen der letzten fünf Jahre und rigide

Umwelt- und Klimavorgaben der EU setzen die europäische Wirtschaft zusätzlich unter Druck und lassen den Wohlstand vieler Europäer schwinden.

Es ist unsere Verantwortung, den jungen Menschen, die sich als die „Letzte Generation“ bezeichnen, Zukunft und Hoffnung zu geben jenseits der ideologischen Angstsznarien, mit denen sie gefangen genommen wurden. Gleichzeitig brauchen wir eine biblisch fundierte Korrektur der einseitig materialistischen und individualistischen Ausrichtung der westlichen Gesellschaft.

1.2. Relationismus als innovative Politik- und Wirtschaftsphilosophie

Grundprinzip des biblisch fundierten Ansatzes für unsere Europapolitik ist der Relationismus, eine innovative Politik- und Wirtschaftsphilosophie, die wir als Antwort auf gescheiterte Gesellschaftsmodelle des Kapitalismus wie auch des Neomarxismus sehen.

Der Relationismus verkörpert eine beziehungsorientierte Denkweise, der im Kern das Liebesgebot Jesu (Markus 12,30f) zugrunde liegt. Wir gehen davon aus, dass die Qualität von Beziehungen auf institutioneller Ebene von der Familie bis hinauf in die Regierungen und die EU eine wesentliche, messbare Form von Kapital bildet, das der Nachhaltigkeit und dem Fortschritt in jedem Bereich zugrunde liegt – politisch, finanziell, wirtschaftlich, kulturell und für die Umwelt.

Wo die Mitgliedsstaaten zunehmend Freiheit fordern und die EU die Nationen in gleiche Schablonen pressen will, erschließt der Relationismus das Potenzial von gegenseitigen, ausbalancierten Beziehungen zwischen den Staaten wie auch der EU. Beziehungsorientiertes Denken bejaht sowohl das Individuum als auch die Gemeinschaft, Rechte und Pflichten, Freiheit und Verantwortung, Kooperation und Wettbewerb und schafft einen Ausgleich zwischen diesen Polaritäten.

Die Wirkung politischer Maßnahmen auf die Beziehungen zwischen Völkern, zwischen Institutionen, zwischen Interessengruppen und zwischen Individuen soll in diesem Denkansatz bei allen Entscheidungen mit reflektiert werden neben wirtschaftlichen, sozialen und Umwelteffekten. Zudem müssen die Auswirkungen auf zukünftige Generationen als legitime Interessengruppe konsequent mitbedacht werden.

Auf das Kapital guter Beziehungen zu setzen, ist weder sozialistisch noch liberal, weder globalistisch noch nationalistisch. In den Spaltungen Europas kann dieser Grundansatz die gegensätzlichen Pole zusammenbringen und Wege zum Frieden bahnen. Wir bauen damit Brücken, statt Feindbilder zu errichten.

1.3. Ein beziehungsorientierter Plan: Konföderales Europa

Dieser beziehungsorientierte Plan für Europa knüpft an die Vision der Gründerväter der EU nach dem Zweiten Weltkrieg an, um die verfeindeten Nationen Europas zu versöhnen. Der Vision von Robert Schuman, der den Zusammenschluss der europäischen Kohle- und Stahlindustrie zuerst vorgeschlagen hat, lagen zutiefst christliche Motivationen zugrunde, um die Beziehungen zwischen den Ländern Europas zu heilen und eine Gemeinschaft von Völkern zu ermöglichen, die einander in ihrer Souveränität respektieren, aber auch einander unterstützen und gemeinsame Regelungen finden, wo diese für alle Nationen von Vorteil sind.

Heute erleben wir einen neuen Imperialismus vonseiten der EU. Viele Vertreter der Europäischen Union wollen großeuropäische Strukturen schaffen und streben eine föderale EU-Republik an. In den Europäischen Verträgen ist die EU als Konföderation beschrieben, in der die Mitgliedsstaaten freiwillig Kompetenzen an die EU abgeben, wenn diese Bereiche dort effektiver geregelt werden können. Die Tendenz der EU-Politik und leider auch der deutschen Bundesregierung ist jedoch eine Föderation Europa, indem die Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten immer mehr angegriffen werden und das Subsidiaritätsprinzip unterlaufen wird. Das geschieht schleichend durch die Dominanz der EU-Gesetzgebung über nationales Recht und das forcierte Zusammenschweißen von politischen und Finanzstrukturen. Der Kampf um die Meinungshoheit innerhalb Europas wird dazu ohne konventionelle Waffen, aber über die Beeinflussung der Bevölkerung durch die Massenmedien ausgetragen.

Aus der Geschichte und biblischen Leitlinien zu Großreichen und Nationen entnehmen wir, dass es gut ist, Machtstrukturen und politische Vollmachten von Menschen über Menschen immer so schlank wie möglich zu halten (Genesis 10-11; Apostelgeschichte 17,26; Daniel 2). Europa steht heute vor der Herausforderung, sowohl einen EU-Imperialismus als auch folgenschwere nationale Alleingänge zu verhindern. Bündnis C arbeitet für ein Konföderales Europa: für einen Staatenbund, der die Souveränität und Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten und das Subsidiaritätsprinzip respektiert und gemeinsame Regelungen findet, wo diese für alle Nationen von Vorteil sind.

Relationales Denken erschließt zudem das Wesen und das Potenzial von Brüderlichkeit nicht aus der Französischen Revolution, sondern wie sie im Herzen von Europas jüdisch-christlicher Tradition verankert ist. Brüderlichkeit im Sinne von kreativ und effektiv gestalteten Beziehungen auf institutioneller Ebene hat die sozialen Neuerungen inspiriert, die Europa der Welt gebracht hat: demokratische Regierungssysteme, die ursprüngliche Konzeption der Menschenrechte, die Aktiengesellschaft und die Unterscheidung zwischen Gewohnheitsrecht und Gesetz. Demokratie ist kein parlamentarischer Absolutismus, wo eine Mehrheit über Minderheiten herrscht. Das christlich-demokratische Prinzip besteht darin, dem Menschen oder im Falle der EU den Nationen zu dienen und mit ihnen gemeinsam um Argumente, die Wahrheit und bestmögliche Lösungen zu ringen.

Die EU darf sich nicht länger selbst als die Lösung für jedes Problem sehen und „mehr Europa“ als das für alles passende Instrument reklamieren. Die Probleme der EU können nur durch die Mitgliedsstaaten gelöst werden, die ihr angehören, nicht mit einem zunehmenden Zentralismus.

1.4. Ein konstruktiver und zugleich kritischer Zugang zur EU

Wir sind dankbar für Stabilität und Frieden in Europa, wozu die EU und multilaterale Institutionen entscheidend beigetragen haben. Gleichzeitig kann und muss der Einfluss der EU-Institutionen an vielen Stellen reduziert werden, wo keine Regulierung durch die EU nötig ist.

Kernthemen auf EU-Ebene müssen weiterentwickelt werden. Zuständigkeiten der Nationalstaaten sollen präzisiert und von der EU an die Mitgliedsstaaten zurückübertragen werden. Der Europarat soll die Koordination der verschiedenen Sichtweisen der Nationalstaaten übernehmen und Übereinkünfte der Mitgliedsstaaten fördern.

Wir sehen uns als Partei nicht nur in der Verantwortung für Deutschland, sondern für ein Europa, das die besonderen Stärken und Traditionen jedes Mitgliedslandes wertschätzt, und für eine EU, die für das Wohlergehen der Völkerfamilie Europas arbeitet.

2. Die EU reformieren

Wir sehen die EU als ein Instrument des Friedens. Durch Kooperation der Mitgliedsländer sichern wir Frieden, Stabilität, eine starke Wirtschaft und kulturellen Austausch für unsere Bürger. Gemeinsam ist Europa in der Verschiedenheit seiner Nationen stärker, und wir können anderen Regionen in der Welt in ihrer Entwicklung helfen.

Die Verfasser der Römischen Verträge formulierten 1957 das Ziel einer immer engeren Union. Diese immer engere Einheit sollte durch die willentliche Annäherung der Völker Europas zustande kommen – nicht durch ein Zusammenschweißen der politischen und Finanzstrukturen in der EU.

Wir wollen Europa reformieren, indem wir die EU an ihre geistigen, kulturellen und gesellschaftlichen Wurzeln erinnern und von da aus ihre Kernkompetenzen stärken. Die Prinzipien der Subsidiarität, Solidarität und Vielfalt müssen mit den Grundwerten von Freiheit, guter Verwaltung, Verantwortung und Menschenwürde in Einklang gebracht werden.

2.1. Die Rolle der EU eingrenzen

Wir wollen eine Europäische Union, die weniger Vorschriften macht, mehr Differenzierung unterstützt und mehr Möglichkeiten bietet für die EU-Bürger. Die EU hat Autorität an sich gerissen, die ihr nicht zusteht, und benutzt diese Macht, um den Mitgliedstaaten ihren Willen und ihre Ideologie aufzuzwingen. Das Initiativrecht der Europäischen Kommission erlegt den Mitgliedstaaten Verordnungen und Richtlinien von nicht gewählten Bürokraten auf, die oft weiter gehen als in den Gründungsverträgen vorgesehen.

Das alleinige Initiativrecht der Europäischen Kommission (EK) für neue Gesetzesvorhaben soll deshalb zurückgezogen werden. Initiativrecht soll die EK nur dort behalten, wo die EU die volle Zuständigkeit besitzt: im internationalen Handel, Wettbewerb innerhalb der EU, Finanzangelegenheiten der Eurozone und in der Zollunion. Außerhalb dieser Felder soll die EK eine leitende und koordinierende Funktion für die Initiativen der Mitgliedsstaaten ausüben.

Wir plädieren für ausreichende Debattenzeiten im Europäischen Parlament insbesondere in Mitentscheidungsverfahren, um sicherzustellen, dass die Vertreter der Bürger den Gesetzgebungsprozess wirklich beeinflussen können. Um die EU flexibel und effektiv zu erhalten, soll die Wirksamkeit und Notwendigkeit aller Europäischen Verträge, Regelungen und Richtlinien aller 10 Jahre überprüft und entschieden werden, ob sie fortgeführt, geändert oder abgeschafft werden. EU-Richtlinien, die kein europäisches Problem betreffen oder lösen, sollen zurückgenommen werden. Beispiel dafür ist die Gleichbehandlungsrichtlinie, die mehr Probleme und Unklarheiten schafft, da sie wirkliche Probleme mit ideologischen Ambitionen vermischt.

Europäische Einrichtungen oder Agenturen, die außerhalb der EU-Zuständigkeiten operieren oder nationale Zuständigkeiten verletzen, sollen abgeschafft werden. Kriterien für europäische Agenturen sollten Subsidiarität, Wirtschaftlichkeit und gesamteuropäische Zusammenarbeit sein.

Mit der Eingrenzung der Kompetenzen der EK verringert sich auch das EU-Budget für die Verwaltung. Wir fordern außerdem mehr Transparenz darüber, wie die EU-Haushaltsmittel für Projekte in den Mitgliedstaaten ausgegeben werden, da zu oft grobe Fehlausgaben ans Licht kommen.

2.2. Mehr Kontrolle und Beteiligung durch die nationalen Parlamente

Wir setzen uns für souveräne und handlungsfähige Mitgliedstaaten ein und dass die Institutionen der Europäischen Union das Subsidiaritätsprinzip einhalten. Mehr Kontrolle und Verantwortung der nationalen Parlamente können das Unbehagen vieler Europäer in Bezug auf die EU verringern, das gemeinsame europäische Bewusstsein und eine bessere Zusammenarbeit stärken. Wenn die Parlamente einen wirksamen Einfluss auf die EU ausüben können, erhöht das die Akzeptanz der EU-Politik.

Jede Entscheidung, die die Souveränität der Mitgliedsstaaten angreift, sollte mit 2/3-Mehrheit der nationalen Parlamente akzeptiert werden. Wenn 50 % der nationalen Parlamente ein EU-Gesetz ablehnen, soll dieses Gesetz automatisch zurückgenommen werden.

2.3. Flexibilität statt Vereinheitlichung

Wir wollen weder den Rückzug aus dem europäischen Projekt noch eine überstürzte und verfrühte vollständige politische Integration, sondern ein konföderales Europa, das mehr Flexibilität bietet. Die unterschiedlichen Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und die verschiedenen Gruppierungen, denen sie angehören (Europäischer Binnenmarkt, Schengenraum, Bankenunion, Eurozone usw.) machen Einheitslösungen unhaltbar.

Regionale Initiativen aufgrund gemeinsamer kultureller, historischer oder wirtschaftlicher Interessen sollen gefördert werden. Kleinere Gruppen von Staaten wie die Visegrád-Gruppe, die Benelux-Länder oder das Baltikum können wichtige Beiträge für die zukünftige Gestaltung der EU leisten.

2.4. EU-Beitritt ohne Abstriche an den Kopenhagener Kriterien

Für eine EU-Vollmitgliedschaft dürfen keine politischen Zugeständnisse oder Abstriche an den Kopenhagener Kriterien mehr gemacht werden. Die EU soll stattdessen mehr Möglichkeiten für Partnerschaften und Assoziationen einräumen und damit verschiedene Optionen für europäische Kooperation schaffen. Wir begrüßen Optionen wie Assoziierungsabkommen und die neu geschaffene Europäische Politische Gemeinschaft, die Privilegien ohne tatsächliche Mitgliedschaft ermöglicht. EU-Beitrittskandidaten und Anrainerstaaten in Osteuropa und auf dem Balkan soll die EU in ihrer Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit helfen.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind zu beenden, da diese immer weniger die Kriterien von Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten erfüllt. Auch eine Partnerschaft bedingt fundamentale Rechte wie Presse- und Religionsfreiheit und den Schutz von Minderheiten.

3. Menschenwürde und Recht auf Leben

Die Menschenwürde drückt den jedem menschlichen Wesen innewohnenden Wert aus. Dieser Wert ist darin begründet, dass jeder Mensch ein Geschöpf Gottes und nach seinem Bild geschaffen ist. Der Mensch ist nicht als autonomes Individuum geschaffen, sondern als Beziehungswesen. Seine Würde verwirklicht sich in der Beziehung zu seinem Schöpfer, zu seinen Mitmenschen und zur Umwelt. Politisch heißt das, dass es bei der Würde des Menschen um den Wert und die Rechte des Einzelnen geht ebenso wie um würdevolle Beziehungen und eine Ethik, die den Menschen in die Verantwortung für seine Mitmenschen nimmt. Die Menschenwürde ist die Basis für die Menschenrechte, die in Europa maßgeblich aus der biblischen Ethik hervorgegangen sind, und muss der Maßstab aller Politik sein.

Der unveräußerliche Wert jedes Menschen umfasst jedes Stadium seiner Existenz von der Empfängnis bis zu seinem natürlichen Tod. Deshalb muss die Politik besonders verletzte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft schützen wie Ungeborene, Kinder, Flüchtlinge, behinderte und alte Menschen.

Europa ist ein reicher Kontinent, auf dem jeder Mensch in Würde leben kann. Die Sozialsysteme der EU-Mitgliedsstaaten sichern für ihre Bürger weitgehend die Deckung der Grundbedürfnisse von Nahrung, Kleidung und Wohnen ab. Wo das nicht der Fall ist, soll die EU Hilfen bereitstellen, um die Unterschiede zwischen den Sozialsystemen zu verringern. Über die Grundbedürfnisse hinaus ist die Eigenverantwortung der Bürger gefordert, als integraler Bestandteil eines würdevollen Lebens.

3.1. Bioethische Normen umsetzen

Der erste und einzige rechtsverbindliche internationale Text zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde vor Missbrauch durch die Biomedizin ist das Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin (Übereinkommen von Oviedo) von 1997¹. Darin heißt es, dass die Interessen des Menschen Vorrang vor den Interessen der Wissenschaft oder der Gesellschaft haben müssen. Die Konvention verbietet die Erzeugung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken und fordert einen angemessenen Schutz von Embryonen in Ländern, die In-vitro-Forschung erlauben. Sie verbietet das Klonen von Menschen, den Handel mit Organen und Geweben und generell die Kommerzialisierung des menschlichen Körpers und seiner Teile. Sie erlaubt das Klonen von Zellen und Gewebe, belegt aber das Klonen von embryonalen Stammzellen mit großen Vorbehalten. Sie sichert die Grundrechte gegenüber der biomedizinischen Forschung, wobei die Vorschriften auf dem Prinzip des Individuums als Selbstzweck beruhen und dem Schutz des genetischen Erbguts der menschlichen Spezies. Wir unterstützen die Umsetzung der Übereinkommen von Oviedo im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip auf nationaler Ebene, wie es die EU-Mitgliedstaaten für richtig halten.

Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und erlittenen Impfschäden ist Art. 24 des Übereinkommens besonders relevant: „Die Person, die durch einen Eingriff einen unbilligen Schaden erlitten hat, hat Anspruch auf angemessene Entschädigung nach Maßgabe der gesetzlich vorge-

schriebenen Bedingungen und Verfahren“. Das bedeutet, dass Betroffene von Impfschäden entschädigt werden müssen. Das Übereinkommen sowie die beigefügten Protokolle wiederholen mehrmals, dass die Verweigerung der Zustimmung zu medizinischer Forschung oder einem medizinischen Verfahren „nicht zu irgendeiner Form der Diskriminierung der betreffenden Person führen darf, insbesondere nicht in Bezug auf das Recht auf medizinische Versorgung“.

3.2. Lebensschutz von der Empfängnis an

Die Mitgliedstaaten haben das Recht, ihre eigene Reproduktionspolitik festzulegen. Wir ermutigen sie sowie die EU-Institutionen, das Leben von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod zu fördern und zu schützen.

Im Einklang mit Artikel 13(1) der Verordnung (EG) Nr. 726/2004² zur Errichtung der Europäischen Arzneimittel-Agentur und Artikel 4(4) der Richtlinie 2001/83/EG³ zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel steht es den Mitgliedstaaten frei, den Verkauf, die Abgabe oder die Anwendung von Verhütungsmitteln oder Abtreibungsmitteln zu verbieten oder zu beschränken.

Gleichzeitig fördern wir Initiativen auf nationaler Ebene zur Unterstützung von Frauen in Krisen, zur Hilfe für Schwangere und zur Aufklärung der Bevölkerung über die Kostbarkeit des Lebens.

3.3. Leihmutterschaft verbieten

Wir wenden uns gegen jede Form der Leihmutterschaft, sei sie altruistisch oder kommerziell. Leihmutterschaft verstößt gegen die Menschenwürde und macht Menschen zur Ware. Meist wird ein Vertrag geschlossen, in dem die auftraggebende Person für die Dauer der Schwangerschaft Eigentum an der Gebärmutter der Leihmutter innehat. Dieses Recht auf Eigentum am Körper einer anderen Person kann als Verstoß gegen Artikel 1 der Genfer Konvention angesehen werden: „Sklaverei ist der Status oder Zustand einer Person, über die eine oder alle mit dem Eigentumsrecht verbundenen Befugnisse ausgeübt werden“⁴.

Leihmutterschaft verstößt auch gegen die Menschenwürde des Kindes, da es als Objekt oder Produkt eines Vertrags und einer Transaktion behandelt wird. Das Recht des Kindes, seine biologischen Eltern zu kennen und von ihnen erzogen zu werden (Artikel 7 des Internationalen Übereinkommens über die Rechte des Kindes⁵) wird untergraben. In Fällen von Leihmutterschaft können bis zu sechs Erwachsene das Elternrecht für das Kind beanspruchen.

Wir lehnen den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Rates (2022) zur Einführung einer Europäischen Zertifikats für Elternschaft⁶ ab, der die Souveränität der Mitgliedstaaten und das Subsidiaritätsprinzip untergräbt und Leihmutterschaft in allen Staaten legalisieren würde.

² <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CONSLEG:2004R0726:20130605:DE:PDF>

³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:02001L0083-20210526>

⁴ <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/slavery-convention>

⁵ https://www.unicef.de/_cae/resource/blob/194402/3828b8c72fa8129171290d21f3de9c37/d0006-kinderkonvention-neu-data.pdf

⁶ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_7509

¹ <https://rm.coe.int/168007d002>

3.4. Solidarische Sorge für ältere und behinderte Menschen

Dank besserer medizinischer Versorgung werden immer mehr Menschen sehr alt. Sie sollen in Würde altern, Wertschätzung, Respekt und Dankbarkeit durch die Gesellschaft erfahren für ihre Lebensleistung. Die traurigste Erfahrung ist für viele Ältere die Einsamkeit in unserer individualistischen Gesellschaft.

In der Fürsorge für die ältere Generation gewinnt eine beziehungsorientierte Politik besondere Brisanz. Wir unterstützen die gegenseitige Sorge der Generationen füreinander. Kinder und jüngere Menschen sollen in der Lage sein, für ihre Eltern und ältere Menschen zu sorgen. Subsidiarität heißt, dass informelle und individuelle Betreuung die Priorität hat vor staatlichen Einrichtungen und Diensten. Der Pflegenotstand macht dies zur Notwendigkeit. Wer Angehörige pflegt, braucht dafür eine angemessene finanzielle Absicherung, die wir im Rahmen der bedingten Grundsicherung gewährleisten wollen.

Sterbehilfe lehnen wir ab. Das Leben und unsere Lebenszeit sind von Gott gegeben. Um unser Leben in Würde zu beenden, braucht es soziale Netzwerke, individuelle Pflege, Seelsorge oder anderen Beistand für mentale Stärke und eine hochwertige Palliativversorgung, die für die alternen Gesellschaften in Europa ausgebaut werden müssen.

Auch behindertes Leben ist lebenswert. Kein Leben ist perfekt, und es steht keiner Gesetzgebung zu, die Grenzen zu ziehen, wer leben darf und wer nicht. Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen ein gleichwertiger Teil der Gesellschaft. Hier ist besondere Solidarität gefragt, menschliche, institutionelle, finanzielle und rechtliche Unterstützung, um Hindernisse und Diskriminierung zu beseitigen und ihnen ein erfülltes und würdiges Leben zu ermöglichen.

4. Familie und Gesellschaft

In der Verbindung eines Mannes und einer Frau beginnt jedes menschliche Leben. Wir sehen die Familie als verantwortliche Beziehungseinheit aus der Ehe von Mann und Frau und deren Kindern. Darin gründet eine beziehungsorientierte Sicht auf die menschliche Gesellschaft.

Aus dieser grundlegenden Verbindung von Mann und Frau und dem Ruf an sie, neues Leben hervorzubringen (1Mose 1,27f), gehen alle anderen Beziehungen in der Gesellschaft hervor. Die Familie ist der Mikrokosmos, wo Kindern grundlegende Fähigkeiten und Erfahrungen vermittelt werden, Wertvorstellungen und Lebenshaltungen, die in die Gesellschaft hineinwirken.

4.1. Familie als grundlegende Beziehungseinheit der Gesellschaft fördern

Die Familie ist die wichtigste soziale und Beziehungseinheit der Gesellschaft und geht jeder anderen Gemeinschaft oder Gruppe voraus. Gesunde Familien bedingen eine gesunde Gesellschaft. Zerbrochene Familien führen zum Scheitern einer Gesellschaft.

In Korrektur zum westlichen Individualismus verfolgen wir eine Politik, die Menschen befähigt, lebenslange Bindungen einzugehen und in Ehe und Familie zu leben. Werte, die für gesunde Fami-

lien und darüber hinaus für eine gesunde Gesellschaft lebenswichtig sind, wie Liebe, die Sorge füreinander, die Bereitschaft für andere Opfer zu bringen, Treue usw. sollen im öffentlichen Leben hervorgehoben werden, insbesondere in der Bildungspolitik.

Die Rechte der Familie sind unveräußerlich und dürfen nicht dem staatlichen Zugriff oder einer Gesetzgebung geopfert werden, die nur auf die Rechte des Einzelnen ausgerichtet ist. Gesellschaften, die in starken Familien wurzeln statt nur in Individuen, sind beziehungsorientierter, empathischer und nachhaltiger. Deshalb soll die EU ihre Politik generell an Familien ausrichten und jede Gesetzgebung an ihren Effekten auf Familien prüfen.

4.2. Familienpolitik ist nationale Kompetenz

Vor allem soll der Fokus der nationalen Gesetzgebung auf Familien liegen. Familienpolitik ist Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten. Nach dem Subsidiaritätsprinzip haben sich die EU-Institutionen nicht in die Familienpolitik einzumischen und keine Gesetzesinitiativen vorzubringen, die gegen die nationale Gesetzgebung arbeiten.

Wir verfolgen eine Politik, die Elternschaft unterstützt und Bedingungen schafft, die für die Erziehung von Kindern förderlich sind. Deshalb sind gesetzliche Rahmen für eine familienfreundliche Arbeitsumgebung auf nationaler Ebene von entscheidender Relevanz. Familienfreundliche Unternehmen werden langfristig ökonomisch erfolgreicher sein.

Eltern sollen die Wahlmöglichkeit haben zwischen öffentlicher Kinderbetreuung und sie selbst zu erziehen und ihre Arbeitszeit dafür zu reduzieren. Insbesondere in den ersten drei Lebensjahren des Kindes muss es Zielsetzung sein, der Familie die Erziehung des Kindes zuhause zu ermöglichen. Da die elterliche Zuwendung entscheidend ist für die psychische Entwicklung der Kinder, treten wir Tendenzen zur ausschließlichen Fremdbetreuung entgegen. Familienfreundlich sind nicht unbegrenzte Öffnungszeiten von Kindereinrichtungen, sondern elternfreundliche Arbeitszeiten.

Besonders für Alleinerziehende braucht es flexible Modelle wie Teilzeitarbeit, genügend Mutterschutz und Elternzeit, Jobsharing, Jahresarbeitszeit, Sabbatjahr und betriebliche Kinderbetreuung.

Wir sehen die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen als selbstverständlich an. Darüber hinaus befürworten wir die angemessene Bezahlung von Eltern wie Berufstätige. Die Erziehung von Kindern ist einer der wertvollsten Dienste für die Gesellschaft. Über Steuerentlastungen hinaus setzen wir uns deshalb für ein Erziehungsgehalt für Eltern ein. Familien sollen auch beim Erwerb von Wohneigentum durch Zuschüsse und Steuerentlastungen unterstützt werden.

Wir unterstützen Beratungs- und Bildungsprogramme, die die Beziehungsfähigkeit von jungen Menschen stärken, wie auch Programme zum Ausstieg aus Süchten, Gewalt und Traumata, um Menschen zu gesunden Familienbindungen zu befähigen.

4.3. EU-Gesetzgebung darf die Familienpolitik nicht dominieren

Familienpolitik muss in der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten bleiben. Die unterschiedliche Geschichte und kulturelle Traditionen haben verschiedene Sicht- und Lebensweisen von Familien hervorgebracht und dafür passende politische Ansätze. Gerade deshalb sollten die Mitgliedsstaaten jedoch zusammenarbeiten und voneinander lernen.

Wo EU-Zuständigkeiten wie z. B. für Arbeitsrecht Einfluss auf die Familienpolitik haben, darf die EU die nationale Gesetzgebung nicht dominieren. Sie soll hingegen ihre Gesetze so ausgestalten, dass der Familienzusammenhalt gestärkt und sie befähigt werden, eigenverantwortlich ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und ihre Sozialverantwortung wahrzunehmen.

Die EU soll jegliche Bestrebungen einstellen, mittels der Doktrin des Gender Mainstreaming und unter dem Einfluss der LGBTI-Lobby Druck auf die nationale Gesetzgebung auszuüben und damit Ehen und Familien weiter zu zersetzen.

4.4. Keine Einmischung der EU in die Bildungspolitik

Eltern müssen die Freiheit haben zu wählen, wie sie ihre Kinder erziehen und bilden und welche Werte und Glaubensüberzeugungen sie ihnen vermitteln. Dabei sollten Kirchen und verschiedene Gruppen der Zivilgesellschaft sie nach ihrer Wahl unterstützen, jedoch keine staatliche Institution Vorgaben machen. Wir lehnen vor allem jede EU-Gesetzgebung oder Richtlinien zur Sexualerziehung der Kinder ab. Die EU darf keinen Einfluss auf die Lehrpläne der Mitgliedsstaaten nehmen. Bildung ist nationale Zuständigkeit und muss es bleiben.

Wir streben die bestmögliche Bildung für Kinder an, die deren Talente und Gaben voll entwickelt. Wir setzen uns für vielfältige Schulen verschiedener Träger ein und für wohnortnahe Schulen in den Kommunen und im ländlichen Raum. Die Kinder zuhause zu unterrichten, kann eine gute Alternative zum Schulbesuch sein und sollte Eltern durch die nationale Gesetzgebung ermöglicht werden.

4.5. Kinderrechte beginnen bei den Ungeborenen

Die Rechte des Kindes sind in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Artikel 24/2) und der Konvention über die Rechte des Kindes (CRC) (UN 1989) (Artikel 3) festgelegt.

Wir befürworten, dass die Politik auf EU- und nationaler Ebene wie auch behördliches Handeln auf das Wohl unserer Kinder ausgerichtet sind und zu deren Bestem geschehen muss. Die Lebensbedingungen von Kindern zu verbessern und möglichst für alle gute Chancen für Bildung und Ausbildung zu schaffen, entspricht der Würde jedes Kindes und ist wichtiger Teil der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Rechte des Kindes beginnen mit der Empfängnis. Ungeborene Kinder müssen in das Recht auf Leben eingeschlossen werden.

Separate Kinderrechte in der nationalen Gesetzgebung lehnen wir ab, da die allgemeinen Menschenrechte adäquat für Kinder gelten. Der effektivste Weg, um die Lebensbedingungen von Kindern und deren Chancen zu verbessern, ist eine nachhaltige Politik zugunsten der Familie. Eltern haben ein natürliches Interesse daran, die Rechte ihrer Kinder zu schützen. EU und nationale Gesetzgebung müssen ausbalancierte Rechte für beide garantieren und dürfen nicht in das elterliche Erziehungsrecht eingreifen.

5. Wirtschaft und Finanzen

Wir glauben, dass die Wirtschaft das Leben unterstützen, gute Beziehungen zwischen allen Beteiligten stiften und nutzen und dem Wohlergehen aller dienen soll. Sie soll genügend Lebensmittel für alle Menschen liefern und vor allem dem Familienleben dienen. Die Gaben und Talente der Menschen sollen sich in der Wirtschaft kreativ entfalten und kooperieren, um Lösungen für die Versorgungsfragen zu finden, mit denen wir konfrontiert sind.

Eine relationale Sicht der Gesellschaft geht davon aus, dass gesunde Beziehungen zwischen Menschen das grundlegende Thema und das Endziel von Systemen sein sollen. Wir stellen Menschen vor Gewinne. Die Wirtschaft muss die Menschenwürde aller Beteiligten achten.

Das ist eine konträre Vision zur rein materialistischen Sicht der Wirtschaft. Ökonomie ist kein Selbstzweck, hat sich aber in ihrer Zentrierung auf Gewinn verselbständigt. Da die EU als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begann, spielt die Ökonomie für die Akzeptanz und ihren Bestand eine grundlegende Rolle und muss wieder dem Gemeinwohl dienen.

5.1. Situation der europäischen Wirtschaft

Der lange Zug in Richtung politischer Vereinigung wurde von der großen Zahl meist wohlhabenderer Europäer verfochten, die an der Globalisierung und am Binnenmarkt am meisten verdient haben. Der Aufstieg rechter und linker Parteien in Europa offenbart jedoch den wachsenden Unmut von Menschen, die sich im Prozess der europäischen Integration und Globalisierung abgehängt fühlen. Sie sehen nicht, inwiefern sie vom europäischen Binnenmarkt und der EU profitieren. Regionale Unterschiede in den Lebensbedingungen werden größer in Abhängigkeit von der Wirtschaftskraft, zwischen Ballungsgebieten und dem ländlichen Raum.

Das Zusammenschweißen von Wirtschafts- und Finanzstrukturen und das gestiegene Bruttoinlandsprodukt in vielen Ländern haben für die Mehrheit der Menschen kein größeres Wohlergehen oder Wachstum gebracht. Im Gegenteil befinden sich Rentner und Arbeitslose häufiger in prekären Lebenssituationen als in der Vergangenheit. Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt durch befristete Verträge, Leiharbeit und Mindestlöhne vergrößern die Diskrepanz zwischen Wachstum der Volkswirtschaften und persönlichem Wohlergehen. Viele Menschen haben nichts von der wirtschaftlichen Entwicklung, weil der staatliche Zugriff über Steuern, Abgaben und Gebühren in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat.

Weithin erzeugt das Verlassen auf ein kreditbasiertes Finanzsystem in der EU auf individueller, Unternehmens- und nationaler Ebene ein dicht verwobenes Netz aus Abhängigkeiten von Schuldnern und Gläubigern. Die Beziehung – oder richtiger das Fehlen von Beziehung – zwischen Unternehmen und deren Investoren hat dazu beigetragen, eine Finanzwelt herauszubilden, in der das Kapital und Arbeitsplätze zu den stärksten Wachstumspunkten hingezogen werden, teilweise mit ernstesten Rückwirkungen auf dadurch regional schrumpfende oder wachsende Bevölkerungen. Zudem zieht die Finanzwirtschaft mittels des Zinssystems riesige Geldmengen aus der Wirtschaft und zwingt Unternehmen damit zu Gewinnmaximierung und ständigem Wachstum.

5.2. Eine beziehungsorientierte Wirtschaft

Europa steht an einem Scheideweg, wo es herausgefordert ist, neue, europaweite und nationale politökonomische Systeme zu entwickeln. Bisherige Reformen haben weder die Macht der Finanzwirtschaft noch Grundannahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinterfragt, wie die rein materialistische Vision, Wachstum durch Ankurbeln des Konsums und Schuldenfinanzierung, oder die gescheiterten Regulierungsversuche durch den Staat. Großkonzerne, Aktionäre und die Kapitalmärkte sind die hauptsächlichen Nutznießer ökonomischen Wachstums.

Wirkliche Reformen müssen für alle Interessengruppen zum gegenseitigen Vorteil sein. Die EU-Politik darf keine weitere Konzentration von Kapital und Macht begünstigen. Es braucht ein breiteres, inklusives Denken für alle Beteiligten am Wirtschaftsprozess, das gemeinsame Werte schafft und die Umwelt einschließt. Wir streben eine relationale Wirtschaftspolitik an, die ihre Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Völkern, zwischen Institutionen, zwischen Interessengruppen und zwischen Individuen beachtet.

Ziel der EU- und nationaler Wirtschaftspolitik soll nicht unbegrenztes Wachstum, sondern eine Wirtschaft sein, die

- Menschenzentriert ist statt finanzzentriert
- Das Potenzial der Technologie ausschöpft unter Achtung der Menschenwürde
- Auf Transparenz besteht
- Langfristig plant und arbeitet
- Die alle Interessengruppen einschließt und nicht vor dem Druck einzelner kapituliert auf Kosten anderer Beteiligter
- Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht aushöhlt.

5.3. Regionale Unternehmen fördern statt Großkonzerne

Große Unternehmen und internationale Konzerne dürfen nicht weiter automatisch die größten Nutznießer der europäischen Förderpolitik sein. Deshalb sollen kleine und mittlere, regional ansässige Unternehmen (Familienbetriebe, Genossenschaften, Kooperativen, Sozialträger, ...) und inklusive Geschäftsmodelle unterstützt werden und bei Ausschreibungen Präferenz erhalten.

Die Beherrschung des Marktes durch Großkonzerne und Kartellbildung sind zu verhindern. Die EU soll klare Regeln für die Besteuerung multinationaler Konzerne aufstellen und in Kooperation mit den Mitgliedsstaaten Steueroasen verhindern. Multinationale Unternehmen sollen eine Aufschlüsselung der Steuern, die sie in jedem Mitgliedstaat und in Steueroasen zahlen, veröffentlichen. Hier hat die EU eine wichtige Vermittlerfunktion zu erfüllen.

Innerhalb der EU arbeiten wir auf den Abbau von Subventionen und eine Verschlinkung des EU-Budgets hin. Die EU soll mehr die wissensbasierte Wirtschaft unterstützen, Kreativität und Kooperation fördern, statt vor allem Mangel auszugleichen mittels Subventionen.

Die Schuldenpolitik der EU lehnen wir ab. Während der COVID-19-Krise haben die EU-Mitgliedsstaaten erstmals die Aufnahme gemeinsamer Kredite auf dem Kapitalmarkt beschlossen. Die Europäische Kommission kann von 2021 bis 2026 im Namen der EU Darlehen von bis zu 750

Milliarden Euro aufnehmen zur Finanzierung des Programms Next Generation EU. Eine Verschuldung in dieser Größenordnung ist untragbar für die nächste Generation. Schulden sind für uns kein akzeptables Mittel zur Schaffung von Wohlstand.

Die EU braucht keinen einheitlichen Währungsraum, sondern ein flexibles Wechselkurssystem, um Ungleichgewichte in den Zahlungsbilanzen zu korrigieren. Die Eurozone hat sich aufgrund der wirtschaftlichen Unterschiede für mehrere Länder als nachteilig erwiesen. Die Mitgliedsstaaten sollen die Möglichkeit haben, eine eigene gedeckte Währung einzuführen.

Bargeld muss als gesetzliches Zahlungsmittel beibehalten werden. Die Pläne der EU für den digitalen Euro und eine europäische digitale Identität müssen die Privatsphäre der Bürger schützen. Die Bürger müssen die Kontrolle über ihre Daten behalten und sie selbst verwalten können. Eine digitale Identität darf nicht zur Voraussetzung für den Zugang zu Dienstleistungen jeglicher Art werden.

5.4. Kein Wohlstand mittels Schulden

Vertrauen zwischen Regierungen und Wählern kann wiederhergestellt werden, indem die finanziellen Belastungen nachfolgender Generationen transparent gemacht werden, statt immer weiteren Wohlstand zu versprechen. Die Dringlichkeit des Abbaus der Staatsschulden muss publik gemacht werden.

Die nächste Generation soll in Entscheidungen zur Wirtschaftspolitik einbezogen werden, z. B. auch über ein Elternstimmrecht pro Kind. Als Maßstab für ökonomischen Fortschritt empfehlen wir den Einsatz des Index der menschlichen Entwicklung (HDI).

Wir erarbeiten Alternativen zur Schuldenfinanzierung. Es sollen neue Finanzinstitute entwickelt werden, die den Erwerb von Immobilien durch Miteigentumsmodelle und Mietkaufmodelle ermöglichen.

Banken müssen wieder Dienstleister für die Wirtschaft werden, statt sie zu dominieren. Sie müssen angemessene Gebühren für die Absicherung gegen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung durch den Staat und die EZB zahlen. Haftungsbeschränkungen und Insolvenzrecht müssen reformiert werden und die Verantwortlichen in die Pflicht nehmen. An den Börsen sollen nur noch Aktien produzierender Unternehmen gehandelt werden, keine reinen Finanzprodukte.

Die Aufsicht der Anteilseigner über die Unternehmensführung kann gestärkt werden durch Transparenz der Gesellschafterstellung und indem die kurzfristige erfolgsabhängige Vergütung von Vorständen/Geschäftsführern geändert wird, ebenso durch Anreize für langfristige unternehmerische Beteiligung. Ein Risikoausgleich zwischen den verschiedenen Interessengruppen soll neu geordnet werden.

5.5. Europäische Kooperation zur Vermeidung von Arbeitsmigration

Kooperation der Mitgliedsstaaten ist nötig, um die weitere Ost-West-Migration qualifizierter Arbeitskräfte zu verhindern. Damit bluten die wirtschaftlich schwächeren Länder zusätzlich aus. Es werden Familien zerrissen und zerbrechen häufig. Zu fördern sind Ausbildungsprogramme wirtschaftlich stärkerer Länder für junge Menschen aus Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit.

EU, nationale und Regionalpolitik müssen gemeinsam Lösungen finden, damit alle Mitglieder einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten und nicht vom Arbeitsmarkt abgehängt werden.

6. Industrie, Landwirtschaft, Umwelt und Innovation

Damit der europäische Binnenmarkt ordnungsgemäß funktioniert, müssen gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen für alle Beteiligten in Industrie und Landwirtschaft. Die gemeinsamen Bestimmungen zur Regelung der Struktur- und Investitionsfonds (ESI) für Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Fischerei in der Europäischen Union finden sich in der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013⁷. Wir stimmen mit Art. 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)⁸ überein, die Unterschiede zwischen den Entwicklungsniveaus der verschiedenen EU-Regionen zu verringern, und dass den ländlichen Gebieten besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

6.1. Fairer Wettbewerb in Industrie und Verkehr

Die Industrie ist der Schlüsselfaktor für die Wirtschaft in Deutschland und Europa. Die europäischen Institutionen können eine förderliche Rolle für die Nachhaltigkeit der industriellen Produktion spielen, indem sie

- Umweltfreundliche Technologien unterstützen
- Eine führende Rolle bei der Förderung von Innovationen einnehmen
- Sicherstellen, dass der Verursacher von Schäden dafür zahlt.

Der Verkehrsbereich kommt dem Handel innerhalb der EU zugute. Reibungslose, qualitativ hochwertige Verkehrsverbindungen sind für alle EU-Mitgliedsstaaten und Bürger von Vorteil. Für Infrastruktur und Verkehr braucht es die koordinierende Rolle der EU-Institutionen, um ein funktionierendes europäisches Verkehrsgebiet zu schaffen und grenzübergreifende Engpässe zu beseitigen. Klare rechtliche Rahmenbedingungen sollen es Verkehrsunternehmen erleichtern, in ganz Europa tätig zu werden. Dabei sind faire Arbeitsbedingungen und ein fairer Wettbewerb sicherzustellen.

Staatliche Beihilfen und Steuererleichterungen für Luftfahrt- und Verkehrsunternehmen verzerren den Wettbewerb. Die EU soll dem entgegenwirken. Europa ist ein freier Markt, auch für Akteure außerhalb des Kontinents, und darf er nicht durch staatliche Interventionen verzerrt werden. Abseits dieser koordinierenden Funktionen soll die EU keine weitere Zentralisierung und Vereinheitlichung des Verkehrssektors betreiben. Subsidiarität gilt auch im Verkehrsbereich. Die EU-Mitgliedstaaten sollen ihre eigenen Strategien für die von ihnen bevorzugten Verkehrsmodalitäten und Rahmenrichtlinien für ihre Infrastruktur haben.

⁷ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R1303>

⁸ <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:12012E/TXT:de:PDF>

6.2. Regionalisierung in Landwirtschaft und Fischerei

Die Landwirtschaft zählt finanziell zu den größten Ausgabenfeldern der EU. Für den Zeitraum 2021-2027 sind 387 Milliarden Euro für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bereitgestellt⁹. Agrarförderungen sollen aus unserer Sicht Lebensmittelsicherheit und Qualitätsprodukte gewährleisten und dass Europa in der Lage bleibt, sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Lebensmittelimporte aus Drittländern, die von minderer Qualität als europäische Produkte sind, dürfen nicht mit dem Label „hergestellt in der EU“ versehen werden.

Die Umstände für die europäischen Landwirte sind in den Regionen sehr unterschiedlich. Deshalb fordern wir eine grundlegende Reform der GAP nach dem Prinzip der Subsidiarität. Die spezifischen Maßnahmen sollten von den nationalen Regierungen festgelegt und durchgesetzt werden, nicht von pauschalen Vorgaben der EU, die von einigen Landwirten nur schwer oder gar nicht umgesetzt werden können. Vor allem sollen EU-Mittel nicht mehr pauschal nach Fläche vergeben werden, sondern vor allem für den Bedarf landwirtschaftlicher Kleinbetriebe. Für die neuen Bundesländer setzen wir uns dafür ein, dass die historisch gewachsenen Genossenschaften nicht als industrielle Großbetriebe, sondern als Zusammenschluss von Landwirten gesehen und wie Kleinbetriebe gefördert werden.

Für die Fischerei sollten die EU-Institutionen vor allem Regionalisierung ermöglichen und unterstützen. Die Fischereipolitik ist derzeit zu zentralisiert und hat zu vielen praktischen Problemen geführt. Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) von 2013 sah einen eher regionalen Ansatz mit nur einem Rahmen vonseiten der EU vor. Gleichzeitig wurden Fangbeschränkungen festgelegt, um die Bestände wiederherzustellen, gesunde Ökosysteme zu erhalten und stabile, rentable Fischerei für die EU-Flotte zu sichern. Eine 2020 durchgeführte Analyse der Reform zeigte, dass die Regionalisierung an den Fangbeschränkungen scheiterte. Wir fordern einen realistischeren Ansatz zur Regionalisierung und Harmonisierung der Rechtsvorschriften.

6.3. Ökologie und Energieversorgung sichern

Wir stehen in der Verantwortung, sorgsam mit der Natur und unseren Ressourcen umzugehen um der jetzt lebenden Menschen und künftiger Generationen willen. Der Staat ist eine treibende Kraft bei der Schaffung der nötigen Bedingungen und für die Bereitstellung der richtigen Werkzeuge dafür.

Dafür muss die Politik die Ökologie nicht nur der Umwelt, sondern auch des Menschen beachten. Das gemeinsame Haus muss nicht als Selbstzweck instandgehalten werden, sondern den Bewohnern dienen, die es instand halten. Es hat einen Erbauer, der sowohl den Bauplan kennt als auch die Bewohner geschaffen und bevollmächtigt hat. Wir brauchen diese transzendente Sicht auf die Natur des Menschen und die Schöpfung anstelle einer missbräuchlichen Gender- und Klimaideologie.

Nach der weitgehenden Abschaltung von Gas aus Russland ist die europäische Energieversorgung zur vordringlichen Herausforderung geworden. Wir befürworten die Erschließung europäischer Gas- und Ölvorkommen und die Begrenzung von LNG-Importen aus anderen unzuverlässigen

⁹ https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/cap-overview/cap-2023-27_de

gen Staaten. Kernenergie wird für die Deckung des Energiebedarfs in Europa unverzichtbar bleiben und braucht im Rahmen der europäischen Kooperation weitere Maßnahmen und Innovationen zur AKW-Sicherheit.

Die Gewinnung erneuerbarer Energien und andere Klimamaßnahmen müssen an ihren Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Umwelt und den Kosten für Verbraucher, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit gemessen werden. Der Markt für saubere Energie muss die aktuellen technologischen Möglichkeiten widerspiegeln und die Grundsätze des fairen Wettbewerbs beachten. Technologische Innovation wie Investitionen in Wasserstofftechnologien muss dazu genutzt werden, Ressourcen zu schützen, Schäden zu minimieren und gleichzeitig Europa mit der Energie und den Energieträgern zu versorgen, die wir zum Leben brauchen.

Das Übereinkommen von Paris zum Klimaschutz¹⁰ ist dahingehend zu überprüfen, wie effektiv Klimaveränderungen durch CO₂-Reduktion beeinflusst werden können. Die Umsetzung liegt in der Verantwortung der unterzeichnenden Staaten. Sie müssen entscheiden, welche Ziele sie für die Zusammenarbeit auf nationaler, lokaler und individueller Ebene formulieren und wie sie diese ihren strukturellen, finanziellen und technologischen Möglichkeiten entsprechend umsetzen. Die EU kann die Mitgliedsstaaten dabei unterstützen. Ziele für eine schrittweise CO₂-Reduktion, Energieeinsparung und erneuerbare Energien sollen mit den Mitgliedsstaaten zusammen festgelegt werden.

Das Verbrenner-Verbot ab 2035 in der EU lehnen wir ab und plädieren für Technologieoffenheit für die weitere Entwicklung von Mobilität. Der alleinige Fokus auf E-Mobilität darf nicht die individuelle Mobilität strangulieren und diese zum Privileg für Besserverdienende machen.

Mit steuerlichen Anreizen fördern wir regionale Kreisläufe bei der Energie-, Entsorgungs- und Dienstleistungsbereitstellung, regionale Wertschöpfungsketten und kurze Wege im Warenverkehr. Der Güterfernverkehr soll vorzugsweise auf die Schiene gelegt werden. Müllexporte um die halbe Welt sind weder ethisch noch ökologisch zu verantworten.

Besonderes Augenmerk legen wir auf den Artenschutz und das Bienensterben. Der Einsatz von Pflanzen- und Insektenschutzmitteln muss europaweit begrenzt und so geregelt werden, dass Bienen und Insekten davon nicht gefährdet werden.

Angesichts zunehmender Unwetter müssen die Regierungen in den bestmöglichen Katastrophenschutz für die Bevölkerung investieren und die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln, Wohnraum, Energie und Infrastruktur nachhaltig sicherstellen. Wir begrüßen das EU-Katastrophenschutzverfahren zur Unterstützung der Mitgliedstaaten im Katastrophenfall.

6.4. In Forschung und Entwicklung für Schlüsseltechnologien investieren

Wir haben als Menschen den Auftrag, Gottes Schöpfung zu entwickeln und zu nutzen (Genesis 2:15). Deshalb beteiligen wir uns an der Diskussion über neue Technologien, Künstliche Intelligenz, Bioethik usw. Wir befürworten Innovationen, die das Leben der Menschen verbessern, ohne die Menschenwürde, die Privatsphäre und Menschenrechte zu verletzen oder der Umwelt zu scha-

¹⁰ https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf

den. Für die Nutzung Künstlicher Intelligenz braucht es gesetzliche Regelungen, die Menschen vor deren Missbrauch schützen.

Wir wollen Europa autark machen, um die Lieferketten und die Abhängigkeit von Ländern wie Russland und China zu reduzieren. Europa muss seine Position als Technologiezentrum in der Welt festigen, indem es mehr in Forschung und Entwicklung investiert. Seit Jahrzehnten liegen die durchschnittlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung der EU-Mitgliedstaaten unter dem OECD-Durchschnitt¹¹.

Wir schlagen Synergien von staatlich finanzierter Forschung und Entwicklung und privaten Investitionen vor. Forschung und Entwicklung darf nicht komplett dem Markt überlassen werden, damit kleine, flexible Unternehmen die Chance haben, sich mit neuen Technologien zu etablieren. Kartellgesetze müssen Monopole verhindern und einen gesunden Wettbewerb erhalten. Die EU kann eine wichtige Rolle bei der Harmonisierung von Regeln und Vorschriften für innovative Technologien zwischen den Mitgliedstaaten spielen.

Staatliche Finanzierung kann dazu beitragen, Technologien und Dienstleistungen zu entwickeln, die den Verbrauchern direkt zugutekommen, ohne nennenswerten Gewinn abzuwerfen. Vor allem müssen Regierungen Innovationshemmnisse abbauen, unnötige Bürokratie oder übermäßige Besteuerung, um vor allem KMU zu entlasten und freizusetzen und dem privaten Sektor zu helfen, mehr Mittel für die Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen bereitzustellen. Innovative Unternehmen werden vor allem von hochbürokratischen oder korrupten Regierungen behindert. Wir unterstützen jede EU-Politik, die Korruption, oligarchische Tendenzen, Bestechung und Vetternwirtschaft bekämpft, die der Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaft der Länder schaden.

Um Innovation zu fördern, muss zudem Bildung diversifiziert werden. Höhere Bildung soll für jeden, der sie anstrebt, zugänglich und erschwinglich gemacht werden und Berufsausbildung in der gesamten EU gleichermaßen zugänglich. Hochschulbildung und Innovation gehen Hand in Hand. Innovation ist für die europäischen Volkswirtschaften der nachhaltigste Weg, ihre Effektivität zu erhalten und zu verbessern. Mit den begrenzten Bevölkerungszahlen und relativ hohen Löhnen sind andere Möglichkeiten stark eingeschränkt, um Volkswirtschaften in bisherigen Größenordnungen aufrechtzuerhalten.

Die EU spielt eine wichtige Rolle bei der Mobilität hochqualifizierter Fachkräfte. Sie soll die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, dass ihre Studienabschlüsse international anerkannt werden, und den Studentenaustausch fördern. Die Mobilität von Talenten in ganz Europa kann die Kreativität und Innovationsfähigkeit in den Unternehmen erhöhen.

Wir befürworten ebenso die internationale Forschungszusammenarbeit, wo verschiedene Universitäten in Europa hoch spezialisierte komplementäre Kompetenzen für Forschungsprojekte anbieten. Dafür muss die übermäßige Bürokratie abgebaut werden, die mit der Beantragung von Forschungsmitteln verbunden ist. Innovationsfreundliche Bedingungen können und müssen das Abwandern hochqualifizierter Fachkräfte und Wissenschaftler nach China und in andere Teile der Welt stoppen.

¹¹ <https://data.oecd.org/rd/gross-domestic-spending-on-r-d.htm>

7. Menschenhandel und Zwangsarbeit

Moderne Sklaverei verletzt gewaltsam die Würde von Menschen und reduziert sie zu Handelsobjekten. Der Menschenhandel ist die am schnellsten wachsende kriminelle Industrie der Welt. Etwa 50 Millionen Menschen auf der ganzen Welt waren nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) im Jahr 2021 Opfer moderner Sklaverei. Die meisten Opfer werden für sexuelle Ausbeutung und Zwangsarbeit missbraucht. Da Menschenhandel ein grenzüberschreitendes Verbrechen ist, erfordert seine Bekämpfung internationale Zusammenarbeit.

7.1. Zwangsarbeit und moderne Sklaverei weltweit unterbinden

Von etwa 27,6 Millionen Menschen in Zwangsarbeit werden 17,3 Millionen im privaten Sektor ausgebeutet, 6,3 Millionen in Zwangsprostitution und 3,9 Millionen unter staatlich angeordneten Bedingungen. Zwangsarbeit ist in der Landwirtschaft, im Tourismus-Sektor, in der Bekleidungsindustrie und der Hausarbeit am meisten verbreitet. Die Mehrheit der Opfer sind Frauen, in der Sex-Industrie sind es 99 %¹².

In Europa erfahren vor allem Arbeitsmigranten aus Osteuropa Ausbeutung. Ein Bericht (2017) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) thematisiert das Problem der Hausangestellten, die in Westeuropa oft unter prekären Bedingungen arbeiten. Die Unterschiede in der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten und das Fehlen einer europaweiten Regelung liefern sie willkürlichen Arbeitszeiten, Löhnen und unangemessener Unterbringung aus. Um die Lebensbedingungen ihrer Familien zuhause zu verbessern, sind Arbeitsmigranten zu weitreichenden Kompromissen bereit¹³.

Arbeitsmigranten von außerhalb der EU sind noch mehr gefährdet, weil ihr Visum häufig an eine Arbeitsstelle gekoppelt ist. Sie sind damit vom Arbeitgeber abhängig in Bezug auf ihren Aufenthaltsstatus und beim Wechsel des Arbeitsplatzes. Je mehr Flüchtlinge nach Europa kommen, wie zuletzt aus der Ukraine, desto größer wird für sie die Gefahr, Opfer von Menschenhandel zu werden.

Die Anstrengungen, um Zwangsarbeit zu verhindern und zu bekämpfen, müssen auf alle Teile der Lieferkette ausgedehnt werden, vor allem in den Sektoren, in denen ein hohes Risiko der Ausbeutung besteht (Textilindustrie, Landwirtschaft und Tourismus). Alle Unternehmen, unabhängig davon, ob sie in einem europäischen Land tätig sind oder transnationale Unternehmen sind, sollen im Falle von Menschenrechtsverletzungen im Einklang mit den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte¹⁴ zur Rechenschaft gezogen werden. Es spielt keine Rolle, ob Missbräuche in Europa oder in anderen Teilen der Welt stattfinden. In Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten sollte die EU Unternehmen mit einem EU-weiten Handelsverbot für ihre Waren belegen, wenn sie die Rechtsvorschriften gegen Zwangsarbeit nicht einhalten.

¹² <http://www.ilo.org/global/topics/forced-labour/lang-en/index.htm>

¹³ Resolution 2167: <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=23682&lang=en>

¹⁴ <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/266624/b51c16faf1b3424d7efa060e8aaa8130/un-leitprinzipien-de-data.pdf>

Die EU braucht eine Plattform für internationale Zusammenarbeit, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Hausangestellte zu gewährleisten und eine koordinierende Rolle im Austausch bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten zu übernehmen.

Für ausländische Angestellte im Gewerbe, Handel und Privathaushalten sollten die EU-Mitgliedstaaten niederschwellige, leicht zugängliche Beschwerdemöglichkeiten einrichten. Darüber hinaus müssen vereinfachte Verfahren für ihre Beschäftigung geschaffen werden. Ein Beispiel sind die Beschäftigungschecks, die in verschiedenen Mitgliedstaaten bereits eingeführt wurden.

7.2. Wirksame Maßnahmen gegen Menschenhandel und Prostitution

Laut dem vierten Bericht der Europäischen Kommission¹⁵ (2022) über die Fortschritte bei der Bekämpfung von Menschenhandel ist die sexuelle Ausbeutung nach wie vor der häufigste Grund für Menschenhandel in der EU. Nahezu drei Viertel der Opfer sind Frauen und Mädchen und werden überwiegend zur sexuellen Ausbeutung gehandelt.

Die Rechtslage zur Prostitution ist in Europa unterschiedlich und in der Zuständigkeit der Nationalstaaten. In einigen europäischen Ländern wurde Prostitution legalisiert und Prostituierte als Arbeitnehmer anerkannt (Österreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Lettland und die Niederlande). In den meisten Ländern ist Prostitution legal ohne gesetzliche Regelungen. In einigen Ländern ist es illegal, sexuelle Dienstleistungen zu kaufen, aber es gibt Schutzmechanismen für diejenigen, die sexuelle Dienstleistungen verkaufen (Frankreich, Nordirland und Schweden). Dieser Ansatz ist als das nordische Modell bekannt.

Erklärtes Ziel der Legalisierung der Prostitution in Ländern wie Deutschland und den Niederlanden war der Schutz und die Absicherung der Frauen. Im Gegenteil dazu stieg unter der Gesetzgebung die Zahl der Prostituierten an, der Menschenhandel nahm zu und die Frauen werden weiter misshandelt und unterdrückt. Deshalb wurde in Deutschland die Gesetzgebung teilweise wieder verschärft und die Kunden unter Strafe gestellt, wenn sie wissentlich Leistungen von Opfern von Menschenhandel kaufen.

Die einzig positiven Resultate zur Eindämmung von Prostitution und Menschenhandel verzeichnen Länder, die das Nordische Modell eingeführt haben. In Schweden sank die Straßenprostitution in 10 Jahren um die Hälfte, ohne dass andere Formen der Prostitution (zum Beispiel über das Internet) zunahm. Die Nachfrage nach Prostitution sank hauptsächlich wegen der Angst vor Strafen für die Kunden. Gleichzeitig ist die Gesetzgebung ein Hindernis für Menschenhändler.

Der 2014 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats unter dem Titel „Prostitution, Menschenhandel und moderne Sklaverei in Europa“¹⁶ angenommene Bericht unterstützt die Einführung des Nordischen Modells in den EU-Mitgliedsstaaten, sowie Ausstiegsprogramme und das Verbot von Werbung für sexuelle Dienstleistungen. Wir begrüßen den vom Europäischen Parlament im September 2023 angenommenen Bericht, der die positiven Ergebnisse der Umsetzung

¹⁵ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52022DC0736>

¹⁶ Resolution 1983: <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=20716>

des Nordischen Modells hervorhebt und eine ausreichende Budgetierung für Ausstiegsprogramme anmahnt.

Der wichtigste Rechtsakt ist nach wie vor die Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel¹⁷. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen unter Strafe zu stellen, wenn bekannt ist, dass die Person ein Opfer des Menschenhandels ist. Im Dezember 2022 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie von 2011, der die Mitgliedstaaten auffordert, die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen von ausgebeuteten Personen unter Strafe zu stellen.

Wir glauben, dass die Dämpfung der Nachfrage, indem der Kunde gemäß den Berichten des Europäischen Parlaments und von PACE sowie der EU-Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer haftbar gemacht wird, der beste Weg zur Bekämpfung des Menschenhandels ist. Es sollte daher der Kauf sexueller Dienstleistungen in ganz Europa unter Strafe gestellt werden.

Wir streben ein Verbot der Werbung für sexuelle Dienstleistungen auf EU-Ebene an. Darüber hinaus sollten die EU-Organe die Umsetzung der EU-Richtlinie 2011 aktiv überwachen. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, Sensibilisierungsprogramme über die Medien und die schulische Bildung durchzuführen, um das Bewusstsein für die Verbindung zwischen Prostitution und Menschenhandel zu schärfen.

Schließlich sollten die Mitgliedstaaten den bestehenden Rahmen für die Identifizierung potenzieller Opfer von Menschenhandel nutzen und sicherstellen, dass sie die erforderliche Unterstützung erhalten, und zwar in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der OSZE¹⁸ und der EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels¹⁹.

7.3. Internationale Zusammenarbeit gegen Kinderpornografie

Der sexuelle Missbrauch und Zwangsprostitution von Kindern stellen schwerste Menschenrechtsverletzungen dar. Das Ausmaß von Kinderpornografie und die Ohnmacht europäischer und staatlicher Behörden dagegen stellen die UN-Kinderrechtskonvention und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union infrage. Die EU-Politik muss einen umfassenden Ansatz der internationalen Zusammenarbeit entwickeln zur Verfolgung der Täter, Prävention und Schutz der Opfer.

Die Nationalstaaten tragen die Verantwortung für sichere Lebensbedingungen der Kinder. Sie müssen über die Risiken von Online-Kontakten aufklären. Kindergärten und Schulen, Kinder- und Jugendorganisationen müssen dabei unterstützt werden, sensible, altersgerechte Prävention zu leisten. Sie dürfen Kinder keiner Sexualisierung aussetzen.

¹⁷ <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:101:0001:0011:de:PDF>

¹⁸ <https://www.osce.org/odihr/510014>

¹⁹ https://ec.europa.eu/anti-trafficking/sites/antitrafficking/files/eu_strategy_towards_the_eradication_of_trafficking_in_human_beings_2012-2016_1.pdf

7.4. Europäische Kooperation zum Schutz von Flüchtlingskindern

Mit den Flüchtlingsströmen nahm die Zahl unbegleiteter und von ihren Familien getrennter Kinder massiv zu und eröffnete Menschenhändlern ein neues Aktionsfeld. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen deshalb beim Aufbau von Kinderschutzsystemen kooperieren. Dabei dürfen die Herkunft oder der Status von Kindern keine Rolle spielen.

Die EU soll ergänzend zu den Maßnahmen der Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass jedes Kind den Schutz erhält, den es braucht, und dass Kinder als Kinder behandelt werden. Beamte und das Personal, die in direktem Kontakt mit den Kindern sind, sollten ausgebildet sein, um gefährdete Kinder zu identifizieren und auf deren Bedürfnisse eingehen.

Paneuropäisch müssen insbesondere die Koordination von Polizeiaktionen zur Bekämpfung von Kinderhandel verbessert und Hotlines für verschwundene Kinder und Jugendliche eingerichtet werden.

8. Freiheit und Menschenrechte

Die europäische Kultur wurde von zentralen Werten des Christentums wie der Heiligkeit des Lebens, Freiheit und Verantwortung, Liebe und Versöhnung, Recht und Wahrheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie der Trennung von Person und Sache geprägt. Diese Werte stehen hinter den Prinzipien der europäischen Gesellschaften, unserer Grundrechte und Rechtssysteme. Sie basieren auf der christlichen Ethik mit den Vorstellungen des Schöpfergottes der Bibel von Gut und Böse. Wir schätzen das Leben, weil es uns von Gott gegeben ist. Wir lieben unseren Nächsten, weil er von Gott geschaffen ist. Wir verteidigen die Freiheit des Menschen, weil dies seiner gottgegebenen Würde entspricht. Wir verteidigen die Grundrechte, die Inhalt und Ziel unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaften sind und die Gründungsväter des europäischen Projekts inspiriert haben.

Religions- und Gewissensfreiheit, Meinungs-, Rede- und Informationsfreiheit sowie Freiheit von Forschung und Lehre sind der Kernbestand dieser Grundrechte und nicht verhandelbar. Die christlichen Leitlinien für eine relationale Gesellschaft sind unverzichtbar für das Zusammenleben einer Vielzahl von Glaubensrichtungen und Überzeugungen im heutigen Europa. Einseitige widerstrebende Ideologien, die das Erbe des christlichen Denkens auslöschen wollen, werden die Kultur Europas zerstören. Damit es ein friedlicher Ort bleibt, sind gegenseitige Achtung, ein offener Diskurs, Rechte und Pflichten nötig.

8.1. Freiheitliche Grundrechte verteidigen

Unter Religionsfreiheit verstehen wir die Freiheit, eigene Glaubensüberzeugungen zu haben, diese frei zu wechseln, offen auszudrücken und unterstützen, und dass der Staat Individuen und Gruppen dabei schützt. Religionsfreiheit ist mit weiteren Rechten verbunden wie der Freiheit der Lehre, dem Recht der Eltern auf religiöse und moralische Unterweisung ihrer Kinder und Institutionen zu betreiben, die nach einem bestimmten Ethos arbeiten. Religionsfreiheit ist ein Grundrecht, das in Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wie auch in vielen nationalen, europäischen und internationalen Gesetzen und Erklärungen festgeschrieben ist.

Redefreiheit ist in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und in Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützt. Das Recht auf Gewissensfreiheit ist durch Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 10 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union geschützt.

Wir widerstehen auch jedem Versuch vonseiten der EU oder auf nationaler Ebene, das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit einzuschränken, indem Internetplattformen verpflichtet werden, politisch nicht gewollte Inhalte zu löschen. Unter dem Vorwand von Hass und Hetze politische Debatten zu zensurieren und den freien wissenschaftlichen Diskurs wie zu Covid-19 zu unterbinden, zerstört Wahrheit, Recht und Freiheit und vergiftet das gesellschaftliche und zwischenmenschliche Klima.

8.2. Religions- und Gewissensfreiheit in Europa gewährleisten

In den letzten Jahren hat die EU versucht, die Anwendung der Antidiskriminierungsgesetze auf Bereiche außerhalb des Arbeitsmarktes auszuweiten und die Beweislast vom Ankläger zum Beschuldigten umzukehren. Damit würde die Gewissensfreiheit von Geschäftsinhabern beeinträchtigt, die die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen nicht mehr verweigern dürfen, auch wenn dies gegen ihre Überzeugungen verstößt.

Der PACE-Bericht „Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung in Europa mit besonderem Augenmerk auf Christen“²⁰ stellt fest, dass Intoleranz und Diskriminierung aus Gründen der Religion oder der Weltanschauung religiöse Minderheiten in Europa betreffen, wie auch Menschen großer Religionsgruppen. Christen in Europa werden teilweise belästigt, eingeschüchtert oder entlassen, weil sie ihren Glauben und ihre religiösen Werte öffentlich zum Ausdruck bringen. In anderen Fällen wird das Recht der Eltern eingeschränkt, ihr Kind von bestimmten Unterrichtsinhalten fernzuhalten, die sie als unvereinbar mit ihren religiösen Überzeugungen ansehen, obwohl dieses Recht in Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte sowie in Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert ist. In einigen Fällen wurden Eltern wegen ihrer Glaubensüberzeugungen von Kinderschutzbehörden ihre Kinder weggenommen.

Mehrere Berichte der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) unterstreichen, dass das Konzept auf Verweigerung aus Gewissensgründen und angemessene Vorkehrungen dafür gewährleisten soll, dass Religions- und Meinungsfreiheit für alle Bürger sichergestellt wird. Die Richtlinie des Rates 2000/78/EG (Gleichbehandlungsrahmenrichtlinie)²¹ etablierte das Konzept angemessener Vorkehrungen. Eine Resolution des EU-Parlaments anerkannte, dass die Pflicht angemessener Vorkehrungen für alle Gründe von Diskriminierung inklusive Glauben und Religion in der EU und nationaler Gesetzgebung verankert werden sollte. Das muss auch für Ärzte gelten, die sich weigern, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Die Verweigerung des medizinischen Personals aus Gewissensgründen wurde im PACE-Bericht über „Das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen in der rechtmäßigen medizinischen Versorgung“ bekräftigt.²²

20 <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-EN.asp?fileid=21549&lang=en>

21 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A32000L0078>

22 <https://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=17909>

8.3. Religionsfreiheit weltweit unterstützen

Es gibt besorgniserregende Trends und zahlreiche Bedrohungen für die Religions- und Glaubensfreiheit in der ganzen Welt. Heute leiden mehr als 360 Millionen Christen wegen ihres Glaubens in hohem Maße unter Verfolgung und Diskriminierung. Verschiedene Entschließungen und Berichte im Europäischen Parlament und der PACE haben die Verfolgung und Tötung von Christen durch Terrorgruppen wie ISIS verurteilt.

Muslimen sind die zweitgrößte religiöse Gruppe der Welt, die Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind in Europa, China und der MENA-Region. Angriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen sind seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 erneut sprunghaft gestiegen. Buddhisten und Hindus leiden in einigen Ländern ebenfalls unter Demütigungen, staatlichen Einschränkungen oder sozialen Anfeindungen.

Wir unterstützen das Recht auf freie Religionsausübung für alle Religionen, vorausgesetzt sie achten selbst religiöse Pluralität und das individuelle Recht, den eigenen Glauben oder auch keine Religion zu wählen. Auch Muslimen sollen in Europa volle Glaubensfreiheit haben und diese jedem Menschen zugestehen. Die Scharia ist nicht kompatibel mit demokratischen Freiheitsrechten, wie 2003 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte geurteilt hat. Nach der Globalen Charta der Gewissensfreiheit von 2012 ist das Recht auf Freiheit des Denkens, des Gewissens und der Religion zugleich eine Pflicht.

Die Europäischen Institutionen haben in mehreren Richtlinien die Notwendigkeit akzeptiert, Religions- und Glaubensfreiheit weltweit zu schützen, und anerkannt, dass dieser Schutz zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Stabilität beiträgt. Diesen Richtlinien müssen konkrete Schritte folgen zur Umsetzung, wo die EU-Institutionen aktiv Religions- oder Glaubensfreiheit in ihre Politik integrieren. Wir fordern die Europäische Kommission auf, das Mandat des Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union zu stärken. Die Aufwertung zum Hohen Beauftragten im Rahmen des Europäischen Auswärtigen Dienstes würde die Sichtbarkeit und Wirksamkeit seiner Rolle weiter erhöhen.

9. Außenpolitik und Migration

Die stetige Zunahme der Flüchtlingsströme über das Mittelmeer und die immer weniger haltbaren Zustände in den Mittelmeer-Anrainerstaaten bis weit nach Europa hinein unterstreichen, wie dringend wir Lösungen für Flucht und Migration brauchen, die über den Schutz der Grenzen hinausgehen. Die EU braucht eine integrierte Perspektive auf Migration und ihre Wirtschafts- und Außenpolitik, um Fluchtursachen und die dadurch verursachten Spannungen und Kosten in Europa längerfristig zu reduzieren.

Auswärtige Angelegenheiten sind in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) soll keine EU-Außenpolitik entwickeln, sondern sich auf die Rolle eines Botschafters beschränken, der die von den Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossene Politik vermittelt. Die primären außenpolitischen Befugnisse und Initiativen obliegen den Außenministerien der Mitgliedstaaten und nicht Brüssel.

9.1. Außenpolitik für eine Kultur der Freiheit

Unser außenpolitischer Ansatz basiert auf dem christlichen Verständnis der Menschenwürde. Das bedeutet, dass jeder Mensch unabhängig von Ethnie oder Religion gleich wertvoll ist. Grundfreiheiten wie Religions- und Glaubensfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Freiheiten sind der Schutz und praktische Ausdruck dieses Verständnisses der Menschenwürde. Die Unterstützung und Ausbreitung dieser Grundfreiheiten sehen wir als Schlüsselement für die Entwicklung einer sichereren und stabileren Welt. Deshalb wenden wir in unserer Politik die gleichen Prinzipien im In- und Ausland an.

Die europäische Außenpolitik darf nicht länger zugunsten nationaler Interessen korrupte und repressive Regime stützen oder beschwichtigen. Asylsuchende verlassen ihr Land aufgrund von Verfolgung, Machtmissbrauch, Diktatur oder Autoritarismus. Eine Außenpolitik, die Fluchtursachen reduzieren will, muss stattdessen politische und gesellschaftliche Akteure in diesen Ländern unterstützen, die sich für die Grundrechte und Freiheiten einsetzen, für die die EU aus ihrer christlichen Prägung heraus steht.

Wir können diese Grundfreiheiten in anderen Gesellschaften nicht durchsetzen. Aber Europa kann entwicklungspolitisch mit Akteuren und Unternehmen im Nahen Osten, Nordafrika und Zentralasien zusammenarbeiten, die Grundfreiheiten wie Religionsfreiheit, Gleichberechtigung der Frau und Meinungsfreiheit sowie eine demokratische, multiethnische Regierungsführung unterstützen und umsetzen – neben der Pflege diplomatischer Beziehungen und allen anderen Versuchen, die Menschenrechtsslage mit formellen staatlichen Akteuren zu verbessern.

Wenn wir im Nahen Osten, Nordafrika und Zentralasien politische Grundrechte unterstützen und diese Freiheiten in den Ländern Fuß fassen, hilft dies sowohl deren Entwicklung als auch der Integration von Menschen aus dem Kulturraum in Europa. Es ist der geradlinigste Weg im Umgang mit dem Islamismus, eine Kultur zu unterstützen, die Terrorismus den Nährboden entzieht.

9.2. Integrierte Wirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe

Die europäische Wirtschaftspolitik hat massive Auswirkungen auf Fluchtursachen in den Herkunftsländern von Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika. Eine beziehungsorientierte Wirtschaftspolitik, wie wir sie in diesem Programm vorstellen, schließt alle Teilhaber am Wirtschaftsprozess im In- und Ausland ein. Sie muss zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen aller Beteiligten beitragen. Arbeitnehmer international tätiger Unternehmen, die gerecht am Erfolg der Unternehmen beteiligt werden und ihre Familie davon menschenwürdig ernähren können, müssen nicht aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen.

Für eine nachhaltige wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe sollten die EU-Mitgliedstaaten Staaten und Regionen bevorzugen, die ihrer Bevölkerung Grundfreiheiten gewähren. Handelsabkommen müssen an den Schutz der Menschenwürde gebunden werden und die Entwicklung einer freien Gesellschaft unterstützen. Die EU soll die Standards für Handelsabkommen nach ihren Werten setzen in Bezug auf Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz und mit dem Rahmen von Rechtsstaatlichkeit.

Handelsverträge und EU-Subventionen dürfen nicht den afrikanischen Märkten schaden und koloniale Abhängigkeiten fortsetzen. Um wirksam zu einer Verbesserung der Wirtschaft und Lebensverhältnisse in Afrika beizutragen, müssen die Agrarsubventionen der EU zusammen mit der Aufhebung der Schutzzölle für europäische Waren und Freihandelsabkommen mit Afrika auf den Prüfstand.

9.3. Migration und Integration in das europäische Wertesystem

Die EU muss die Grenzen nationaler Toleranz gegenüber Einwanderung anerkennen. Die Kontrolle darüber ist auf nationaler Ebene und keine Zuständigkeit der EU. Der 2022 angenommene Freiwillige Solidaritätsmechanismus²³ kann nur mit Rücksicht auf die Kapazitäten und interne Akzeptanz der Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Jedes Asylverfahren soll die Menschenwürde des Bewerbers schützen, ebenso Praktiken zur Rückführung abgelehnter Bewerber. Wir setzen uns für Asylzentren in den Herkunftsländern ein, damit die Bedürftigsten eine Chance auf Asyl in Europa erhalten und nicht nur diejenigen, die es über das Mittelmeer schaffen - oft mit Hilfe krimineller Schlepper.

Integrationspolitik muss mit dem Verständnis des kulturellen Hintergrundes von Migranten gestaltet werden. Neben der Bereitstellung von Unterkunft, Nahrung und grundlegenden Dienstleistungen müssen Flüchtlinge, die in einen EU-Mitgliedstaat kommen, Aufklärung über die grundlegenden europäischen Werte erhalten. Unser Verständnis von Menschenwürde, Grundfreiheiten und Gleichwertigkeit von Männern und Frauen müssen als nicht verhandelbar und als Voraussetzung für die Aufnahme in den EU-Mitgliedstaat vermittelt werden. Klarheit darüber in den EU-Mitgliedstaaten wird über die vielfältigen familiären Bindungen der Immigranten auch deren Heimatkulturen beeinflussen.

Zwangsheirat ist eine ernsthafte Bedrohung für viele junge Mädchen in Europa und hat oft Verbindungen zum Herkunftsland der Familien. Zwangsehe sollte als Menschenhandel behandelt und bestraft werden und auf diesem Wege die Integration der gesamten Community unterstützen. Scharia-Gesetze, weibliche Genitalverstümmelung und andere Praktiken, die die Menschenwürde verletzen, sollten in keinem EU-Mitgliedstaat erlaubt sein.

9.4. Zu Israel stehen

Der mörderische Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 erfordert eine Wende in der Nahostpolitik der EU. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, die Sicherheit Israels zu unterstützen und sein Existenzrecht klar zu definieren.

Die international geforderte Zwei-Staaten-Lösung ist zum Scheitern verurteilt und ad acta zu legen. Die EU sollte eine konsistente Außenpolitik in Bezug auf Ethnien, deren Selbstbestimmung, Rechte und Gebietsansprüche in Übereinstimmung mit Artikel 21.1 EUV²⁴ entwickeln und adäquat auf den

²³ https://germany.representation.ec.europa.eu/news/reform-der-europaischen-asyl-und-migrationspolitik-einigung-auf-solidaritatsmechanismus-2022-06-23_de

²⁴ https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:2bf140bf-a3f8-4ab2-b506-fd71826e6da6.0020.02/DOC_1&format=PDF

palästinensisch-israelischen Konflikt anzuwenden. Wir fordern die Anerkennung der israelischen Souveränität über Ost-Jerusalem und legitimer Gebietsansprüche im Westjordanland auf der Grundlage der Völkerbundsbeschlüsse für das ehemalige britische Mandatsgebiet Palästina.

Die Unterstützung der EU für eine palästinensische Autonomie ist von deren Akzeptanz des jüdischen Volkes als Nation und des Existenzrechts des Staates Israel sowie von der Normalisierung der Beziehungen zu Israel auf der Grundlage von Friedensabkommen wie z. B. der Abraham-Verträge abhängig zu machen. Alle EU-Finanzierungen müssen die Zusammenarbeit zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde fördern und dürfen keine Aufrüstung, Extremismus, Gewalt, Autoritarismus und Korruption der palästinensischen Selbstverwaltung unterstützen. Dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) sind sämtliche EU-Finanzierungen zu entziehen, solange die Hamas in Gaza an der Macht ist.

Ebenso ist das Atomabkommen mit dem Iran gescheitert und alle Versuche des EAD zu einer Wiederbelebung zu beenden. Stattdessen müssen die beteiligten Staaten volle Sanktionen gegen das iranische Regime einsetzen, das die Hamas und Hisbollah für den Terror gegen Israel aufrüstet. Der Iran muss als treibende Kraft gegen Israel im Nahost-Konflikt international isoliert werden z. B. mittels Abbruchs der diplomatischen Beziehungen vonseiten der EU-Mitgliedsstaaten.

Die EU-Politik kann auf die Entwicklung von Strukturen in der palästinensischen politischen Kultur hinwirken, die in Übereinstimmung mit den Werten der EU gleiche Rechte, Freiheit und Sicherheit für alle Bürger – Juden wie Palästinenser – auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit fördern.

10. Sicherheit und Verteidigung

Die europäische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich von Sicherheit und Verteidigung sollte sich auf diese vier Bereiche konzentrieren: Militärische Zusammenarbeit, Cyber-Sicherheit, Sicherheit der Grenzen und Terrorismusbekämpfung.

10.1. Verteidigungsbereitschaft erhöhen und Friedensinitiativen

Die militärische Zusammenarbeit in Europa sehen wir am besten in der NATO angesiedelt. Europa darf sich jedoch innerhalb des Militärbündnisses nicht länger vor allem auf die USA stützen. Spätestens mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurde deutlich, dass die europäischen Staaten selbst Verantwortung für ihre Sicherheit und Verteidigung übernehmen müssen. Die Interessen der USA stimmen nicht immer mit denen der europäischen Nationen überein, und die EU kann ihre Interessen nur mit einer besseren Verteidigungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten verfolgen.

Die europäischen Streitkräfte sind infolge unkoordinierter Kürzungen der Verteidigungsausgaben der Nationalstaaten weithin veraltet, während Russland seine Armee modernisiert hat. Die europäischen NATO-Mitgliedsstaaten müssen deshalb gezielt ihre Verteidigungsausgaben in Richtung 2% erhöhen, um ihre Verpflichtungen innerhalb der NATO zu erfüllen.

Dies bedeutet keine Autorität der EU über europäische oder sogar integrierte Streitkräfte. Verteidigungsfragen fallen in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Wir halten daran fest, dass nur Staaten über ein stehendes Heer verfügen können. Eine europaweite Verteidigungsstreitmacht würde

unmittelbar die Souveränität der EU-Mitgliedstaaten und das Wesen der EU selbst in Frage stellen.

Die Verteidigungszusammenarbeit der Mitgliedsstaaten soll sich auf Abwehrmaßnahmen konzentrieren, die im Interesse aller liegen. Angestrebt werden soll eine bessere technische Zusammenarbeit mit der Harmonisierung von Ausrüstung und Werkzeugen, die gemeinsame Ausbildung und die Standardisierung von Verfahren und Operationen. Einen gemeinsamen Verteidigungsmarkt lehnen wir ab, weil damit kleinere Mitgliedsstaaten ihre Souveränität über die Herstellung von Verteidigungsgütern zugunsten großer Rüstungskonzerne einbüßen würden, deren Interesse nicht zuerst die Sicherheit der Völker Europas ist.

Die EU soll sich für ein völkerrechtlich bindendes Verbot vollautonomer Waffensysteme auf internationaler Ebene einsetzen, weil mit diesen Systemen Kriegen ihre natürliche Begrenzung durch den Einsatz von Menschenleben genommen wird und jede menschliche Verantwortung vor den Standards des Völkerrechts und des Militärs.

Wir sehen nicht, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland zu gewinnen oder zu beenden ist. Wir sehen Europa in der Verantwortung, Friedensinitiativen zur Unterstützung der Ukraine zu erarbeiten, um den Konflikt beizulegen. Die EU soll ihre Erfahrungen jahrzehntelanger Entspannungspolitik nutzen, um Friedensverhandlungen in Gang zu setzen. Das biblische Gebot, auch unsere Feinde zu lieben, kann dabei Leitlinie sein, um die Fronten aufzubrechen und auf die Beendigung der Angriffe hinzuwirken.

Der Krieg stellt auch für die Nachbarstaaten Polen, das Baltikum, Finnland, Rumänien und Moldawien eine Bedrohung dar. Die EU soll die betroffenen Grenzstaaten bei der Bewältigung des Flüchtlingszustroms unterstützen und die Auswirkungen auf ihre Energieversorgung, Wirtschaft und Handel abfedern.

10.2. Gemeinsame Sicherung der EU-Außengrenzen

Das Schengen Abkommen ermöglicht den Bürgern Europas große Vorteile bei Reisen, Arbeit und Handel innerhalb der Union. Die Abschaffung der Binnengrenzen bedingt jedoch Schwachstellen, wenn es um die Eindämmung illegaler Migration geht. Umso größere Bedeutung kommt dem Schutz der Außengrenzen der EU zu.

Die Mitgliedstaaten mit EU-Außengrenzen tragen in dieser Struktur die Hauptlast für die Kontrolle darüber, wer in Europa ein- und ausreist. Sie müssen von den anderen Staaten finanziell, materiell und personell unterstützt werden, da die Kontrolle der Außengrenzen im Interesse aller europäischer Länder ist. Dazu muss die FRONTEX-Agentur besser ausgestattet werden. Flexibel einsetzbare Grenzschutz- und Militärpolizei-Einheiten könnten kurzfristig auf einen erhöhten Bedarf reagieren.

Die Türkei verletzt nach internationalem Recht permanent den Luftraum und die Hoheitsgewässer Griechenlands. Marokko, Tunesien und Libyen dringen permanent in die Gewässer Spaniens, Italiens und Maltas ein. Damit werden die Grenzen der EU verletzt. Wenn Drittländer gegen diese Außengrenzen verstoßen, braucht es eine klare Haltung der EU und entschlossene Konsequenzen gegenüber diesen Ländern, um die europäischen Interessen zu schützen.

10.3. Integrierte Cyber-Sicherheit

Angriffe auf die staatliche, wirtschaftliche und zivile elektronische Infrastruktur können schwerwiegende Folgen für unsere Gesellschaften haben. Die europäischen Länder sind dabei auf gegenseitige Zusammenarbeit angewiesen, da alle Wirtschafts- und Datennetze stark integriert sind. Selbst die am besten geschützten Netze können durch weniger gut geschützte Netze infiltriert werden. Darüber hinaus soll Europa eine unabhängige Datennetzstruktur schaffen, die nicht über außereuropäische Server abgewickelt wird, um die Bevölkerung und die Wirtschaft zu schützen.

Cyberkriminalität sollte in das internationale Recht aufgenommen werden und strafbar sein. Auch die Schaffung nationaler und europäischer Cyber-Kriegsführungs- und Verteidigungseinheiten muss dem internationalen Recht unterliegen.

Die EU-Mitgliedstaaten brauchen ihre eigenen Cyber-Streitkräfte, die aber miteinander verbunden sein sollten. Externe Auftragnehmer im Bereich der Cybersicherheit müssen unter staatlicher Kontrolle stehen und auf die ethischen Grundsätze der Länder verpflichtet werden. Wir empfehlen, das Konzept der operativen Reservisten-Cyber-Einheiten zu prüfen, wie sie in Estland im Einsatz sind.

10.4. Terrorismus an der ideologischen Wurzel bekämpfen

Terrorismus kann nur effektiv bekämpft werden, wenn er an seinen Wurzeln behandelt wird. Jede Form von Terrorismus beginnt mit extremistischer Ideologie, die Gewalt als Mittel zur Erreichung politischer Ziele fördert. Dies zeigt die Notwendigkeit, im In- und Ausland eine Kultur zu fördern, die die Menschenwürde und die Grundfreiheiten respektiert. Der Kampf gegen den Terrorismus in Europa kann nicht von der Außenpolitik getrennt werden, wo neue Prioritäten gesetzt werden müssen.

Ein effektiver Austausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten von Daten über Terrorverdächtige und deren Netzwerke sowie extremistische Akteure hat Priorität. Die grenzüberschreitende Ausbildung von zivilen Angestellten und Beamten in Polizei- und Justizbehörden muss effektiver werden.

Alle Institutionen auf EU-Ebene zur Terrorismusbekämpfung müssen die Finanzierung und Unterstützung erhalten, die es ihnen ermöglicht, bei Bedarf effizienter mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, insbesondere bei der Bearbeitung von Visumsanträgen. Die wirksame Überwachung von Flüchtlingsströmen und die Entwicklung von Strategien in Asylzentren erfolgt am effektivsten in Zusammenarbeit mit den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten.

Die Präsenz und Aktivität von Netzwerken, die über Frontorganisationen in Europa extremistische Gruppen unterstützen, muss beendet werden. Hilfsprogramme und sonstige Unterstützung für Einrichtungen außerhalb der EU und in Drittstaaten müssen neu bewertet werden, um sicherzustellen, dass keine Mittel in die Hände von Extremisten gelangen.



**Das Kurzprogramm für die Europawahl 2024
kann ab Januar 2024 als Broschüre bestellt werden.**

Liebe Mitglieder und Freunde,

das Jahr neigt sich seinem Ende entgegen, Weihnachten steht schon vor der Türe. Am Beginn eines Jahres ist das große Fest noch so präsent und das nächste Weihnachtsfest noch so weit entfernt. Aber je älter man wird, desto kürzer scheint der Abstand von Weihnachten zu Weihnachten zu werden.

Im Jahr 2023 ist vieles geschehen, was uns als Nachkriegsgeneration vollkommen unbekannt war. Wir haben einen Krieg mitten in Europa und im Nahen Osten. Menschen fliehen vor den Angreifern, immer mehr Menschen suchen Zuflucht in Europa und besonders in Deutschland. Die Energie- und Lebenshaltungskosten steigen immer weiter, fast alles wird teurer. Die Zinsen für Investitionen sind stark gestiegen. Die Krankenhäuser sind bis an ihre Belastungsgrenze belegt, nötige Operationen werden erst in Wochen oder gar Monaten erledigt. Auch die Medikamentenknappheit nimmt ständig zu. Waren nach Angaben des Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) 2015 noch 40 Medikamente knapp oder nicht lieferbar, sind 2023 schon 250 Medikamente davon betroffen.

Bei genauer Betrachtung müssen wir uns fragen, ob das eine oder andere Problem nicht hätte vermieden werden können:

War es gut, sich nur auf billiges Gas und Öl zu verlassen und nicht selbst nach neuen Möglichkeiten zu forschen? War es richtig die Kernreaktoren ohne erkennbaren Ersatz vom Netz zu nehmen?

War es gut, Pflegekräfte so zu beanspruchen und zu bezahlen, dass die Menschen diese Berufe meiden oder sich daraus zurückziehen? War es gut, Krankenhäuser kaputt zu sparen? War es gut, Medikamente so billig wie möglich im Ausland zu produzieren und keine eigene Produktion mehr im Land zu haben?

Sicher, wir alle kennen die Antwort. Aber ist es uns nicht immer eine besondere Freude, wenn wir ein Schnäppchen machen oder besonders günstig einkaufen können? Ich habe vor ca. einem Jahr einen Bericht gehört, in dem sich eine junge Frau für ein Projekt in einem Entwicklungsland stark machte. Sie sagte: „Alles hat seinen Preis, doch nicht immer bekommen die Richtigen den Wert dafür.“ Für mich war es ein richtiger Schock, dass auch ich mit meinem Kaufverhalten dazu beitrage, dass andere nicht den vollen Lohn für ihre Arbeit bekommen.



Dieses ganze System und Verhalten sind nicht erst in den letzten Jahren entstanden. Sicher ist es schwer, Lösungen für all die Probleme zu finden. Daran wollen wir als Partei mitarbeiten.

Doch gerade in dieser Zeit ist es gut, sich daran zu erinnern, was an Weihnachten geschah. Wir feiern den Geburtstag von Jesus Christus, unserem Herrn. Als Jesus geboren wurde, erschien den Hirten auf den Feldern ein Engel und berichtete von seiner Geburt. Der Engel sagte: „Fürchtet Euch nicht, euch ist heute der Heiland, der Retter dieser Welt geboren.“ Immer wenn ich diese Worte lese, bin ich dankbar und zuversichtlich, dass Jesus Christus derjenige ist, der rettet und heil macht.

In diesem Sinne lassen Sie uns getrost nach vorne blicken und mit Mut und Zuversicht in ein neues Jahr gehen. Ich wünsche Ihnen/Euch ein gesegnetes Weihnachtsfest und Gottes Geleit im neuen Jahr.

Nachstehend möchte ich noch eine kleine Geschichte von Axel Kühner mit Ihnen teilen, die mich sehr bewegte. Viel Freude beim Lesen.



Mathias
Scheuschner

Bundesschatz-
meister

Mit Freuden beschenkt

Autor: Axel Kühner

Mit vier Jahren erlebte ich erstmals die Vorweihnachtszeit ganz bewusst mit all ihrem Zauber und Geheimnis. Wir Kinder konnten in jener Zeit – 1945 – wahrlich keine großartigen Geschenke erwarten und mit üppigen Festlichkeiten rechnen. Es waren vielmehr die kleinen Dinge, die uns mit Vorfreude erfüllten. Wir dachten an den Baum und seinen Schmuck, an die Lichter und ihren Glanz, an die Stube und ihren weihnachtlichen Duft. Mit allen Sinnen warteten wir auf das große Fest und die vielen kleinen Dinge, die es zu sehen und zu hören, zu riechen und zu schmecken, zu fühlen und zu erleben gab.

Für unsere Mutter war diese wunderbare Zeit der Lichter und Geheimnisse von dunklen Schatten und tiefem Bangen überdeckt. Noch immer hatte sie keine Nachricht von unserem Vater. Die Hoffnung, dass er noch lebt und aus russischer Gefangenschaft nach Hause kommt, musste immer wieder gegen die Angst und Sorge um sein Ergehen ankämpfen.

Es wird Heiligabend. Die Spannung in den Kinderherzen erreicht ihren Höhepunkt. Aufgeregt rennen wir durch die Wohnung. Es klingelt, der Postbote bringt einige Briefe. Mutter setzt sich an den Tisch und beginnt zu lesen. Wir springen davon, lachen und singen, toben und balgen. Als wir in die Küche kommen, bleiben wir erschrocken stehen und verstummen. Mutter sitzt über einen Brief gebeugt, der in ihren Händen zittert, und weint. Die Tränen laufen auf den Brief hinab, tropfen auf die Erde. Nur mühsam gelingt die Erklärung: Ein Kriegskamerad hat uns mitgeteilt, dass unser Vater in einem russischen Gefangenenerlager erkrankt und am 15. Oktober verstorben ist.

Obwohl das ganze Ausmaß der Schreckensnachricht nicht in unsere Kinderherzen eindringen kann, spüren wir, dass etwas zerbricht, zusammenstürzt und abreißt. Wir drücken uns an die Mutter. Traurigkeit erfüllt den Raum. Die Tränen mischen sich. Lange finden sich keine Worte. Es ist totenstill. Mitten hinein in die stumme Verzweiflung dringt meine kindlich besorgte Frage: „Mutti, fällt Weihnachten jetzt aus?“ Meine Mutter stutzt, gibt sich einen Ruck, nimmt mich in den Arm und sagt:

„Nein, jetzt feiern wir erst recht Weihnachten!“ Und dann beginnt meine Mutter, ihre Traurigkeit und ihr Leid damit zu bewältigen, dass sie uns Kindern die Weihnachtstage gestaltet.

Die Weihnachtsbotschaft von der Freude fällt nicht aus, weil es in unserer Welt so viel Leid und Tränen, Angst und Sorge gibt, sondern gerade deswegen und dann „erst recht“ werden Geburt und Kommen Christi verständlich. Weihnachten fällt nicht aus, wenn Trauer und Leid die Menschen bedrängen, sondern es fällt hinein in die ganze Dunkelheit irdischen Lebens. Mitten in Leid und Weh, Schuld und Not müssen wir „erst recht“ Weihnachten feiern, das Kommen Christi besingen, den Retter anbeten und den Heiland finden. Das Kommen Gottes in die Welt hat ja mit unserer Not und Trauer, unserem Leben und Sterben zu tun.

Das Wort wurde Fleisch und wohnte unter uns, in JESUS CHRISTUS.

Joh.1,14

Der Friede des Herrn sei mit uns Allen.

Formular zum Anfordern von Infomaterial

Ich habe von Bündnis C gehört und möchte mehr erfahren, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

- Das Kennenlern-Infopaket (Aktuelle Faltblätter und die Grundsätze sowie die aktuelle Ausgabe des Magazins EINDRUCK).
- Ich brauche ____ Stück von den Handzetteln.
- Ich brauche ____ Stück vom Treppenfalz-Flyer.
- Ich brauche ____ Stück von der Minibroschüre zur Israel-Politik.
- Ich brauche ____ Stück vom aktuellen EINDRUCK-Magazin zum Auslegen und Verteilen im Bekanntenkreis.
- Ich brauche ____ Stück von den Grundsätzen und Eckpunkten.
- Ich brauche ____ Stück vom Kurzprogramm.
- Ich brauche ____ Stück vom Flyer Finanzpolitik.



Kurzprogramm



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.

Minibroschüren zur Finanzpolitik und zur Israel-Politik, kurzgefasst



Schick, kurz und bündig: Unser Treppenfalz-Faltblatt „Warum Bündnis C wählen?“

Name, Vorname: _____

Straße und Hausnummer: _____

PLZ und Ort: _____

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für Rückfragen: _____

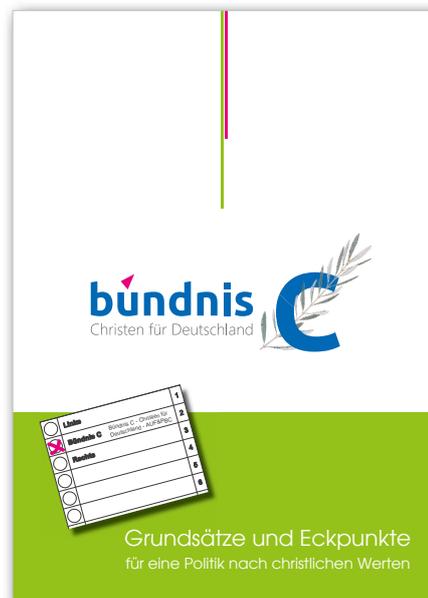
Bitte postalisch senden oder per Handyfoto mailen an:

Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

E-Mail: info@buendnis-c.de



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“

bündnis C



bündnis C

Christen für Deutschland

buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 30 – 2023/4

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.

Abbildungen auf Seite 1: Vladimir Buynevich/Pixabay; 31: Zahirul Islam/Pixabay;
34: Ekaterina/Pixabay; 35: Jeff Jacobs/Pixabay; 52: congerdesign/Pixabay

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX